Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

12. März 1979
Jg. 7 Nr. 11

Bezirksausgabe für Hamburg/Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

### Namibia: Waffenstillstand unter UNO-Kontrolle ab 15. März

*z.diz.* Noch fünf Stunden vorher hatte der südafrikanische Rassistenchef Botha seine Söldner Lager der SWAPO in Angola überfallen lassen, dann stimmte er am letzen Dienstag dem Vorschlag des UNO-Generalsekretärs Waldheim zu, ab dem 15. März Waffenstillstand zu halten und mit dem Aufbau der UNO-Unterstützungstruppe für die Übergangsperiode zu beginnen, so daß nach sieben Monaten, in denen die Flüchtlinge zurückkehren können, Wahlen abgehalten werden können. Zunächst sollen Verbände aus Großbritannien, Kanada, Australien und Nigeria zum Einsatz kommen: „Eine deutliche Prise Commonwealth“, freute sich der britische Observer. Die westdeutschen Imperialisten haben angeboten, eine Rot-Kreuz-Truppe zu schicken.

### Imperialistische Grenzziehung verursacht Konflikt Uganda-Tansania

*z.wim.* Mit hämischer Freude beobachten die Imperialisten den Grenzkrieg zwischen Uganda und Tansania; zweier Staaten, die im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus entstanden sind. Es sind die Imperialisten, die diese Grenzen durch alle Volks- und Stammesgebiete trieben. Der OAU-Vermittlungsausschuß forderte am 23.2.1979 Uganda und Tansania auf, die Kämpfe einzustellen und zu verhandeln. Tansania fordert den Verzicht Ugandas auf den Kagera-Grenzstreifen und Zahlung von Reparationen. Uganda verlangt die Anerkennung der Regierung Amin und Verzicht auf Unterstützung exil-ugandischer Rebellen. Kenias Präsident Moi rief die Kämpfenden auf, Frieden zu schließen und den Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Reaktion zu richten.

### NATO betreibt Söldnerwerbung für das Smithregime

*z.juh.* Über einen Sonderfonds hat die NATO schon über 13000 Söldner (Nordamerikaner, Westdeutsche, Südafrikaner, Franzosen, Israelis, Portugiesen) für das Smithregime angewor-

NATO betreibt Söldnerwerbung für das Smithregime

z.juh. Über einen Sonderfonds hat die NATO schon über 13000 Söldner (Nordamerikaner, Westdeutsche, Südafrikaner, Franzosen, Israelis, Portugiesen) für das Smithregime angewor-

ben und gegen den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe eingesetzt („Tempo“, Wochenzeitung in Mozambique). Außerdem liefern die Imperialisten im Rahmen der NATO ständig Kriegsausrüstung: 67% der rhodesischen Militärflugzeuge stammen aus Lieferungen der britischen und US-amerikanischen Imperialisten. Die westdeutschen Imperialisten lieferten vor kurzem drei Flugzeuge.

### USA und Südkorea: Kriegsübung gegen die KDVR

*z.brp.* Das Ministerium für die Volksstreitkräfte der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (KDVR) erklärt am 28.2.79 zu dem ab 1.3. stattfindenden Manöver von 140000 amerikanischen und südkoreanischen Soldaten in Korea: „Daß sie (USA und Südkorea/Red.) genau am 1. März, wo man alle feindseligen militärischen Aktionen miteinander einstellen will, eine abenteuerliche Kriegsübung durchführen, steht in unerträglichem Widerspruch zu unseren aufrichtigen Vorschlägen für die friedliche Wiedervereinigung und ist eine große Gefahr für Korea und für den Frieden in Asien. Man kann von der koreanischen Volksarmee, die die Mission hat, die nationale Selbständigkeit und die Errungenschaften unseres Volkes zu verteidigen, nicht erwarten, um den Frieden zu betteln, wenn sie von dem Brecher des Friedens bedroht wird. (...) Wir wollen niemanden bedrohen oder angreifen, aber wenn jemand uns bedroht und angreift, werden wir das nicht zulassen. (...) Die südkoreanischen Behörden müssen zusammen mit den USA die Verantwortung für alle Folgen tragen, die sich aus den unnützen Manövern ergeben, welche gegen uns gerichtet sind und uns bedrohen.“

## Europäisches Währungssystem eingeführt – unter DM-Diktat in die Kapital- und Warenoffensive

*z.pel.* Er werde dem Treffen der europäischen Regierungschefs am 12./13. März vorschlagen, das Europäische Währungssystem (EWS) sofort in Kraft zu setzen, hat der französische Staatspräsident am vergangenen Mittwoch verkündet. Die französischen Bedenken seien durch die Übereinkunft der EG-Agrarminister ausgeräumt. Just am 12.3. übernimmt Giscard d'Estaing die Präsidentschaft im Rat der europäischen Regierungschefs. Er weiß sich in Szene zu setzen, der Baron. Auf Seiten der westdeutschen Bourgeoisie: gelassenes Schweigen.

Denn ob es ein Geschäft für die französischen Imperialisten wird, ist längst nicht raus. Zunächst einmal haben sie sich für gemeinsame Anstrengungen entschieden, um zusammen mit ihren europäischen Konkurrenten gegenüber den Supermächten Boden wettzumachen im Kampf um Weltmarktanteile und Kapitalanlagesphären. Daß sie der westdeutsche Imperialismus dabei über den Löffel balbiert, ist ihre ständige Furcht. Die Blockade der schon für Dezember vorgesehenen Einführung des EWS sollte der Verbesserung ihrer Ausgangsbedingungen dienen. Auf seinen Reisen ins westliche Afrika hat der französische Präsident „angestammte“ Märkte zu behaupten versucht; der Besuch in Mexiko wie die neuerlichen Anbiederungsversuche an Algerien sollen die Rohstoff- und Energiebasis sichern helfen.

Das Europäische Währungssystem ist ein Projekt des „Kanzlers“. Es sieht die Herstellung fester Paritäten zwischen den einzelnen Währungen vor. Schwankungen bis zu 2½% sind zugelassen. Bezugspunkt ist der ECU als neue europäische Währungseinheit. In ihn gehen die einzelnen Währungen entsprechend der von ihnen repräsentierten Werte ein. Entscheidend für die Stellung der jeweiligen Landeswährung ist also der Wert der den Arbeitern abgepreßten Produkte und ihr Anteil am Austausch in der EG. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie, die es zu hoher Fertigkeit in der Ausbeutung der

ihn gehen die einzelnen Währungen entsprechend der von ihnen repräsentierten Werte ein. Entscheidend für die Stellung der jeweiligen Landeswährung ist also der Wert der den Arbeitern abgepreßten Produkte und ihr Anteil am Austausch in der EG. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie, die es zu hoher Fertigkeit in der Ausbeutung der

Arbeiterklasse und der Entwicklung der Produktivität gebracht hat, schneidet dabei am besten ab. 31,5% wird der Anteil der DM am ECU betragen, 20,5% der Anteil des französischen Franc. Das irische Pfund ist noch mit ganzen 1,2% vertreten. Alle Länder sollen sodann 20% ihrer Währungsreserven in einen Europäischen Währungsfonds einzahlen. Seine Funktion: „Wahrung der Stabilität der verschiedenen Währungen“ und Vergabe von Krediten an „abwertungsgefährdete Länder“. Auf 88,2 Mrd. DM belaufen sich die Währungsreserven bei der Deutschen Bundesbank, davon sind 52 Mrd. in Geld, der Rest in Gold. Die französischen Imperialisten haben demgegenüber umgerechnet nur etwa 10 Mrd. DM Reserven in Geldwährung zu bieten. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie wird das EWS beherrschen und über den Kreditfonds ihren Einfluß multiplizieren. Sie wird versuchen, den „kreditabhängigen Staaten“ ihre Wirtschaftspolitik zu diktieren, ganz im Sinne „der schrittweisen Angleichung der Wirtschaftspolitik und des einwandfreien Funktionierens des gemeinsamen Marktes“. (Verordnung der Kommission vom 28.11.)

Ihr Imperialistenmagen ist ausdehnungsfähig, und so soll es keineswegs bei der Beschränkung auf die europäischen „Partner“ bleiben. Es ist daran gedacht, den Europäischen Währungsfonds direkt in Konkurrenz des vom US-Imperialismus beherrschten IWF zur Plünderung der Weltressourcen vor allem der Dritten Welt zu nutzen, sowie den ECU als internationales Kreditgeld und als zweite Reservewährung neben dem Dollar auf den internationalen Kapitalmärkten einzuführen. Schon 1978 hat der BRD-Imperialismus die von den US-Imperialisten zur Forcierung ihrer Handelsoffensive vorgenommenen Dollarabwertungen nutzen können, bei den Auslandsanleihen auf den internationalen Kapitalmärkten den Anteil der DM-Anleihen von 17,5% auf 22,4% auf Kosten des Dollar zu erhöhen. Und Bundesfinanzminister Matthöfer demonstriert zwei Tage nach der Einigung über das EWS die Zuversicht der westdeutschen Imperialisten. Auf der Sitzung des IWF tönt er in neu gewonnenem Selbstbewußtsein: „Der Währungsfonds darf

ten den Anteil der DM-Anleihen von 17,5% auf 22,4% auf Kosten des Dollar zu erhöhen. Und Bundesfinanzminister Matthöfer demonstriert zwei Tage nach der Einigung über das EWS die Zuversicht der westdeutschen Imperialisten. Auf der Sitzung des IWF tönt er in neu gewonnenem Selbstbewußtsein: „Der Währungsfonds darf

kein Selbstbedienungsladen werden, es muß auf eine solide Verwendung gesehen werden.“

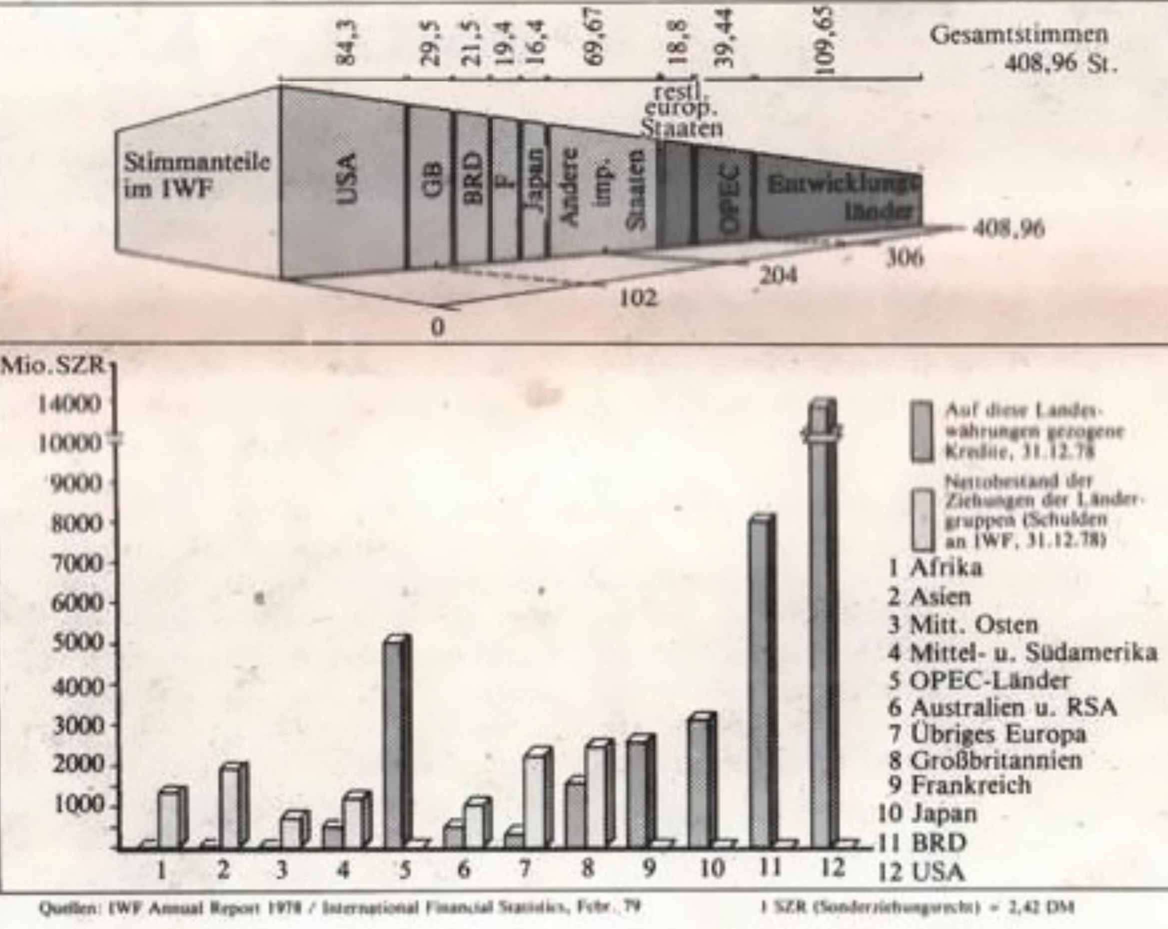
Für „solide Verwendung“ sind auch die französischen Imperialisten, nur in *ihre* Taschen sollen die Zinsen fließen.

Das treibt sie in Konkurrenz zur westdeutschen Bourgeoisie in der immer schärferen Ausbeutung der jeweiligen Arbeiterklasse. Der Fernsehkommentar in TF 1 am 7.3.: „Das Währungseuropa bedeutet für lange Zeit eine Politik Modell Raymond Barre, sprechen wir das offen aus.“ Das Modell Barre steht bei den französischen Arbeitern für die geplanten Massenentlassungen in der Stahlindustrie. Der Mann ist bestgehaßt.

Daß die gleiche Regierung die Einigung mit den westdeutschen Imperialisten über das EWS lange mit der Begründung blockiert hat, die Subventionierung der westdeutschen Agrarexporte über die Währungsausgleichsbeträge ruiniere den französischen Bauern, entpuppt sich als chauvinistisches Manöver. Der Schweinepreis in beiden Ländern sinkt seit 1976 ständig (siehe S.9). Das Hauen und Stechen um die Währungsausgleichsbeträge in den letzten Monaten war Kampf um Marktanteile im Vorfeld des EWS. Die westdeutsche Bourgeoisie hat zunächst gesiegt. Ihr *Versprechen* auf Abbau der Währungsausgleichsbeträge, ohne daß ein Datum genannt wird, steht gegen die französische *Zustimmung* zum EWS. Daß die Erzeugerpreise gleich gar nicht erhöht werden sollen, wollten beide im Wust von Chauvinismus verschwinden lassen.

Josef Ertl meint, man befinde sich auf dünnem Eis. Er mag recht haben, denn warum sollten sich die Bauern in Europa nicht für höhere Erzeugerpreise zusammenschließen können? Der hartnäckige Kampf der Stahlarbeiter gefährdet schon jetzt die hochfliegenden Pläne der Regierung Barre. Ein Lohnabschluß in den westdeutschen öffentlichen Diensten nicht unter dem von Metall kann auch dem Expansionsdrang der westdeutschen Kapitalisten Grenzen setzen.

### Dritte Welt erhöht Währungsreserven – Verschuldung beim IWF steigt –




5000
4000
3000
2000
1000
1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12
3 Mitt. Osten
4 Mittel- u. Südamerika
5 OPEC-Länder
6 Australien u. RSA
7 Übriges Europa
8 Großbritannien
9 Frankreich
10 Japan
11 BRD
12 USA
Quellen: IWF Annual Report 1978 / International Financial Statistics, Febr. 79
1 SZR (Sonderziehungsrecht) = 2,42 DM

Auf 11 Mrd. Dollar haben die Länder der Dritten Welt 1978 ihre Währungsreserven erhöht. Trotzdem müssen sie ständig steigende Zins- und Schuldenzahlungen an den durch die Imperialisten beherrschten Internationalen Währungsfonds (IWF) leisten. Schritte gegen diese Kreditfesseln sind der Aufbau von Fonds wie dem IFAD, in dem die Länder der Dritten Welt mit ⅔ der Stimmen die Mehrheit haben.

## Immer offener wenden sich die vietnamesischen Aggressoren gegen das eigene Volk

*z.ges.* Am letzten Montag gab die chinesische Nachrichtenagentur Xhinhua bekannt, daß die chinesischen Grenztruppen ihren Gegenangriff gegen die vietnamesischen Aggressoren erfolgreich abgeschlossen und den Rückzug eingeleitet hatten. Fast gleichzeitig gaben der vietnamesische Rundfunk und die vietnamesische Presse bekannt, daß der Staatsrat zur „Generalmobilmachung“ aufgerufen hätte. Worum handelt es sich bei dieser Maßnahme? Unter dem Eindruck des erfolgreichen Gegenangriffs der Grenztruppen der VR China, wie unter dem Eindruck der anhaltenden Schläge der Revolutionären Armee des Demokratischen Kampuchea gegen die sowjetisch-vietnamesischen Aggressionstruppen in Kampuchea, müssen die revisionistischen Machthaber in Hanoi alles daran setzen, um die eigene Bevölkerung immer schärfer unter Kontrolle zu nehmen. Bereits im letzten Jahr hatten sie die Dienstpflicht von 18 – 30 auf 16 – 45 Jahre verlängert. So bereiteten sie ihren Blitzkrieg gegen das Demokratische Kampuchea und die Verschärfung ihrer Grenzaggressionen gegen die VR China vor. Wenn sie jetzt zur Generalmobilmachung aufrufen, dann heißt das, daß sie die ganze Bevölkerung der Dienstpflicht und dem Kriegsrecht unterwerfen. Trotz der systematischen Zwangsrekrutierungsaktionen während des letzten Jahres hatte sich ein Großteil der Jugendlichen der Dienstpflicht entzogen. Nach eigenem Bekunden der revisionistischen Machthaber in Hanoi wuchs die Desertionsrate ununterbrochen. Auch sonst zeigten sich die Volksmassen mit der Kanonen-statt-Butter-Politik der Hanoier Machthaber überhaupt nicht einverstanden: Die Aufrufe der Regierung wie der Parteiführung gegen „Faulheit“ und „Disziplinlosigkeit“ mehrten sich.

Die Aggressionspolitik der revisionistischen Machthaber in Hanoi, ihre Unterwerfung der Arbeiter und Bauern unter ihr Militärregime und die laufende Schwächung des Produzentenheeres zugunsten der Aggressionsarmee erhöhten die Nahrungsmittelknappheit und die sonstigen Versorgungsschwierigkeiten. Dabei darf man nicht vergessen, daß auch die ausländischen Berater versorgt sein wollen. Und zwar gut. Ohne Klimaanlage geht das in diesen Breiten nicht ab. Auf Seiten der Bevölkerungsmassen schlägt sich das als weiteres Defizit an Reis und anderen Grundnahrungsmitteln nieder. Der Blitzkrieg gegen das Demokratische Kampuchea hat sich verheerend auf die Öl- und Benzinreserven ausgewirkt. Jetzt ist der Blitzkrieg zwar vorbei, aber der Volkskrieg Kampucheas hat begonnen. Eingekreiste Teile der Aggressionsarmee sind nicht nur bewegungsunfähig geworden, sondern müssen ihrerseits aus der Luft versorgt werden. Die Raubzüge in Kampuchea sind nicht besonders einträglich, weil der Reis von den Volksmassen beiseitegeschafft worden ist. Die Verluste dieser Aktionen sind höher als der Gewinn. Allein zwischen dem 14.2. und 18.2. hatte die vietnamesische Aggressionsarmee über 1500, zwischen dem 18. und 27.2. über 2600 Mann Verluste.

Mit der „Generalmobilmachung“ ausgerechnet zum Zeitpunkt des Rückzugs der chinesischen Grenztruppen schlägt die Aggressionspolitik der Hanoier Machthaber noch mehr nach innen durch, wie sie auch zeigt, daß der eingeschlagene Weg beibehalten werden soll. Viel Zeit zur Umkehr bleibt den Hanoier Machthabern nicht mehr. Eine Umkehr ist nur gegen die sowjetischen Sozialimperialisten möglich, nicht mit ihnen. Kossygin hat bei seinem Indienbesuch wieder versichert, die SU stehe hinter Vietnam. Das stimmt. So wie der Stab einer Aggressionsarmee hinter den Soldaten steht, die er als Kanonenfutter verheizt.

### Nur der bewaffnete Kampf kann Zimbabwe die Unabhängigkeit bringen



Auf die Ankündigung der Scheinwahlen von Smith und seinen Marionetten antwortet die ZANU mit der Intensivierung des bewaffneten Befreiungskampfes

# Jugoslawische Wirtschaftskonferenz verurteilt imperialistische Plünderpolitik

*z.pek.Wien.* Ende Februar wurde in Dubrovnik eine dreitägige Konferenz durchgeführt, mit der Jugoslawien seinen Standpunkt zum Kampf der Länder der Dritten Welt für eine neue Weltwirtschaftsordnung bekräftigt hat. Dabei wurde betont, daß für Jugoslawien die Einheit der Dritten Welt in ihrem Kampf gegen die Ausplünderung durch die Imperialisten und Sozialimperialisten eine entscheidende Stütze im Aufbau der eigenen nationalen Wirtschaft darstellt und daß Jugoslawien daher seine Anstrengungen verstärken wird, innerhalb der Bewegung der blockfreien Länder den Zusammenschluß gegen alle imperialistischen Räuber zu festigen.

Auf dem XI. Kongreß des Bundes der Kommunisten im Juli 1978 erklärte der jugoslawische Präsident Tito: „die Gegensätze in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen haben sich in den letzten Jahren dermaßen verschärft, daß das eines der wichtigsten und grundlegendsten Gebiete des Kampfes für die wirtschaftliche Entkolonialisierung geworden ist, des Kampfs gegen die materielle Grundlage des Imperialismus, Neokolonialismus und aller Formen der Nichtgleichberechtigung und Ausbeutung. (...) Die Verschuldung der Entwicklungsländer wächst weiter. Die meisten von ihnen sehen sich großen Schwierigkeiten in der Zahlungsbilanz gegenüber. Die Preise ihrer Exportprodukte und besonders der Rohstoffe unterliegen großen Senkungen und Schwankungen, während neue protektionistische Maßnahmen und Währungsmanipulationen ihre Ausfuhr noch stärker treffen. Gleichzeitig wird die Einfuhr von Industriewaren, Ausrüstung und Dienstleistungen immer teurer."

Als Grundlage ihres Kampfes gegen die Ausplünderung durch die Imperialisten beschlossen die blockfreien Länder auf ihrer Ministerkonferenz in Belgrad 1978 ein wirtschaftliches Aktionsprogramm. Darin erheben sie unter anderem die Forderungen: Einrichtung des integrierten Rohstoffonds, um den Preissenkungen und Spekulationen der Imperialisten auf den Rohstoffmärkten Schranken zu setzen, und nach Streichung aller Schulden der Länder der Dritten Welt. Jugoslawien hat als führende Kraft innerhalb der Bewegung der Blockfreien die Ausarbeitung dieses Programms unterstützt.

Für die Entwicklung der Industrie benötigt Jugoslawien umfangreiche Importe an Maschinen und Anlagen. Das haben die EG-Imperialisten genutzt, um Jugoslawien ein ständig wachsendes Handelsbilanzdefizit aufzubürden – allein im vergangenen Jahr 2,4 Mrd. Dollar. In den laufenden Verhandlungen für ein Handelsabkommen haben sie einen Vertragsentwurf vorgelegt, nach dem Jugoslawien Exportbeschränkungen, insbesondere bei Textil- und Stahlprodukten, auferlegt werden sollen, also genau in den Bereichen der Industrie, in denen Jugoslawien bereits eine eigene entwickelte Produktion aufgebaut hat. Auf diese Weise wollen die EG-Imperialisten verhindern, daß Jugoslawien sein Handelsbilanzdefizit abbauen kann. Das Land soll in die Schuldknechtschaft getrieben werden. Jugoslawien hat diese Vertragsbedingungen als unannehmbar zurückgewiesen.

Die Sozialimperialisten setzen an den unverschämten Bedingungen der EG an, um sich mit ihren „Abkommen über Spezialisierung und Kooperation der Produktion" anzubiedern. Mit gegenwärtig 50 solcher Abkommen versuchen sie, Jugoslawien ihrer Räuberei im „System der internationalen Arbeitsteilung" zu unterwerfen. Es sind die bislang gemachten Erfahrungen Jugoslawiens mit den neuen Zaren, die deren Aussichten wenig erfolgversprechend erscheinen lassen: „Jede Form der Aufzwingung der internationalen Arbeitsteilung im Namen irgendwelcher äußerer Kräfte muß sowohl im wirtschaftlichen als auch im politischen Sinne reaktionäre Folgen haben. Zum Aufbau moderner Produktivkräfte ist es in erster Linie notwendig, die Voraussetzungen für die selbständige wirtschaftliche Entwicklung jedes einzelnen Volkes zu schaffen." (Sozialistische Theorie und Praxis, jugoslawische Monatsschrift, 3/78)

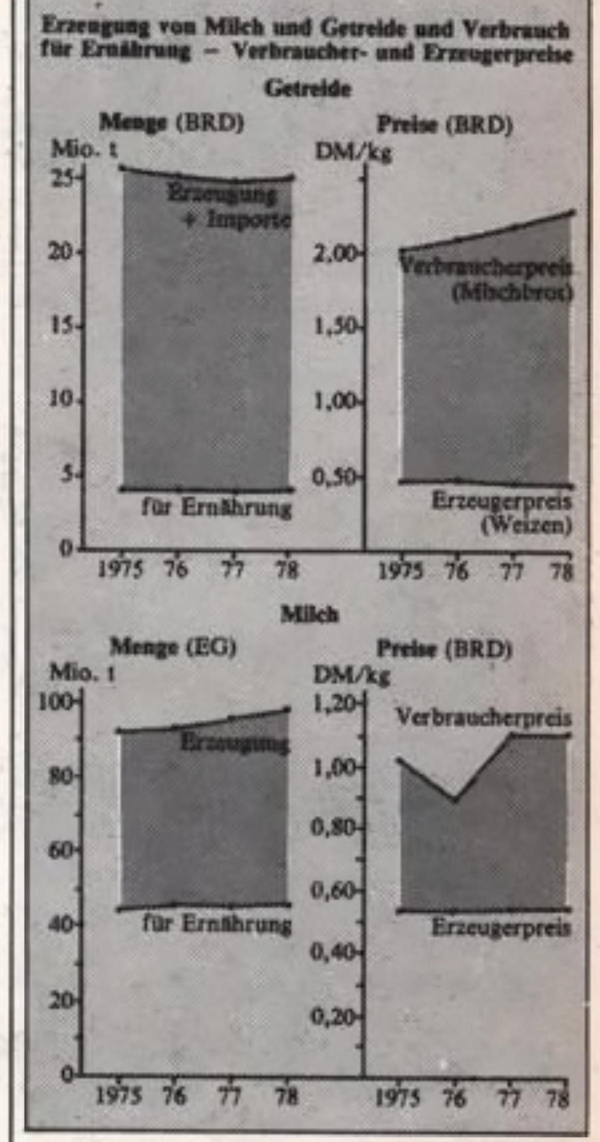
Um die Unabhängigkeit in der Nahrungsmittelversorgung zu erreichen und Mittel für den Aufbau der Industrie freizusetzen, hat Jugoslawien die landwirtschaftliche Produktion bewußt gefördert. Die Erträge wurden in den letzten beiden Jahrzehnten verdoppelt. 1978 wurde erstmals Weizen und Speiseöl exportiert. Der Import von Nahrungsmitteln konnte gleichzeitig um 25% gesenkt werden.

Der Aufbau der Industrie erfordert die Beherrschung moderner Technologie. Im Zusammenschluß mit den anderen Ländern der Dritten Welt kämpft Jugoslawien gegen das Kernenergiemonopol der Imperialisten. Im Februar wurde die Gesellschaft „Jugosatomenergo" gegründet, über die Projektierung und Bau eigener Kernenergieanlagen vorangetrieben wird.

Jugoslawien nutzt zugleich den Fortschritt in der Entfaltung der Produktivkräfte, um den Aufbau der nationalen Wirtschaft in anderen Ländern der Dritten Welt zu unterstützen. Darüber berichtet die Nachrichtenagentur Tanjug: „Schon seit 12 Jahren arbeitet das jugoslawische Unternehmen ‚Partizanski Put' in Afrika und baut Straßen und Brücken der Freundschaft seines Landes mit den Völkern der Blockfreien, wie es Sambia, Libyen und der Sudan sind, aus."

Im Januar wurde in Belgrad ein gemeinsames Forschungs- und Informationsinstitut der blockfreien Länder gegründet, mit dem die wirtschaftlichen Beziehungen für die Zwecke des Kampfs gegen die Ausplünderung durch die Imperialisten und Sozialimperialisten untersucht werden und dessen Arbeitsergebnisse allen Ländern der Dritten Welt zugänglich sein werden.

*z.bil.* **14 Mrd. DM sieht der EG-Haushalt 1979 für Subventionen und Stützungskäufe vor, um die Interventionspreise zu halten.** Für die Vernichtung von Obst und Gemüse haben sich die Vernichtungsmittel verdreifacht (von 239 Mio. DM auf 727 Mio.) 99,7% Blumenkohl, 94,5% Tomaten, 96% Pfirsiche, 97% Äpfel, 81,2% Apfelsinen und 94,3% Zitronen sind entweder verfüttert oder vernichtet worden. Die Tabelle gibt Aufschluß über die Gelder, die den Agrarkapitalisten an Subventionen zugeschossen wurden. 1 Blumenkohl kostet 2 DM, das Kilo Äpfel 2,50 DM, das Kilo Tomaten zwischen 3 und 5 DM. Massenhafte Vernichtung von landwirtschaftlichen Produkten einerseits, Unterkonsumtion an not-




wendigen Frischwaren in den Haushalten der Massen, die andere Seite. Die Schaubilder zeigen, wieviel an Getreide und Milch erzeugt wird und *wieviel* in die Ernährung der Massen einfließt. Die Bauern sind gezwungen, zu real sinkenden Erzeugerpreisen ihre Produkte zur Vernichtung abzuliefern. Die Preise der zum Verkauf angebotenen Produkte sind so hoch, daß sie im Konsum der Massen fehlen. 248000 t Rindfleisch, 600000 t Magermilchpulver, 400000 t Butter lagert die EG. Es sind Waffen, mit denen sie gegen die

**Subventionen an die Agrarkapitalisten in der EG**

| | Getreide (Mrd. DM) | Milcherzeugn. (Mrd. DM) |
|---|---|---|
| 1971 | 1,61 | 1,92 |
| 1973 | 3,24 | 4,96 |
| 1975 | 2,11 | 3,91 |
| 1977 | 1,99 | 8,65 |
| 1979* | 6,37 | 12,64 |

* = vorläufig

Länder der Dritten Welt marschieren. In den imperialistischen Ländern der EG bewirkt die Kapitalakkumulation und Bezuschussung Konzentration in den Händen der Agrarkapitalisten und Zerstörung der Lebensbedingungen von Tausenden von kleinen und mittleren Bauern.

# 9% plus 1 Pfund gegen die Gemeindearbeiter durchgesetzt – Krankenschwestern nehmen Lohnkampf auf

*z.hef.London.* In der letzten Woche gelang es dem staatlichen Dienstherrn Britanniens, sein Angebot von 9% und einem Pfund mehr pro Woche als Abschlag auf eine anzustellende „Ver-

# 9% plus 1 Pfund gegen die Gemeindearbeiter durchgesetzt – Krankenschwestern nehmen Lohnkampf auf

*z.hef.London.* In der letzten Woche gelang es dem staatlichen Dienstherrn Britanniens, sein Angebot von 9% und einem Pfund mehr pro Woche als Abschlag auf eine anzustellende „Ver-
gleichbarkeitsstudie" gegen die Arbeiter bei Gemeinden und Stadtverwaltungen durchzusetzen. Nachdem die Gewerkschaften TGWU und GMWU auf Konferenzen die Annahme des Angebots beschlossen hatten, stimmten die Mitglieder der größten Gewerkschaft, NUPE, in der vor allem die untersten Lohngruppen und die Teilzeitarbeiterinnen organisiert sind, mit 228000 zu 150000 Stimmen zu. Am Tag darauf ließ die Regierung den von ihr ernannten Vorsitzenden der „Vergleichbarkeitskommission", Professor Clegg, im Fernsehen auftreten und erklären, die vorgesehene Vergleichung mit Löhnen außerhalb des öffentlichen Dienstes müsse nicht unbedingt eine zusätzliche Lohnerhöhung bringen.

Von den Arbeitern im Gesundheitswesen ist das Angebot *nicht* angenommen worden. Zwar stimmten TGWU und GMWU ebenfalls auf Konferenzen für Annahme, aber in einer Urabstimmung wiesen die Mitglieder der NUPE das Angebot mit 123000 zu 35000 Stimmen glatt ab. Die Mitglieder der Gewerkschaft COHSE nahmen das Angebot an, zählt man aber beide Ergebnisse zusammen, kommt man auf eine Ablehnung von 156000 zu 96000, bei insgesamt rund 260000 Arbeitern im Gesundheitswesen. Die Spaltung zwischen Gemeinde- und Krankenhausarbeitern ist in den Angeboten bereits angelegt: „Der Unterschied zwischen uns und den Gemeindearbeitern ist, daß sie, obwohl überall berichtet wird, sie hätten das gleiche Angebot wie wir bekommen, daß sie tatsächlich ein höheres Angebot bekommen haben", sagte uns John Clark, Branch-Vorsitzender der Gewerkschaft NUPE an den Londoner Kinderkrankenhäusern Great Ormond Street und Queen Elizabeth. „In den letzten zwei oder drei Jahren der Lohnleitlinienpolitik wurden alle Erhöhungen, die wir bekommen haben, nicht in den Grundlohn eingerechnet, sondern wurden als Zuschlag außerhalb des Grundlohns gezahlt. In ihrem Angebot war die Einbeziehung von 5 Pfund Zuschlag in den Grundlohn enthalten, bei unserem nur von 2,40 Pfund. Das würde für unsere Leute, die Schicht arbeiten, sofort 2 Pfund mehr pro Woche in der Lohntüte ausmachen."

Das Abstimmungsergebnis der Arbeiter im Gesundheitswesen (wie auch der Krankenwagenfahrer, die das Angebot ebenfalls zurückwiesen) ist auch ein Ergebnis der Aufnahme des Lohnkampfs durch die 440000 Krankenschwestern und Krankenpfleger. Mit Protestdemonstrationen vor Parlament und Gesundheitsministerium und in allen größeren Städten für ihre Forderung nach 15% bis 20% zusätzlich zum „normalen" Abschluß in diesem Jahr zur Wiederherstellung des Lohns von 1973 haben sie bereits erreicht, daß die 9% plus ein Pfund Abschlag als *Ausgangsangebot* in den Verhandlungen gemacht wurden. Am Dienstag findet eine zentrale Demonstration in London statt, und die 210000 Krankenschwestern und Krankenpfleger bereiten Aktionen wie einen Überstundenstreik ab diesem Wochenende vor.

John Clark sagte uns, daß die NUPE wahrscheinlich einen Vollstreik aller Gesundheitsarbeiter im Bereich London ab übernächster Woche plant. „Zunächst einmal werden wir auf jeden Fall fordern, das gleiche Angebot wie die Gemeindearbeiter zu bekommen, aber mit der Entwicklung bei den Krankenschwestern, denen unser Abschluß als erstes Angebot gemacht wurde, da glaube ich, daß wir gemeinsam mit den Krankenschwestern und den Krankenwagenfahrern weitermachen können, das könnte uns weitere 1 bis 2% bringen."



Die Beschäftigten mehrerer Westberliner Krankenhäuser haben beschlossen, gegen das Kostensenkungsprogramm des Senats Informationsstände für die Bevölkerung durchzuführen. Am 10.3. verteilten Beschäftigte des Klinikums Steglitz Flugblätter auf dem Walther-Schreiber-Platz.

**Kommunistische Volkszeitung**

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung: Nr. 11: 32000



Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730234

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n. – agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni, 41/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road GB-London, WC1X 8QF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Straußengasse 7, Tür 4 · 1040 Wien

Verbreitungsgebiete und Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung – Bezugsadressen –

*Geschäftsstelle Hamburg:* Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/382168
Bezirksausgaben: Flensburg, Flensburg-Westküste (01) · Kiel, Holstein (02) · Hamburg, Hamburg-Unterelbe (03)

*Geschäftsstelle Bremen:* Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455
Bezirksausgaben: Bremen, Bremen-Unterweser (04) · Oldenburg, Weser-Ems (05) · Münster, Münsterland-Emsland (06)

*Geschäftsstelle Westberlin:* Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099
Bezirksausgabe: Westberlin, Westberlin (07)

*Geschäftsstelle Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045
Bezirksausgaben: Hannover, Hannover (08) · Braunschweig, Südostniedersachsen (09) · Bielefeld, Ostwestfalen (10)

*Geschäftsstelle Essen:* Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353
Bezirksausgaben: Dortmund, Dortmund/Westliches Westfalen (11) · Essen, Essen/Ruhr (12) · Duisburg, Duisburg/Niederrhein (13) · Düsseldorf, Düsseldorf/Rhein (14)

*Geschäftsstelle Köln:* Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0201/720876-77
Bezirksausgaben: Wuppertal, Wuppertal/Bergisches Land (15) · Köln, Köln/Rhein-Sieg (16) · Aachen, Aachen/Grenzland (17)

*Geschäftsstelle Frankfurt:* Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42
Bezirksausgaben: Kassel, Kassel/Nordhessen (18) · Gießen, Gießen/Sieg-Lahn (19) · Frankfurt, Frankfurt/Südhessen (20) · Mainz, Mainz/Rheinhessen-Taunus (21)

*Geschäftsstelle Saarbrücken:* Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791
Bezirksausgaben: Koblenz, Koblenz/Mittelrhein (22) · Trier, Trier/Eifel-Hunsrück (23) · Saarbrücken, Saarbrücken/Saarland (24)

*Geschäftsstelle Mannheim:* J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279
Bezirksausgaben: Mannheim, Rhein-Neckar-Pfalz (25) · Heilbronn, Franken (26) · Karlsruhe, Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald (27)

*Geschäftsstelle Nürnberg:* Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095
Bezirksausgaben: Würzburg, Unterfranken (28) · Nürnberg, Mittelfranken (29) · Bayreuth, Oberfranken (30)

*Geschäftsstelle Stuttgart:* Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0771/620582
Bezirksausgaben: Stuttgart, Mittlerer Neckar (31) · Freiburg, Südbaden (32) · Konstanz, Konstanz-Südschwarzwald (33) · Ulm, Ulm/Bodensee (34)

*Geschäftsstelle München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481
Bezirksausgaben: Regensburg, Mittlere Donau (35) · Landshut, Niederbayern (36) · München, München-Oberbayern (37) · Augsburg, Schwaben (38)

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

*Heft 01:* Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 erscheint einmal im Monat, Preis 2,40 DM · Zu beziehen sind die Spezialnachrichtendienste bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

# „Es gibt Prinzipien, die wir nicht aufgeben ..."

## OPEC-Staaten erheben politische Forderungen

*z.anb.Wien.* Madison-Square-Garden, New York. Beamte der US-Regierung versteigern Lizenzen für Offshore-Bohrungen vor der Ostküste der USA. Von 109 Lizenzen finden nur 44 einen Käufer. Schlechte Zeiten sind das. Was aber beinahe einer „nationalen Katastrophe" gleichkommt, ist der Erlös dieser kürzlich organisierten Auktion:

41,7 Mio. Dollar, ein Klacks verglichen mit dem Rekordergebnis von 1976, als die US-Regierung die erste Auktion dieser Art mit 93 Lizenzen für 1,13 Mrd. Dollar unter Dach und Fach brachte. Nun weiß jeder imperialistische Profitstratege, und in der gegenwärtigen Lage in der Weltmarktschlacht muß er gleichzeitig Ölstratege sein, daß Offshore-Bohrungen einen beträchtlichen Aufwand an Kapital erfordern. Und das für Ölquellen, die vielleicht ein paar Monate den Bedarf der US-Bourgeoisie decken? Nein, *der* Stachel sticht nicht genug.

### Spekulationsschacher gegen den OPEC-Preis

Es wäre ein Fehler, davon auszugehen, daß die US-Supermacht durch die Revolution im Iran nicht getroffen ist. Nicht nur ihre politischen Interessen in der „sensiblen" Region des Persischen Golfes sind davon empfindlich berührt, wirtschaftlich sieht sie ihre billigen Ölimporte gefährdet. Sicherlich, die US-Monopole haben ihre Lager bis zum Bersten vollgestopft, und zwar über das ganze Jahr 1978 hinweg, während der Dollar fiel und fiel und der kostbare Energierohstoff, unerläßlich für die profitliche Anwendung lebendiger Arbeit durch moderne Maschinerie, immer wohlfeiler auf dem Weltmarkt zu haben war. Ja, sogar die erste Phase der sogenannten „Krise" im Iran haben die US-Monopolkonzerne zu Betrügereien genutzt: die sogenannten „freien" Ölmengen, die nicht im voraus vertraglich vergeben sind, haben sie zu Preisen zu verhökern versucht, die bis zu 80% über dem OPEC-Richtpreis lagen. Das hat der Ölminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Mana Saeed Otaiba Anfang Februar bei einem Besuch in Kuwait und Qatar enthüllt.

Der Chef der US-Finanzbourgeoisie, Carter, hat längst begriffen, daß „die OPEC eine institutionalisierte Einrichtung ist; daß es äußerst fraglich ist, ob es gelingen kann, sie kleinzukriegen". Deshalb ist es auch alles andere als günstig, wenn die OPEC Informationen darüber hat, daß die Öllager der USA zwar randvoll sind, sie aber aufgrund fehlender Versorgungsleitungen erst nach mehreren Monaten Bauzeit für solche Leitungen angezapft werden können. Zu diesem Zweck sind sie ja auch gar nicht angelegt worden. Aber – und das bleibt Tatsache – aus diesem Grund *merkt* auch die US-Finanzbourgeoisie die „Verknappung" des Angebots.

### Die Gegenoffensive der OPEC wird vorbereitet

Im Februar besuchte eine Delegation der libyschen Regierung mehrere Bundesstaaten der USA. Es war ein Besuch in der Höhle des Papiertigers. Von 9 Gouverneuren weigerten sich fünf, die Delegation überhaupt zu begrüßen. Der Leiter der Delegation bezeichnete das als „äußerst schwaches Bild". Er warf der Journaille einen Köder hin, eine Pressekonferenz, und siehe da, alle kamen. „Es gibt Grundprinzipien, die wir nicht aufgeben werden, egal, was es uns kostet", erklärte er. „Wir in Libyen haben Tausende Jahre auch ohne Ölexport gelebt, und wir werden auch darauf verzichten können, wenn unsere nationale Würde und unsere strategischen Interessen bedroht sind." Libyen sei in der Lage, seine Ölexporte in die USA, 7,2% der US-Importe an Öl, zu sperren, wenn diese ihre Politik der Unterstützung der Zionisten nicht aufgebe. (Arab News, 13.2.79) Das war für die Bourgeoismeute der neuerliche „Beweis" dafür, daß Libyen dem „Terrorismus" anheimgefallen sei. Inzwischen sieht die Bilanz noch weit betrüblicher aus. Vorletzte Woche tagten in Abu Dhabi die OAPEC-Staaten. 22 Mitgliedsländer der Arabischen Liga hielten dort fest, daß die Öllieferungen an die Imperialisten künftig von der „Lösung des Palästinenser-Problems und der Rückgabe der von Israel besetzten arabischen Gebiete einschließlich Jerusalems abhängig gemacht" wird.

### Blockfreiheit – für die USA „Abgleiten in die Feindschaft"

Inzwischen verbreitet der US-Geheimdienst CIA Mutmaßungen über einen „Rücktritt" des saudi-arabischen Königs Khaled. Machtkämpfe im Inneren seien die Ursache und seine angegriffene Gesundheit. „Die Verbindung von islamisch-militantem Aufruhr und politischer Revolution könnte auf das Königreich übergreifen." (Die Presse, 9.3.79) „Ein Abgleiten Saudi-Arabiens in Richtung einer Washington immer feindlicher gegenüberstehenden Blockfreiheit ... könnte das folgenschwerste und wichtigste Ereignis des Jahres 1979 werden." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.3.-79) Und deshalb haben, „um saudi-arabische Befürchtungen zu zerstreuen", die US-Imperialisten ihren Flugzeugträger „Constellation" in den Persischen Golf beordert.

Die saudi-arabische Regierung hat es abgelehnt, ein US-Jagdbombergeschwader zu beherbergen. Sie hat es ebenfalls abgelehnt, den Ölstrom aus dem Iran zu „ersetzen". Griechenland dagegen erhält sofort 500000 Tonnen Öl, um akute Versorgungsprobleme zu verhindern. Für die nächsten vier Jahre ist eine Liefermenge von 2 Mio. Tonnen fest vereinbart worden. Dies ist ein Beispiel für die verstärkte Zusammenarbeit der Länder der Dritten Welt, die von den OPEC-Staaten bewußt gefördert und entwickelt wird. Denn gleichzeitig wurde der Ausbau der Straßenverbindungen zwischen Griechenland und den arabischen Staaten beschlossen: eine Verbindung von Jeddah (Saudi-Arabien) über Alexandria (Ägypten) nach Volos. Den Großteil der Finanzierung übernimmt Saudi-Arabien. Diese Vereinbarung ist Bestandteil eines gewaltigen Aufbauplans der arabischen erdölproduzierenden Staaten zur Entwicklung des Transport- und Kommunikationswesens.

### Sicherung der Öleinnahmen für panarabische Transportprojekte

„Das Ziel des Straßenbauprogramms ist es, dieses große Land insgesamt zu entwickeln, um den Aufbau von Industrie und Landwirtschaft in jedem Winkel des Landes voranzubringen." (The Arab Economist, Januar 79) 14000 km asphaltierter Straßen sieht der Fünfjahrplan Saudi-Arabiens 1975-80 als Neubauprojekte vor. Autobahnen von Jeddah nach Mecca, von Dammam nach Abu Hadria, von Safwa nach Ras Tannura, von Safwa nach Jbeil, von Salil nach Najran gehören dazu. Entlang dieser großen Straßen sollen Tankstellen, Telefonverbindungen, Rasthäuser, Parkplätze die Fahrt durch die Wüstengebiete erträglich und ungefährlich machen. 5 Mrd. Rial waren 1975 dafür veranschlagt worden. Inzwischen sind die Preise für die Ausrüstungen, vor allem Maschinen, die von den Imperialisten gekauft werden müssen, so drastisch gestiegen, daß der Gesamtplan in Gefahr ist. Gerade angesichts gleichzeitig sinkender Einnahmen aus dem Ölexport spitzt sich die Lage zu. Dabei sind die besonderen Schwierigkeiten der unzugänglichen Bergregionen, der von Überflutung und Versandung bedrohten Bauplätze in der Wüste nicht der Grund für die horrend gestiegenen Kosten. Die imperialistischen Konzerne, die sich um die Aufträge raufen, versuchen durch alle erdenklichen Manöver den Bau hinauszuzögern, die Kosten in die Höhe zu treiben, am Material zu sparen. Inzwischen wird der Großteil des benötigten Asphalts aus der eigenen Produktion Saudi-Arabiens, aus der Raffinerie in Ras Tannura geliefert.

Das größte panarabische Transportprojekt ist die Eisenbahnlinie Hejaz. An dem Projekt sind Syrien, Jordanien und Saudi-Arabien beteiligt. Die 1300 km lange Bahnstrecke soll in ca. 7 Jahren für 1 Mrd. Dollar Gesamtkosten gebaut werden. Über diese Verbindung soll der Handel zwischen den arabischen Staaten entscheidend ausgeweitet werden, vor allem zu geringeren Kosten, als es die bis jetzt einzige Möglichkeit der Luftfracht bietet.

# Israel – keineswegs das „stabile Element"

*z.hku.* Carter, hat der Kommentator des ZDF erklärt, müsse im Nahen Osten einen neuen Nagel einschlagen. Carter versucht es. Von den Philippinen ist der Flugzeugträger „Constellation" in das „Krisengebiet" in Marsch gesetzt, gemäß der Doktrin, daß die „vitalen Interessen der USA" auch die „amerikanische militärische Präsenz" erforderlich machen können. Carter persönlich hat es in die Hand genommen, Druck auf verschiedene arabische Staaten auszuüben, um sie von der arabischen Nation abzuspalten und zum US-Aufmarschgebiet zu machen. Aber die Siege des iranischen Volkes haben den Volksmassen in allen arabischen Ländern großen Auftrieb in ihrem Kampf um Unabhängigkeit und Befreiung gegeben.

Und hat Carter Erfolg, gelängen dann die US-Waffen nicht ohnehin nur wieder in arabische Hände, auf die nie und nimmer Verlaß ist? Sagen die Zionisten und rühmen Israel als das „einzig stabile Element" im Nahen Osten. Davon kann keine Rede sein. Als der Brückenkopf des US-Imperialismus beruht Israel auf Raub und Unterdrückung, seine Ökonomie ist zerrüttet und von Widersprüchen zerrissen. Nach der Einstellung der Öllieferungen aus dem Iran mußte der Benzinverbrauch der Kriegsmaschinerie Israels um 8% eingeschränkt werden. Aus Alaska soll Ersatz kommen, aber die Preise steigen um 40%. Das wird die Inflationsrate von 101% (aufs Jahr 1978) noch beschleunigen und das Handelsdefizit und die Verschuldung vergrößern.

Gegen die ständigen Lohnsenkungen streikten im vergangenen Monat 2000 Ingenieure im öffentlichen Dienst, Aktionen der Krankenschwestern und Journalisten der staatlichen Anstalten folgten. Ermutigt durch das Beispiel des iranischen Volkes haben die palä-



stinensischen Studenten an der zionistischen Haifa-Universität sich öffentlich als Teil des palästinensischen Volkes erklärt, vertreten allein durch die PLO. Gegen Entlassungsdrohungen und Hausarrest haben sie demonstriert und Unterstützung durch jüdische Organisationen erhalten. Gemeinderäte aus dem 1948 besetzten Nordpalästina haben im Januar zum ersten Mal öffentlich die PLO unterstützt und erklärt, sie würden sich befreiten palästinensischen Gebieten im Westjordanland anschließen.

Iran: Aufgaben der Revolution noch nicht gelöst

# Iran: Aufgaben der Revolution noch nicht gelöst – Ölarbeiter fordern Kontrolle der Industrie

*z.brp.* Die iranischen Ölarbeiter haben die Wiederaufnahme der Produktion auf den Ölfeldern verbunden mit Forderungen an die Regierung zur Leitung und Kontrolle dieses Industriezweiges:

Überprüfung aller Öllieferungs- und Dienstleistungsverträge, eigene Entwicklung und Forschung, Errichtung eines zentralen Revolutionskomitees in der Ölindustrie, Gründung einer Gewerkschaft, keine Diskriminierung zwischen Angestellten und Arbeitern, gleiche Rechte für Frauen, Wiedereinstellung der früher Entlassenen, höhere Löhne. In Ahvaz haben die Ölarbeiter 11 leitende Angestellte entlassen. Der neue leitende Direktor der NIOC, der staatlichen Ölgesellschaft, mußte den Arbeitern zusichern, anstelle der 400 entlassenen korrupten leitenden Angestellten Arbeiter, die unter dem Schah-Regime entlassen worden waren, wiedereinzustellen. Er mußte ebenfalls die Einrichtung eines Koordinationskomitees zur Gründung von Gewerkschaften zugestehen. Die Arbeiter haben damit die Kontrolle über die iranische Ölindustrie nicht, das macht die iranische Revolution verwundbar für erneute imperialistische Einmischung. Die Ölfördermenge, die Ende Februar nur 700000 barrel/Tag betrug, ist inzwischen auf 2 Mio. barrel/Tag gesteigert worden. Ab 5.3. führt die iranische Regierung erste geringe Ölmengen wieder aus, nach Israel und Südafrika wird kein Öl mehr exportiert. Das NIOC-Direktorium kündigte an, Öllieferungsverträge auch mit imperialistischen Konzernen abzuschließen, das widerspricht dem ursprünglichen Plan, Öl nur noch über Staatsverträge an andere Regierungen abzugeben.

Ein Großteil der Erlöse aus dem Ölverkauf soll für die Landwirtschaft genutzt werden. Die neue iranische Regierung stellte im Februar in einer Bestandsaufnahme der Hinterlassenschaften des Schah-Regimes fest: „Eine Nation, deren Brotversorgung auf Importe angewiesen ist, ist nicht unabhängig", und legte ein Programm der verstärkten Kreditvergabe, der staatlichen Verteilung von Saatgut und Düngemitteln sowie des staatlichen Aufkaufs landwirtschaftlicher Produkte zu garantierten Mindestpreisen vor. Die Verteilung von Grund und Boden wird darin nicht behandelt.

Der neueingesetzte Gouverneur der Zentralbank Mowlaw sicherte den ausländischen Imperialisten zu, alle vom Schah hinterlassenen Auslandsschulden von 5 Mrd. $ zu bezahlen, während sich die Schweizer Banken weigern, das vom Schah ins Ausland abgeschleppte Vermögen der neuen iranischen Regierung zurückzugeben. In der letzten Woche hat die iranische Regierung den iranischen Rial vom US-Dollar gelöst, von dessen Kurs der Kurs der iranischen Währung abhing. Die iranische Währung soll frei floaten, und Mowlaw erklärte, die iranische Währung nie wieder an eine andere binden zu wollen, gleichzeitig kündigte er an, die Banken würden nicht verstaatlicht werden.

# Vorbereitung der Supermächte auf die V. UNCTAD-Konferenz – eigene Rohstofflager

*z.mih.* Im Mai findet die V. UNCTAD-Konferenz in Manila statt. Sie wird erneut die Tribüne sein für den zähen Kampf der Länder der Dritten Welt um die volle Souveränität über ihre eigenen Naturreichtümer gegen die Imperialisten und Sozialimperialisten, für einen gemeinsamen Rohstoffonds. Die beiden Supermächte wollen die Länder der Dritten Welt noch vor der Konferenz vor vollendete Tatsachen stellen. Die Rohstoffwaffe soll ihnen aus der Hand geschlagen werden. Eigene Rohstofflager werden errichtet.

Die „General Services Administration" (GSA), die die strategische Reserve von insgesamt 93 Metallen, Mineralien und anderen Rohstoffen der USA verwaltet, hat festgestellt, daß noch eine Million Tonnen Kupfer dazugekauft werden müßten, um den Bedarf in Krisenzeiten zu decken. Ihre strategische Reserve der Rohstoffe, die in den gemeinsamen Fonds eingehen soll, soll weiter aufgestockt werden. Der Schwerpunkt der Sozialimperialisten bei der Lagerbildung ist zur Zeit das Blei. Seit Anfang des Jahres haben sie an der Londoner Metallbörse und direkt bei den rohstoffexportierenden Ländern mehrere 10000 Tonnen Blei eingekauft.

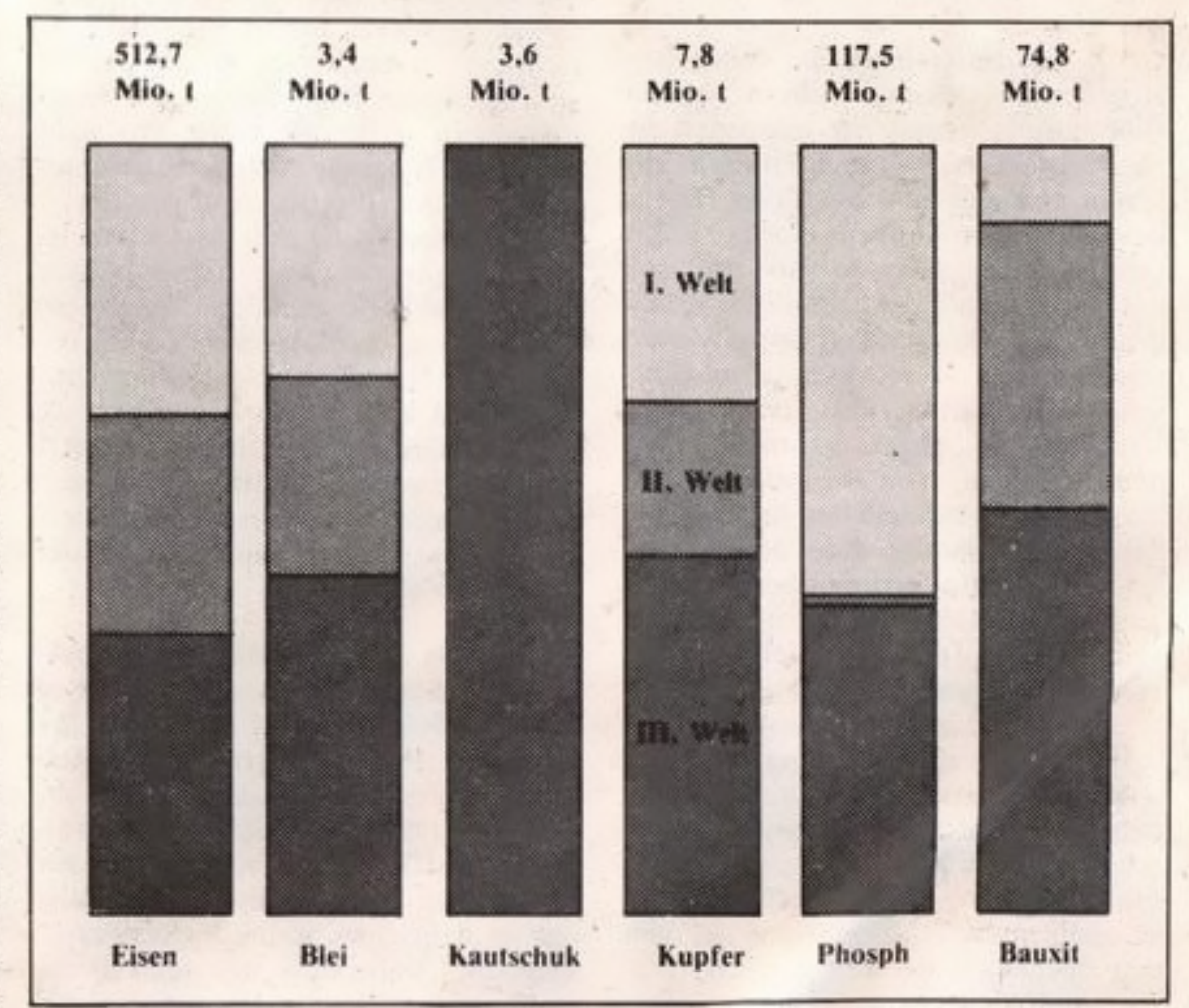
Die imperialistischen Konkurrenten Japan und Westdeutschland ziehen nach. Die japanische „Metal Reserve Association", deren Kupferlager 1977 bereits 70000 t umfaßte, hat angekündigt, ihre Lagerbestände weiter aufzustocken. Für die Bundesrepublik hat Finanzminister Matthöfer angesichts der „Khomeiny-Hausse" (Hochstand der Rohstoffpreise seit Anfang des Jahres) auf den Vorschlag Schmidts zurückgegriffen und gefordert, mit Hilfe der Währungsreserven eine „nationale Sicherheitsreserve von sensiblen Rohstoffen, wie Kupfer, Chrom, Kobalt, Mangan, Platin und Molybdän" aufzubauen.

Die „Hamsterkäufe" der Imperialisten und die dagegen gerichtete Drosselung der Produktion der Länder der Dritten Welt haben die Spekulationspreise an der Londoner Metallbörse erheblich steigen lassen. So stieg der Preis für Blei vom 2.1.79 von 460 Pfund je Tonne auf 572 Pfund und der Kupferpreis im selben Zeitraum von 850 Pfund auf 1011 Pfund je Tonne.

In der Hoffnung auf die Wirksamkeit dieser Maßnahmen preschen die Imperialisten vor, um den Ländern der Dritten Welt *ihre* Version vom gemeinsamen Fonds unterzujubeln. So haben die US-Imperialisten „überraschend" einen Vorschlag zur Kupferpreisstabilisierung unterbreitet. Ein Bufferstock von mindestens 1 Mio. t Kupfer soll demnach angelegt werden. Der Marktpreis soll nicht stärker als 20% um einen noch zu bestimmenden Referenzpreis schwanken und annehmbar sein sowohl für die Dritte Welt als auch für die Imperialisten. Die Kontrolle über die Produktion und den Handel kommt für sie weiterhin nicht in Frage. Die Länder der Dritten Welt haben dankend abgelehnt.

Ihre Vorbereitung für die UNCTAD-Konferenz ist dem gänzlich entgegengesetzt. Zur Stärkung der eigenen Position hat die ASEAN die rohstoffproduzierenden Länder der Dritten Welt aufgerufen, sich zu Kartellen zusammenzuschließen und will unter dem Hinweis, daß sie 80% der Weltkautschuk-, 62% der Weltzinn- und 60% der Weltpalmölerzeugung auf sich vereinigt, bei sich selbst beginnen.

**Weltproduktion ausgewählter Rohstoffe und prozentuale Aufteilung auf die I., II. und III. Welt**



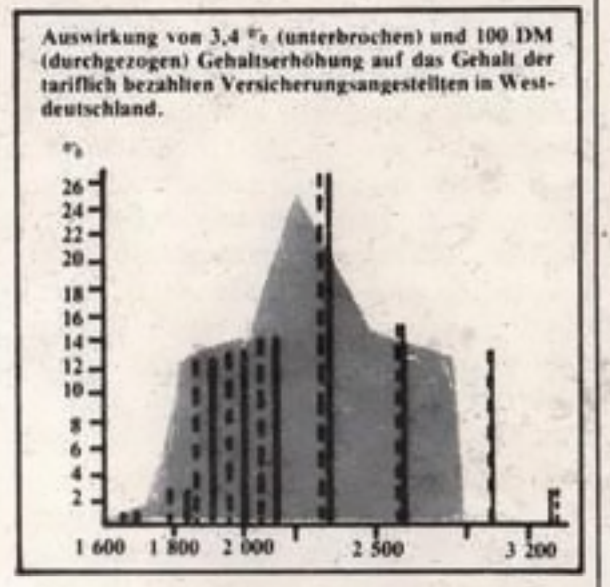

In der Tabelle sind unter der Dritten Welt auch die Kolonien und Halbkolonien mitgerechnet worden. Bei den Supermächten muß man bedenken, daß sie *in* ihren Staaten andere Völker in kolonialer Unterdrückung halten.

*z.std.* **7,4% Lohnerhöhung fordert die Gewerkschaft IG-Bau-Steine-Erden in den diesjährigen Tarifverhandlungen.** Vorangegangen waren der Aufstellung der Forderung durch die große Tarifkommission Beratungen und Beschlußfassungen in den Gewerkschaftsuntergliederungen. Die im letzten Jahr den Kapitalisten mit Wellen von Streiks abgerungenen 5,6% hatten das Lohngefüge weiter auseinandergerückt. Forderungen nach Festgeld und Mindestbeträgen wurden diesmal verstärkt gefordert. – Die Höhe der Forderung wird von der Gewerkschaft mit dem hohen Lohnausfall durch die Witterung und dem in den letzten Jahren gefallenen Effektivlohn begründet. ,,Die bauspezifischen Zuschläge gleichen in ihrer Höhe die Einkommensausfälle nicht mehr aus'', heißt es in der Gewerkschaftszeitung. Es ist damit zu rechnen, daß bei den Tarifverhandlungen auch über eine Erhöhung des Bauausgleichsbetrages und des Sommerausfallgeldes verhandelt wird. Weiterhin stehen noch 1,5% der Lohnsumme aus dem Relationstarifvertrag von 1977 zur Verteilung auf die verschiedenen Arbeitergruppen an. – 7,4% bedeuten eine monatliche Erhöhung von 125,- DM für einen Werker bis hin zu 163,61 DM für einen Hilfspolier. Die Ausgleichsbeträge und der Relationstarifvertrag bieten den Kapitalisten viele Möglichkeiten der Spaltung. Nach dem Abschluß des Vorjahres ist damit zu rechnen, daß die Gewerkschaftsführung sich auf einen Abschluß von 5,3% einläßt, der für die untere Lohngruppe eines Werkers 89,85 DM ergibt und für einen Hilfspolier 117,18. Die Lohnforderung von 7,4% und die Ausgleichsbeträge zu einem einheitlichen Abschluß von 120 DM zu vereinheitlichen, kann die weitere Lohnspaltung verhindern.

tung verhindern.

*z.anl.* **7,5%, mindestens 100 DM fordert die Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV für das Speditions- und Transportgewerbe in Bayern.** Die Auszubildenden sollen 35 DM mehr erhalten. Außerdem sollen die Stundenlöhne der Facharbeiter vor der Erhöhung des ausgehandelten Prozentsatzes um 2 DM angehoben werden. Die bestehenden Ortsklassenabschläge sollen beseitigt werden, einige Zulagen und Entschädigungen verbessert werden, Übernachtungskosten ersetzt werden. Die Lohn- und Gehaltstarife Nr. 3 für die gewerblichen Arbeiter und Angestellten sind zum 31. März 1979 gekündigt. Die Tarifkommission, die mit Mehrheit diese Forderungen beschlossen hat, begründet sie wie folgt: ,,Was die Höhe der Lohn- und Gehaltsforderung betrifft, so gingen die Mitglieder der Tarifkommission davon aus, daß die Beschäftigten des Speditions- und Transportgewerbes sich nicht schlechter stellen dürfen als die Beschäftigten in anderen Wirtschaftszweigen, wo bereits Tarifabschlüsse getätigt wurden. Die 7,5%-Forderung bzw. der Mindestbetrag von 100 DM sollen dazu führen, daß einmal der geforderte Prozentsatz die allgemeinen Einkommensentwicklungen sicherstellt und zum anderen soll dieser Festbetrag dazu dienen, die einkommenschwachen Gruppen stärker zu berücksichtigen. Mit den Löhnen und Gehältern in den unteren Gruppen ist es heute bei den gestiegenen Lebenshaltungskosten unmöglich, daß man sich selbst ernähren kann, von der Ernährung einer ganzen Familie ganz zu schweigen.''

*z.rok.* **Die Kapitalisten der Deutschen Krankenversicherung führen derzeit Bildschirmterminals ein, mit denen die Sachbearbeiter vom Schreibtisch aus Daten abfragen und auch den Datenbestand ändern können.** Daß die Kapitalisten dabei mehr Arbeitskraft vernutzen, spüren die Angestellten am eigenen Leib. Der ständige Wechsel zwischen Lesen von Akten und Bildschirminformation führt zu schnellem Verschleiß des Auges, erst recht bei einem Arbeitstag von 8 Stunden. Dem schnelleren Verschleiß der Arbeitskraft des einen Teils der Angestellten entspricht die Entlassung des anderen Teils. Die DKV-Kapitalisten haben im Januar 1976 2654 Angestellte in der Hauptverwaltung ausgebeutet. Bis Dezember 1978 wollten sie diese Zahl auf 2248 senken, auf 2403 sind sie gegen den Kampf der Angestellten gekommen. Im Erstattungsbereich wurden schwierige Vorgänge bisher in Sonderbüros bearbeitet. Nach Einführung der Bildschirmterminals müssen sie von den Sachbearbeitern in den ,,normalen'' Büros mitbearbeitet werden. Das bedeutet einerseits Intensivierung der Arbeit, da die Zahl der zu bearbeitenden Akten nicht reduziert wurde, andererseits Lohnsenkung, da die Angestellten in den Sonderbüros bisher ca. 100 DM mehr verdient haben, als die Angestellten in den anderen Büros. Die Stelle einer Sekretärin wurde jetzt als Sachbearbeiterstelle neu ausgeschrieben, verbunden mit einer Abgruppierung, die 100 DM Gehaltsverlust bedeutet.




Auswirkung von 3,4 % (unterbrochen) und 100 DM (durchgezogen) Gehaltserhöhung auf das Gehalt der tariflich bezahlten Versicherungsangestellten in Westdeutschland.

*z.hej.* **10 Millionen bekommen die Klöckner-Kapitalisten von der EG-Kommission zur ,,Mitfinanzierung der Neueinrichtung, Erweiterung und Modernisierung von Ausbildungsplätzen''.** Diese Millionen sind ein Montandarlehen, das mit einer Zinsvergünstigung gewährt wird. Die Kommission begründet die Maßnahme ,,vor dem Hintergrund des Problems der Jugendarbeitslosigkeit'' und ,,angesichts des zukünftigen Bedarfs an qualifizierten Facharbeitern als besonders förderungswürdig''. Über 600 Auszubildende werden in fünf Werken ausgebildet. Was die Klöckner-Kapitalisten wollen, ist: schnell die Arbeiterjugend in den Produktionsprozeß. Über Kriterien zur Übernahme in die 2. Stufe nach 2 Jahren bei Stufenausbildung wird die

zur Übernahme in die 2. Stufe nach 2 Jahren bei Stufenausbildung wird die

Ausbildungszeit direkt gekürzt. So haben jetzt in Bremen von 27 Elektrolehrlingen nur 11 die Bedingung geschafft. In Osnabrück werden die Ausgelernten nur als Hilfsarbeiter in die Produktion gesteckt. Ausbildung ist für Klöckner die einzige Möglichkeit, an junge Arbeitskraft zu kommen, wenn die älteren Arbeiter über Sozialpläne entlassen werden.

*z.pag.* **Die Technische Universität Karlsruhe veranstaltete vom 7. – 11.3.79 erstmals einen Kongreß mit Ausstellung ,,für Wissenschaft und Automatisierung''.** Dieser Kongreß, Wimatika 79, wurde zusammen mit verschiedenen Kapitalisten durchgeführt zwecks schnellerer ,,Vermittlung von Forschungsergebnissen zur Anwendung bei Industrie und Dienstleistungseinrichtungen.'' Bereits letztes Jahr hatte sich die Universität Karlsruhe als erste Universität in der BRD an der Hannover-Messe beteiligt. Schirmherrschaft über die Wimatika 79 hatten V. Hauff, Minister des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, und der baden-württembergische Wirtschaftsminister Eberle übernommen. 200 bis 800 DM kostete der Eintritt zu diesem Kongreß, dessen Schwerpunkte waren: Transport und Verkehr – neue Techniken zur Beschleunigung des Kapitalumschlags; Rechnereinsatz in Entwicklung und Fertigung und betrieblicher Datenverarbeitung, Fertigungsorganisation – zur Erhöhung der Mehrwertauspressung und Unterdrückung der Arbeiterklasse. Siemens, Daimler Benz, Hewlett Packard u.a. hielten zusätzlich Seminare, um Erfahrungen auszutauschen und die Hochschulbeamten wissen zu lassen, wie die Ausrichtung der Forschung an der Universität nach den Bedürfnissen der Kapitalisten zu verbessern wäre. Professor Steinbuch hatte die Aufgabe übernommen, in seiner Festrede auf der Eröffnungsveranstaltung den Kurs klarzulegen: ,,Freisetzung von Arbeitskräften ist nicht die Folge böser Absichten, sondern u.a. die Folge hoher Lohnkosten und Soziallasten.'' Rektor Draheim zieht Lehren aus dem Kongreß: ,,Gute Grundausstattung bedeutet mehr Drittmittel. Die Institute müssen so gut ausgestattet sein, daß die Interessenten sagen, da lohnt es sich, Gelder hineinzugeben.''

*z.fum.* **Die Bergwerkmaschinen-Kapitalisten haben ihre Auslandsumsätze 1978 auf 900 Mio. DM gegenüber 761 Mio. DM 1977 gesteigert.** Die Bestellungen aus dem Ausland sind um 157% gestiegen. Die Expansionserfolge ,,resultieren nicht zuletzt aus den schwierigen geologischen Verhältnissen im deutschen Steinkohlebergbau'' und dem ,,Know how, das weltweit anerkannt ist.'' So die Kapitalisten der Ruhrkohle AG. Das Hauffsche Forschungsministerium hat für die Exportschlacht 49,7 Mio. DM locker ge-



macht, mit denen 314 Projekte gefördert werden. Eines davon mit 3,16 Mio. DM für ,,die Entwicklung von mobilen, hochleistungsfähigen Großgeräten für Gewinnung und Förderung in geneigten Lagerstätten des Untertagebaus.'' Nutznießer: Barbara Rohstoffbetriebe, Wülfrath, einer der 4 westdeutschen Monopolisten im Erzbergbau. Die Entwicklung und der Einsatz solcher Technologien soll die Ausbeutung der Bergarbeiter noch weiter steigern und den Kapitalisten die Basis verschaffen, sich den Zugriff auf die Rohstoffe anderer Länder zu sichern.

*z.dem.* **Neuordnung der Schiffahrtshilfen beschlossen.** Die Werft- und Schiffahrtskapitalisten müßten wie ,,Trapezkünstler ohne Fangseil und Netz arbeiten'', kritisierte ein Sprecher der schleswig-holsteinischen CDU die Bundesregierung, weil die Vergaberichtlinien für die gemeinsame Werfthilfe des Bundes und der norddeutschen Küstenländer erst im April zur Verabschiedung anstehen. Die Bundesregierung teilte sogleich mit, daß die Richtlinien noch in dieser Woche verabschiedet werden. Zur befristeten Neuordnung der Schiffahrtshilfen wurden folgende Maßnahmen beschlossen. Die Seeschiffahrt erhält: 1. Ein auf drei Jahre (1979 bis 1981) befristetes rückzahlbares zinsloses Darlehen. Die Höhe beläuft sich auf 2,5% der Bemessungsgrundlage. Die Bemessungsgrundlage ist 60% des linearen Buchwertes der unter deutscher Flagge betriebenen Seeschiffe. Geben die Reeder innerhalb von drei Jahren nach Gewährung der Darlehen Schiffsneubauten in Auftrag, brauchen sie von den Darlehen nichts zurückzuzahlen. 120 Mio. DM hat die Bundesregierung pro Jahr als Haushaltsbedarf dafür veranschlagt. – 2. Für Bürgschaften und Kredite ist eine Höhe von maximal 500 Mio. DM zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen vorgesehen. – 3.Konnten mit Schiffbauzuschüssen geförderte Schiffe allgemein erst nach 10 Jahren in sogenannte ,,Billigflaggenländer'' ausgeflaggt werden, so werden diese Fristen jetzt auf 8 und in besonderen Fällen auf 6 Jahre heruntergesetzt.

# Lohnspaltung, Vernutzung der Arbeitskraft der Hilfsarbeiter als billige Facharbeiter

*r.koe.* Am 12. Mai 1977 ist in der Bauindustrie ein Tarifvertrag zur ,,Verbesserung'' der Lohnrelation abgeschlossen worden. In der Gewerkschaftszeitung der IGBSE ,,Der Grundstein'' 5/78 heißt es dazu: ,,Ab 1. Juli 1978 erfolgte die von uns angestrebte Veränderung der Lohnrelation in drei Jahresraten. Pro Jahr werden dafür 1,5 Prozent der Bruttolohnsumme bereitgestellt ...So erhöhte sich beispielsweise bei allen Bauwerkern, wenn sie 1 Jahr im Baugewerbe sind, der Tariflohn.'' Für die durch den Relationsvertrag zusätzlich bedingte Erhöhung der Löhne soll jährlich auf bestimmte Lohngruppen 1,5% der Tariflohnsumme verteilt werden. Wie und vor allem auf welche Lohngruppen das Geld aufgeteilt wird, wird jedes Jahr zwischen Gewerkschaft und Kapitalisten ausgehandelt. 1978 haben die Werkpolierer (Lohngruppe I) 0,04 DM davon bekommen, die Spezialfacharbeiter (Lohngruppe III) 0,20 DM und die Baufachwerker (Lohngruppe VI) 0,26 DM. Dieses Jahr ist vereinbart worden, daß ab 1. Juli 1979 die oberen drei Lohngruppen (Werkpolierer, Bauverarbeiter, Spezialbaufacharbeiter) 0,31 bzw. 0,28 DM bekommen.

Wie wird diese ,,Relationsveränderung zugunsten der oberen Lohngruppen'' begründet? Es werden Zahlen genannt: Von 72 bis 77 gibt es 400000 Bauarbeiter weniger. 235000 Facharbeiter haben dem Bau den Rücken gekehrt. Soweit diese Bauarbeiter nicht durch die Krise auf die Straße geworfen worden sind, sondern selber die Branche gewechselt haben, liegt die Begründung auf der Hand. Der Lohn ist insgesamt in Anbetracht der schweren körperlichen Arbeit niedrig. Viele Bauarbeiter hatten nach 20 bis 30 Jahren, oft schon viel früher, den Rücken kaputt oder die Kniegelenke verschlissen, so daß sie sich eine andere Arbeit suchen mußten.

Vor dem Relationsvertrag im Jahre 1976 sah das Lohngefüge folgendermaßen aus: Werkpolier 11,34 DM, Vorarbeiter 10,39 DM, Spezialfacharbeiter 9,74 DM, Baufacharbeiter 8,84 DM, Werker 8,60 DM. Das Lohngefüge war da noch im Vergleich zu anderen Branchen verhältnismäßig dicht zusammen. Der Abstand zwischen der obersten und untersten Lohngruppe beträgt 2,74 DM, der Abstand zwischen Werker und Spezialfacharbeiter 1,14 DM. 1980, wenn der Relationsvertrag ausläuft, ist das Lohngefüge erheblich auseinandergezogen. (Wir nehmen für 1979 und 1980 Lohnerhöhungen von 6% an und gehen davon aus, daß im Jahre 1980 nach der Lohnrelation auf die Poliere 0,31 DM ausgeteilt wird, auf die Spezialfacharbeiter und Baufachwerker jeweils 0,28 DM.): Polier 14,98 DM, Vorarbeiter 13,34 DM, Spezialfacharbeiter 13,05 DM, Baufachwerker 11,87 DM, Werker 11,00 DM. Das ganze Lohngefüge wäre dann auf 3,67 DM auseinandergezogen, der Abstand zwischen Spezialfacharbeiter und Werker, nämlich 2,05 DM, hätte sich fast verdoppelt. Argumentiert wird in der Zeitschrift der IGBSE ,,Information und Argumente'' 1/79 in Bezug auf die Veränderung der Lohnrelation: Letzlich käme es ja dem ganzen Gewerbe, also auch den Kapitalisten zugute, wenn in ausreichendem Maße qualifizierte Arbeitskräfte vorhanden wären. In Wirklichkeit ist es so, daß die Baukapitalisten die beiden unteren Lohngruppen dazu nutzen, den Lohn der Bauarbeiter insgesamt zu drücken.

Der Anteil der Facharbeiter ist von 1975 bis 1977 von 71% auf 68,8% gesunken. Dagegen haben die Kapitalisten den Anteil der ungelernten Kräfte von 25,6% auf 26,43% gesteigert. Weiter haben sie in dem gleichen Zeitraum 10000 Lehrlinge ins Baugewerbe gesaugt und so ihren Anteil von 3,43% auf 4,7% erhöht.

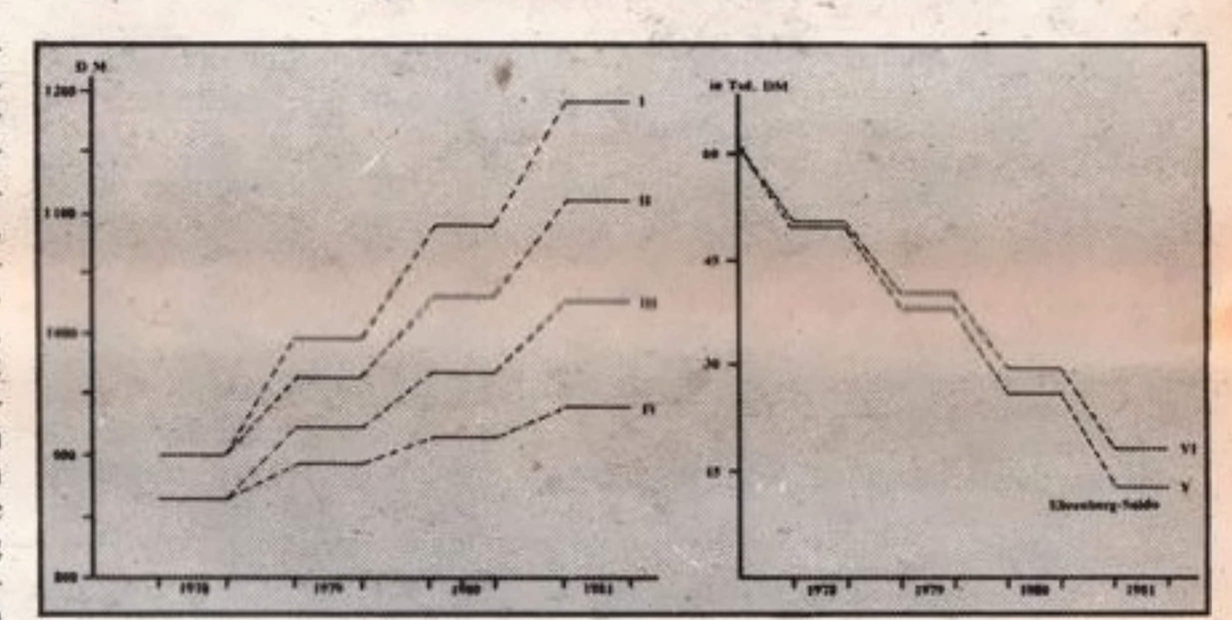
Diese angelernten Kräfte wie auch die Lehrlinge werden aber zu allen möglichen qualifizierten Tätigkeiten herangezogen. Somit haben die Kapitalisten mit dem Relationsvertrag ein umfassendes Mittel der Senkung der Löhne einfach über die Senkung des Facharbeiteranteils. Ihn in die andere Richtung zu nutzen ist gar nicht möglich. Der Relationsvertrag wird von der BSE als Errungenschaft dargestellt. Sie täuscht sich, er ist eine gefährliche Sache. Die Kraft der Bauarbeiter kann sich unter diesem Vertrag nicht entfalten, sie kann es aber im Kampf um den Lohn auf den Normalarbeitstag, wo mindestens 100 DM für alle rauskommen müssen.

Früher verrentet? Um von Ehrenberg

# Früher verrentet? Um von Ehrenberg früher unter die Erde gebracht zu werden

*r.ulw.* Als elegante Möglichkeit, die Intensivierung der Ausbeutung durchzusetzen, hat die Betriebsleitung der Seebeck-Werft in Bremerhaven vor zwei Jahren die ,,freiwillige'', vorzeitige Verrentung alter Arbeiter entdeckt. Die Arbeiter werden dann mit 59 entlassen und gehen nach einjähriger Arbeitslosigkeit mit 60 Jahren in Rente. Für die Dauer der Arbeitslosigkeit zahlt der Betrieb die Differenz zwischen dem Arbeitslosengeld und dem bisherigen Nettolohn. Gegenüber dem Betriebsrat und der Belegschaft wurde diese Regelung mit der Begründung durchgesetzt, sonst müßten mehr jüngere Arbeiter mit Familie entlassen werden. Die Arbeiter, die sich auf diese Möglichkeit einlassen, tun das in der Hoffnung, so wenigstens einen Rest ihrer Gesundheit und Lebenskraft vor dem zunehmend schärfer werdenden Verschleiß zu retten. Ist die Arbeitskraft für die Profitproduktion nicht mehr tauglich, ist sie für die Bourgeoisie auch sogleich nutzlos und im Wege. Frühere Rente heißt sowieso schon kleinere Rente, da die Zahl der anzurechnenden Versicherungsjahre geringer ist. Daß frühere Verrentung nicht trotzdem längeres Leben aus der Rentenkasse heißt, hat die Bourgeoise durch die Ehrenbergschen Rentenreformeln sicherstellen lassen.

Die kombinierte Wirkung von früherer Verrentung und 20. und 21. Rentenanpassungsgesetz ist in den Schaubildern dargestellt. Die Kurve I zeigt die jeweiligen Anfangsrenten in den Jahren 1978 bis 1981. Die Kurve II zeigt die Entwicklung einer laufenden Rente bei Rentenantritt im Jahre 1978.




Diese beiden Kurven sind auf Grundlage der Rechtsverhältnisse vor den beiden Rentenanpassungsgesetzen berechnet.

Die Kurven III und IV zeigen das gleiche Verhältnis, nur nach den Ehrenbergschen Reformen, also nach der jetzt gültigen Rechtslage. Wurde durch die Frühverrentung im Jahre 1978 die laufende Rente im Jahr 1980 gegenüber einer Anfangsrente im gleichen Jahr schon um ca. 60 DM gekürzt, so wird sie durch die Ehrenberggesetze – durch Kürzung der jährlichen Anpassungen und Senkung der allgemeinen Bemessungsgrundlagen – jetzt nochmals um mehr als 110 DM gekürzt. Die Kurven V und VI schließlich veranschaulichen, worauf es der Bourgeoisie ankommt: Die Beitragsgelder, die sie *nicht* wieder auszuzahlen braucht. Der Arbeiter, der in diesem Beispiel 33 Jahre lang in die Rentenversicherung eingezahlt hatte, hat damit ein Kapital von 25300 DM angehäuft. Da dieses Geld nicht 33 Jahre lang brach lag, sondern als Kapital eingesetzt wurde, hat es sich mit der Zeit auf 60866 DM erhöht. Die Kurve V stellt den Abtrag von diesem Geldberg dar, wie er sich vor den beiden Rentenanpassungsgesetzen errechnet hätte. Die Kurve VI stellt den jährlichen Abtrag nach dem Ehrenbergschen Reformwerk dar.

Wie das linke Schaubild veranschaulicht, beruht der langsamere Abtrag der Kurve VI ausschließlich auf der Senkung der Rente des Arbeiters. Weil es sich zudem um Arbeiter handelt, deren Arbeitskraft in besonderem Maße verschlissen ist, ist sich die Bourgeoisie ihrer Beute sicher. Stirbt der Arbeiter beispielsweise im Alter von 63 Jahren, so hat sich die Beute, die sich die Bourgeoisie einstreicht, gegenüber der alten Rechtsgrundlage um 4956 DM auf insgesamt 17474 DM erhöht. Der Rentenwegfall – so bezeichnet die Bourgeoisie den Tod des Arbeiters – ist vorprogrammiert.

# MAN will durch Kooperation schlagkräftig werden

## Auf Grundlage des niedrigen Lohnniveaus soll die Ausbeutung verschärft werden

*r.haa.* „MAN setzt verstärkt auf Übersee", so gab Vorstandsvorsitzender Moll jüngst die Rationalisierungspläne und Kooperationsvorhaben bekannt, mit denen MAN auf dem inländischen und auf dem Weltmarkt schlagkräftig werden will gegenüber der imperialistischen Konkurrenz. 1978 hat die MAN-AG im Inland 15% mehr LKW's als im Vorjahr verkauft. Demgegenüber war in der zweiten Jahreshälfte der Export rückläufig, insgesamt war der Auftragseingang 1978 aus dem Ausland um 26% niedriger als 1977. Der Exportanteil des Unternehmensbereichs Nutzfahzeugbau beträgt z.Z. 17%. Nachdem die Warenexportoffensive des MAN-Imperiums an dieser Front ins Stocken gerät, setzt es jetzt verstärkt auf Kapitalexport. Gerade hat MAN einen Kooperationsvertrag mit White Motor in der Tasche, um auf dem amerikanischen Markt im LKW-Bau vorzustoßen, hiernach kann MAN mehr als 50% am Aktienkapital von White Motor (bis zu 9,6 Mio. Stammaktien) erwerben. MAN liefert aus der BRD nur die Dieselmotore, da in den USA ca. „30% billiger" produziert würde.

Ein umfangreiches Rationalisierungsprogramm soll gegen den Widerstand der Arbeiter durchgedrückt werden: Entlassungen, Abgruppierungen, Zulagenstreichungen, Akkordsteigerung, Einführung und Ausweitung von Schicht- und Nachtarbeit, Umwälzung der Produktion und die Einführung neuer Maschinerie. Die Busproduktion im MAN-Werk Pensberg bei München (ca. 1000 Beschäftigte) soll eingestellt und in das MAN-Werk Salzgitter-Watenstedt (ca. 3000 Beschäftigte) verlagert werden. In Pensberg soll nur noch ein zentrales Ersatzteillager sein; 800 Arbeiter sollen gefeuert werden. Im MAN-Werk Augsburg sind 400 Entlassungen geplant. Das Werk in Salzgitter wurde 1965 von Büssing (in Braunschweig, nur Aggregatebau) gebaut. 1970 wurde dieser lästige Konkurrent von MAN geschluckt und seitdem die LKW-Produktion eingeschränkt. Eben wurden eine neue Halle und ein neues Band für den VW-MAN-Transporter fertiggestellt. Sogleich soll Schichtarbeit eingeführt werden und statt mit 4 (geplant) sofort mit 8 Transportern pro Tag die Produktion demnächst anlaufen.

In Salzgitter läßt die Betriebsführung verlauten, daß die „Auftragslage im Gegensatz zur Konkurrenz sehr gut" sei. Seit Mitte 1978 läuft ein Großauftrag von 1000 Bussen für Israel; bis 1982 sei der LKW-Bau mit Bundeswehraufträgen ausgelastet – just bis dahin soll die Produktionsverlagerung von Pensberg abgeschlossen sein. Gegenwärtig verhandelt MAN mit Indien über ein 200 Mio. DM-Geschäft (1000 Busse). Die MAN-Kapitalisten haben in der Dritten Welt einen schlechten Ruf. Vorletztes Jahr wurde ein Obermanager von MAN von der Regierung in Algerien eingebuchtet, weil die ersten 80 bis 100 Omnibusse (von 1000) sofort kaputt gingen und zurückgeschickt werden mußten, weil ungeeignet für Wüstenstraßen. MAN hatte skrupellos sofort drauflosproduzieren lassen. Ein- bzw. zweijähriger Test mit Prototypen wäre ihnen teurer gekommen. – Um der imperialistischen Konkurrenz dennoch Marktanteile abjagen zu können und konkurrenzfähig zu sein, verschärfen sie die Ausbeutung der westdeutschen Arbeiter auf Grundlage des niedrigen Lohnniveaus.

Wurden in Salzgitter vor 1½ Jahren noch 3 Busse produziert, so sind es heute bei gleich hoher Belegschaft pro Schicht 4 Busse und 2 Gerippe (ohne Aufbauten). Wenn die Busproduktion von Pensberg dazukommt, dann sollen 10 Busse gemacht werden, bei nur 400 bis 500 Neueinstellungen. Denn es soll die Wiedereinführung und Ausweitung der Schicht- (gab es bis 1977) und Nachtarbeit im Dreischichtbetrieb (wie schon in der Lackiererei) duchgesetzt werden. Die meisten Arbeiter sind Facharbeiter, die überwiegend in der Lohngruppe 7 sind. Der Grundlohn beträgt nach der Lohnerhöhung 8,71 DM. Bei einer Akkordleistung von 87,1 Minuten bekommt der Facharbeiter in der Nachtarbeit (Gepäckablagen) 12,65 DM. Hier sollen die Akkordminuten wie bereits am Band auf 85,1 Minuten gedrückt werden. Im Monat wären das 50 DM weniger Lohn. Gleichzeitig soll die Vorgabezeit für Gepäckablagen von 9 auf 7,5 Stunden gesenkt werden. Fast die Hälfte der Belegschaft muß aufgrund des niedrigen Tariflohns täglich 9 bis 10 Stunden arbeiten, alle 2 Wochen mindestens 6 Stunden samstags.

Auf der letzten Betriebsversammlung im Dezember haben die Arbeiter die Einführung und Ausweitung der Schichtarbeit angegriffen. Damals dementierte der Betriebsrat, heute sagt er, dies sei nur vorübergehend. In allen MAN-Werken wird der Kampf gegen die Rationalisierungen geführt. Forderungen nach Verbot der Schicht- und Akkordarbeit werden in Vorbereitung der Vertrauensleutewahlen und des 1. Mai von den Arbeitern erhoben.

### Werftarbeiter in Nordengland gegen „Schweißer-Lunge"

*z.rül.London.* Die Arbeiter der Werft „Austin and Pickersgill" in Sunderland zwangen im Februar ihre Kapitalisten, einer Untersuchung von 600 Arbeitern der Werft durch den Nationalen Gesundheitsdienst zuzustimmen. Sie fordern sofortige Sicherheitsmaßnahmen für Schweißer und die Anerkennung der „Schweißer-Lunge" als Berufskrankheit. Bereits im August 1977 waren die Mitglieder der Gewerkschaft der Kesselmacher in einen eintägigen Streik getreten, nachdem in drei Monaten fünf Schweißer gestorben waren. Ein Untersuchungskomitee ihrer Vertrauensleute fand heraus, daß von 36 Arbeitern, die die Werft seit 1969 verlassen hatten, 12 an Herz- oder Lungenkrankheiten gestorben waren, verursacht durch giftige Gase und Dämpfe beim Lichtbogenschweißen. 68 von 230 Arbeitern wiesen Lungenabnormitäten auf. Eine Statistik über Todesursachen ergab, daß Schweißer überdurchschnittlich an Erkältungskrankheiten, Bronchitis, Emphysem (krankhafte Überblähung der Lungen durch chronische Schädigung mit Einschränkung der Atemfläche) oder Lungenentzündung sterben. Ursache dieser Erkrankungen ist, daß die Arbeiter bei hohen Temperaturen in engen Räumen ohne Absaugvorrichtungen arbeiten und so die giftigen Gase wie salpetrige Dämpfe, Ozon und andere Schadstoffe sowie den Eisenstaub einatmen müssen.

### Demonstration: Keine Entlassung bei Luxor

# Die schroffen Klassenfronten erschüttern die dänische Regierung

Die schroffen Klassenfronten erschüttern die dänische Regierung

*z.bag.Aarhus.* Ende Februar sind die Schlichtungsverhandlungen zwischen dem dänischen Gewerkschaftsbund (LO) und dem Kapitalistenverband (DA) zum zweiten Mal gescheitert. Die Kapitalisten kündigten daraufhin für den 7.3. umfassende Aussperrungen an, während LO zu landesweiten Streiks am 12.3. aufrief. Der staatliche Schlichter setzte diesen offenen Ausbruch des Tarifkonflikts jetzt um 14 Tage aus, am Montag erneut verhandeln zu lassen. Die Lösung ist so schwierig, weil das Finanzkapital gegenüber der Arbeiterklasse das dreisteste Lohnraubprogramm seit 1932 durchzusetzen versucht, die Prozedur ist so langwierig, weil die amtierende Regierung so oder so daran scheitern wird und dies solange wie möglich hinauszuzögern versucht. Greift sie offen zugunsten der Kapitalisten ein, hat sie die Arbeiterbewegung mit einem Generalstreik auf dem Hals, macht sie größere Zugeständnisse an die Forderungen der Arbeiterbewegung, springt die konservative Koalitionspartei Venstre ab, mit der zusammen die Sozialdemokraten sich seit September letzten Jahres eh nur mühsam an der Regierungsmacht halten.

Seit Februar 1975 versucht das dänische Finanzkapital mit Hilfe des damals als Regierungschef eingesetzten Sozialdemokraten Anker Jörgensen durch verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse und verstärkte Ausplünderung der Volksmassen im Rahmen der EG auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu werden. Die Schwierigkeit dieser Aufgabe spiegelt sich darin wider, daß Jörgensen 10 Minister zerschliß, darunter einen Arbeitsminister, einen Minister für Landwirtschaft, einen für Soziales, einen für Steuern und einen Verteidigungs- und Justizminister. In der Regierungserklärung der Koalition wurde der verschärfte Kurs offen zum Programm erhoben: Lohnsenkung, Steuererhöhung, Angriff auf die Arbeitslosenkassen.

Nach offiziellen Zahlen der EG-Kommission hatte Dänemark im Gegensatz zum Durchschnitt der EG-Länder (+2,2%) einen Rückgang des Reallohns von 2,3% im Jahre 1977 und 1,1% im Jahre 1978 zu verzeichnen. Von 1975 bis 78 stiegen die Verbraucherpreise um rund 35%. Dazu kamen Steuererhöhungen. Allein im letzten halben Jahr wurde die Mehrwertsteuer von 18 auf 20,25% angehoben und die Gemeindesteuern stiegen in einer Stadt wie z.B. Aarhus von 16,9 auf 19,4%. Schließlich die Zinsen, die für fast jeden dänischen Lohnabhängigen feste Kosten darstellen, weil ohne Bankkredite kaum jemand eine Ausbildung, eine Wohnung oder ein Auto finanzieren kann. Sie stiegen im Zeitraum 1975 bis 1978 von 13,1 auf 17%. Dementsprechend hat die linksliberale Zeitung, „Information" die Lohnsenkung von 1975 bis 1978 auf 2,9% für Facharbeiter und 8,4% für Angestellte und Beamte berechnet. Eine einfache Verlängerung des bestehenden Tarifabkommens im öffentlichen Dienst, wie es der Finanzminister als Dienstherr in diesem Bereich jetzt vorschlägt, würde für die Betroffenen aufgrund der hohen Inflationsrate rund 10% weitere Reallohnsenkung bedeuten.

Die zentralen Forderungen der diesjährigen Lohnauseinandersetzungen sind: Lohnerhöhungen oder zumindest Erhaltung des Reallohns; Auszahlung der eingefrorenen Teuerungszuschläge (einbehaltene Lohnanteile, inzwischen rund 5000 Kronen pro Arbeiter); keine Angriffe auf den Mindestlohn; darüberhinaus, angeführt von den Metallgewerkschaften und inzwischen von fast allen Branchen übernommen: 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und Verlängerung des Urlaubs auf 5 Wochen.

Die heftigsten Kämpfe wurden bisher von den Hafenarbeitern, den Beschäftigten der Werft- und Metallindustrie und den Angestellten im öffentlichen Dienst geführt. Ende Januar, Anfang Februar streikten die Hafenarbeiter in Aarhus und Kopenhagen eine Woche lang für Lohnerhöhungen und Verbesserung der Sicherheitsvorschriften. Mitte Februar traten 350 Arbeiter der Schiffswerft in Nakskov für die Erhöhung ihres Akkordsatzes in Streik. Anfang März begannen 150 Beschäftigte der Elektronik-Abteilung des Werftkonzerns B & W einen Bummelstreik in Form von täglichen Gewerkschaftssitzungen während der Arbeitszeit. In der Thermostatenfabrik Danfoss, Filiale Viby, wurde mit einem dreitägigen Streik von 300 Arbeitern durchgesetzt, daß der Lohn von 14 Angestellten auf den Durchschnittslohn im Betrieb erhöht wurde. Anfang März behinderten Streikaktionen unter anderem im Handels-, Arbeits- und Sozialministerium die Funktionen des Staatsapparates. Gleichzeitig begannen die 350 Beschäftigten der Paketumschlagsabteilung der Hauptpost von Kopenhagen einen Streik, der bis heute andauert. Inzwischen haben sich die Belegschaften von 12 Kopenhagener Postämtern dem Streik angeschlossen. Führen die neuen Verhandlungen zwischen LO und DA auch am Montag zu keinem annehmbaren Ergebnis, werden am 15.3. alle 700000 im öffentlichen Dienst Beschäftigten in den Streik treten.



Anfang Februar streikten die Hafenarbeiter von Aarhus und Kopenhagen für ihre Lohnforderungen. Hier die Kopenhagener Hafenarbeiter auf dem Weg zur Tarifkommission

Demonstration: Keine Entlassung bei Luxor

*z.coi.Stockholm.* Am 27. Februar demonstrierten etwa 120 Arbeiter und Angestellte des schwedischen Radio- und Fernsehkonzerns Luxor vor dem Industrieministerium in Stockholm und übergaben eine Resolution mit der Forderung, daß keiner der 2300 Beschäftigten entlassen werden darf. Sie waren von 250 km entfernten Motala angereist, nachdem am Vortag der neue, von der staatlichen Investitionsbank eingesetzte geschäftsführende Direktor die geplante Entlassung von 200 Arbeitern und Angestellten bekanntgegeben hatte. Im Januar hatte die Eignerfamilie den Bankrott erklärt: 136 Mio. Skr. Verlust 1978 bei einem Umsatz von 500 Mio. SKr., Schulden in Höhe von 530 Mio. SKr., davon 240 Mio. bei den Banken. Der Antrag der Luxor-Kapitalisten auf einen Staatskredit und weitere staatliche Kreditgarantien war abgelehnt worden mit der Begründung, Geld allein reiche nicht, eine „Rekonstruktion" des Unternehmens wäre vonnöten. Durch die Übernahme von Luxor durch den Staat kann die Finanzbourgeoisie jetzt direkt aus Lohnsteuergeldern sowohl ihre Gläubigeransprüche zu zwei Dritteln einlösen, als auch das Unternehmen durchrationalisieren lassen. Nach Angaben der Metallarbeitergewerkschaft ist zu erwarten, daß im Zuge dieser Profitsanierung die Luxor-Werke in Australien und Westdeutschland dicht gemacht werden.

### New Orleans: Polizisten im Lohnkampf

*z.mif.* Die städtische Polizei von New Orleans ist am 9. Februar in den Streik getreten. Die bei den Teamsters organisierten Polizisten fordern eine Erhöhung des Grundlohns für Streifengänger von 11964 auf 16764 $ pro Jahr. Sie haben vor dem Polizeihauptquartier eine Postenkette gebildet und auf die umgehängten Streik-Plakate die Polizeieinheiten geschrieben, in denen sie arbeiten. Nach Darstellung der Stadtverwaltung würde die Durchsetzung der Forderung 19 Millionen Dollar kosten. Als Streikbrecher hat die Stadt 350 staatliche Polizisten und 600 Nationalgardisten angeheuert zum Preis von 100000 $ pro Tag. Die städtische Bourgeoisie hat der Gewerkschaft eine Schadensersatzklage von 30 Millionen Dollar angehängt; unter anderem sind die Karnevalsveranstaltungen teils ausgefallen und teils in andere Orte verlegt worden. 250 Millionen Dollar bringen zu dieser Jahreszeit Touristen sonst in die Stadt, dieses Jahr bedeutend weniger. Die Stadtverwaltung stützt sich ein Gerichtsurteil, das den Polizisten befahl, die Arbeit wiederaufzunehmen. Sie gehorchten nicht. Im letzten Jahr hatten in New Orleans vom 18. bis 21. Juli die Müllfahrer und vom 30. August bis 11. September die Lehrer und Busfahrer gestreikt. Ein Ende des Polizistenstreiks ist bisher nicht gemeldet.

*z.rog.* **„Guter Verdienst" bei „wenig Zeitaufwand", damit wirbt der Heinrich Bauer Verlag in Jugendmagazinen wie Bravo für das Verteilen von Illustrierten.** Daran ansetzend, daß die Arbeiter ihren Kindern kein ausreichendes Taschengeld geben können, lockt er die Jugendlichen ab 13 Jahren in ein ausgeklügeltes System der Kinderausbeutung. Für 18 Pfennige Zustellgebühr pro Zeitung liegt der Verdienst bei 30 bis 80 Zeitungen und einer Wochenarbeitszeit von ca. 5 Stunden zwischen 5,40 und 12 DM, wovon die Fahrtkosten noch abgehen. Der Vertrag, der auf 1 ¼ Jahre bindet und nur durch fristgerechte Kündigung nach einem Jahr gelöst werden kann, wird mit den Eltern abgeschlossen, wodurch sie zu Vollzugsbeamten der Kinderausbeutung gemacht werden sollen. Außerdem legt der Vertrag fest, daß für jeden verlorenen Kunden mindestens 250 DM gezahlt werden müssen. Am 28.2. fand ein Treffen von 12 Verteilern, wozu ein Vertreter des DGB eingeladen wurde, statt. Die Anwesenden haben festgelegt, im März eine Veranstaltung für alle Hannoverschen Verteiler vorzubereiten, um gegen die Ausbeutung durch den Bauer Verlag vorzugehen.

*z.ema.* **Paketzusteller erkämpfen 0,75 DM für das Austragen eines Katalogs.** „Maximale Ausnutzung der Arbeitskraft" – mit dieser Devise hatte das Bundespostministerium (BPM) die Versandhäuser aufgefordert, ihre Kataloge im Februar auszuliefern, weil da das Paketaufkommen gering sei. Über 60000 Kataloge sollten die Paketzusteller des Postamts 77 in Westberlin *nebenher* durch Erhöhung der Tagessätze und Überstunden ausliefern. Bei einem Krankenstand von bis zu 50%, teilweise über 100 Überstunden, zwang der geschlossene Widerstand die Amtsleitung, 55 Aushilfskräfte für einen Monat einzustellen. Als der Berg nicht kleiner wurde, mußte die Landespostdirektion (LPD) für jeden über den Tagessatz zusätzlich ausgelieferten Katalog 75 Pfennig *netto* anbieten. – Gegen die Ankündigung des BPM, für 1979 nur 450000 Planstellen (1977: 495748) zu bewilligen, fordert die DPG mehr Stellen. Die Amtsgruppe des Fernmeldeamts 3 will ihre Unterschriftensammlung gegen diese Maßnahme Stobbe auf einem „Bürgergespräch" in Zehlendorf überreichen.

*z.svm.* **In den „HIS-Kurzinformationen" 1/79 legt die Hochschulinformations-System GmbH Hannover im Auftrag des Schmude-Ministeriums Ergebnisse einer Befragung unter Abiturienten, betitelt „Motive und Ausrichtung" vor.** Von einem „Studentenberg", der auf die Hochschulen zurolle, könne wohl nicht gesprochen werden, hat Schmude verlauten lassen. Also muß die beabsichtigte Überprüfung von Studenten an den Fachbereichen und Instituten, wo sie für die Auslese zu klein ist, erzeugt werden. Schmude hat im Punkt 8 seiner 22 Orientierungsthesen ausdrücklich eine „Intensivierung der Studienberatung" angekündigt und in den meisten in jüngster Zeit geänderten Landeshochschulgesetzen wird auch ausdrücklich die Studienberatung für obligatorisch erklärt. Die Ergebnisse der Befragung: 1976 ist die Zahl der männlichen Studienanfänger um 4% gestiegen, 1977 gegenüber dem Vorjahr um 7% gesunken. Die Zahl derer, die studieren wollen, hat um 5,2% abgenommen. Dies beruhe auf einer „Überreaktion auf unausgewogene negative Informationen über Teilbereiche des akademischen Arbeitsmarktes", kritisiert das Institut die festgestellte Engstirnigkeit der Abiturienten. Der Rückgang bei denen, die studieren wollen, betrifft ausschließlich Kinder von Nichtakademikerfamilien; neben diesem Teil der Abiturienten, die die Ausbildung abbrechen, brechen immer häufiger Studenten die Ausbildung während des Studiums ab. 1975 standen 168600 Studienanfänger nur noch 107000 Absolventen gegenüber.

## Woche der Brüderlichkeit

z.hik. Das Leitwort der „Woche der Brüderlichkeit“ lautet: Toleranz heute – 250 Jahre nach Lessing und Mendelssohn. „In Berlin hat sich ein neues Bewußtsein über die Geschichte der Stadt herausgebildet, nicht in bildungsbürgerlicher, sondern politischer Absicht: um sich der Traditionen zu vergewissern, die Berlin geprägt haben, und um die guten unter ihnen in die Gegenwart hineinzuholen.“ So Stobbe, Regierender Bürgermeister von Westberlin, zur „Woche der Brüderlichkeit 1979“ der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit.

– Solche Traditionen haben die Stadt geprägt: Berlin ist entstanden aus Stützpunkten der Askanier, die im Zuge der deutschen Ostkolonisation Vernichtungsfeldzüge gegen die Slaven geführt und in diesem Gebiet eine Siedlerherrschaft errichtet haben. Berlin war Hauptstadt des preußischen Reiches, das auf eben diese blutige Kolonisation gegründet und von Anfang an auf Expansion gegen die Nachbarstaaten gerichtet war. Eine auffällige Parallele zu dieser Art von Staatsgründung weist Israel, Siedlerstaat der Zionisten, auf. Westberliner Bourgeois und Zionisten führen jetzt Toleranz im Munde, um solche Sorte von Tradition zu verhüllen. Mendelssohn ist dabei hochwillkommen, über den die bürgerliche Literaturgeschichte (de Boor/Newald) urteilt: „Mendelssohn war ein Mann der Mitte und Feind des Radikalismus!“ An der Seite dieses ästhetischen Moralisten mit seiner „Neigung zu versöhnlichem Ausgleich“ findet die Bourgeoisie Lessing, der erstmals in feudaler Umwelt bürgerlichen Anschauungen dramatischen Ausdruck gab. Das Entzücken der Bourgeoisie ist vollkommen, hat doch Lessing mit „Nathan dem Weisen“ den Inbegriff jener Toleranz geschaffen, die die Schuldigen am eigenen Elend nicht zur Rechenschaft zieht, sondern ihnen Menschenliebe angedeihen läßt. Diese Menschenliebe der Unterwerfung preist die bürgerliche Literaturgeschichte: „Wir dürfen weiter gehen und sie auf Staaten, Rassen und Nationen ausdehnen.“

nen ausdehnen.“

## Immer auf Achse für die Menschenrechte

z.ulg.Rom. Für den 2. bis 10. Juni hat sich der Papst in Polen angesagt. Mit Müh und Not hatte die polnische Regierung ihn gerade noch davon abhalten können, ausgerechnet am 13. Mai, zum 900. Todestag des Hl. Stanislaus, seinen Einzug in Polen zu halten. Die Annahme dieser unverhüllten Kampfansage fürchteten die herrschenden neuen Bourgeois nicht durchstehen zu können. „Gegen das Unterdrückerregiment“ des polnischen Königs Boleslaw hatte sich dieser Stanislaus, Erzbischof von Krakau, am Vorabend der deutschen Kolonialunternehmen „gen Osten“ mit dem deutschen Kaiser verbündet. Ob nun aber am 13. Mai oder am 2. Juni: Wojtylas Reise soll dazu dienen, im Rahmen der Carterschen Menschenrechtsstrategie Druck auf die polnischen Revisionisten und ihre Gevattern in den anderen osteuropäischen Ländern zu machen. Dem bulgarischen Außenminister hat der Papst vor drei Monaten mitgeteilt, daß die katholische Kirche in Bulgarien, „wie überall, etwas Lebensraum (braucht), um ihren religiösen Auftrag zu erfüllen und entsprechend ihrer besonderen Natur und mit den ihr eigenen Mitteln an der ganzheitlichen und friedlichen Entwicklung des ganzen Menschen und aller Menschen arbeiten zu können.“ Fast gleichzeitig hat er in einem Brief die ungarischen Bischöfe aufgefordert, „Seele, Gewissen und Herz der Menschen kraftvoll zu stärken, sie den Sinn des Liebesgebots zu lehren, die Achtung vor der Würde aller Menschen, die Liebe zur edlen Freiheit …“

Allesamt wahrhaft christliche Vorwände für ununterbrochene Einmischung. Die polnische neue Bourgeoisie macht nun gute Miene zum bösen Spiel, hofft sie doch, Wojtylas „*innere* Umkehr“ möchte auch gegen den wachsenden Widerstand des polnischen Volkes gegen die Auslieferung des Landes an den Sozialimperialismus helfen. „Die Reise wird der Einheit aller Polen dienen, der Zusammenarbeit zwischen der Kirche und dem sozialistischen Staat in Polen“, läßt sich der polnische Staatspräsident Jablonski vernehmen.

# Mit Mikroelektronik wird der Produktionsapparat noch einmal umgewälzt. Kriegsmittel der Kapitalisten – oder der Arbeiterklasse!

z.gek. Es ist, als witterte die ganze verfaulte Kapitalistenklasse noch einmal die Morgenluft eines dritten oder vierten Frühlings. Die Wunderwaffe, mit der sie, jedenfalls die kapitalstärksten unter ihnen, hoffen, schlagartig mehr an Arbeit und Produkt aus ihren Arbeitern herauspumpen zu können und mit hohen Extraprofiten die Konkurrenten aus dem Feld schlagen zu können, heißt „Mikroprozessor“.

Mikroprozessoren sind integrierte Schaltungen, die auf winzige Silizium-Kristalle mit der Eigenschaft elektrischer „Halbleiter“ durch eine komplizierte Reihenfolge von Bearbeitungen (Oxydation, Diffusion, Ätzen, Metallisieren), schließlich durch Elektronenbestrahlung aufgetragen werden und dieselben Funktionen verrichten können wie die zentralen Steuer- und Rechenteile großer Computer. Das *Schaubild* unten zeigt, wie sich der Grad der Integration der Schaltungen auf immer winzigeren Silizium-Plättchen im Zeitraum weniger Jahre jeweils *potenziert* hat, während die Kosten pro Transistorfunktion sich in ähnlicher Potenz vermindert haben.

Wenn die gegenwärtig verwendeten Mikroprozessoren aus ca. 50000 Schaltungen bestehen, so sollen ab 1980 solche mit 1000000 Schaltungen verfügbar sein. Vor 15 Jahren kostete ein Transistor 3 DM, jetzt noch 0,03 Pfennige. Das ist eine *Preisrevolution*. Die Konzentration so zahlreicher Schaltelemente zu einem Mikroprozessor mit entsprechend gesteigerter Kapazität bedeutet zugleich eine *technische Revolution*. Für eine entsprechende Leistung benötigten die ersten IBM-Computer vor ca. 30 Jahren noch Aggregate miteinander verdrahteter Bauelemente, die ganze Gebäude ausfüllten und damals 2 Mio. $ kosteten. Es ist unmittelbar einleuchtend, daß erst die Konzentration dieser Funktionen zu Mikroprozessoren die Einführung der Computertechnik in die meisten Produktionszweige und ihre Kombination mit Maschinen verschiedenster Funktion ermöglicht hat.

Die Herstellung von billigen Massenprodukten, in denen Mikroprozesso- Die Herstellung von billigen Massenprodukten, in denen Mikroprozesso- ren sinnvoll verwendet werden konnten, war aber die Voraussetzung, damit überhaupt ein Kapitalist Interesse hatte, solche Mikroprozessoren zu entwickeln und zu bauen, mit den enormen Kapitalaufwendungen, die das gerade zu Beginn bedeutete. Die großen Computer- und Elektronikmonopole der USA, in deren Forschungsabteilungen die Kenntnisse über die Möglichkeit solcher Entwicklungen schon seit den 50iger Jahren brachlagen, hatten dieses Interesse lange Zeit nicht. In Gang kam die Entwicklung und Produktion erst, als einige Ingenieure dieser Monopole das Geschäft witterten und sich bei den Banken das Geld besorgten, um auf eigene Faust die Produktion aufzunehmen. Das Produkt, das sie in Großserie auf den Markt warfen und womit das Geschäft anlief, waren die elektronischen Taschenrechner.

Inzwischen ist die Produktion von Mikroprozessoren so ausgefeilt, daß 100 Arbeiter – deren Sehvermögen und Nerven dabei binnen weniger Jahre ruiniert werden – pro Woche ca. 100000 Standard-Mikroprozessoren produzieren können. Vielfach sind die Fabriken in Länder der Dritten Welt ausgelagert. Die Zentren der Halbleiter-Produktion und -Entwicklung sind jedoch noch immer die im „Silicon Valley“ in Kalifornien konzentrierten Spezialbetriebe. Alles in allem beherrschen die US-Imperialisten den Halbleitermarkt – je nach Sparte – noch immer zwischen 65% und 75%. In den Rest der Beute teilen sich knurrend die japanischen zur einen, die westeuropäischen Elektronomonopole zur anderen Hälfte, die technologisch nachgezogen haben. Die BRD-Imperialisten kontrollieren ca. ein Drittel des europäischen Marktes.

Umwälzend muß die Einführung von Mikroprozessoren vor allem im Maschinenbau wirken. Bisher war dies erst im Bereich der Büromaschinen in größerem Umfang der Fall, wo Schreibautomaten und Bürocomputer schon in Massenumfang die Funktionen des Maschinenschreibens, Buch- schon in Massenumfang die Funktionen des Maschinenschreibens, Buch- haltens und der Registratur zu ersetzen beginnen. Oft sind die Rationalisierungen in der Produktion der Maschinen noch einschneidender in der Wirkung auf die Arbeiterklasse als die durch ihre Anwendung erzielten. Bei der Umstellung der Fernschreiber von Siemens z.B. wurden mehrere *tausend* feinmechanische und elektromechanische Bauteile durch einige *dutzend* elektronischer Bauteile ersetzt, mit dem Resultat, daß die Bauzeit der Maschinen sich pro Stück auf 35% der bisher benötigten Zeit verkürzte. Mehrere hundert Arbeiter wurden auf einen Schlag „überflüssig“ gemacht.

## Revolutionierung des Werkzeugmaschinenbaus

z.gab. Den Kern des gesamten gesellschaftlichen Maschinenbestandes bilden die Werkzeugmaschinen, auf denen geschickte Arbeiter mit den Produktionserfahrungen ihrer ganzen Klasse die unterschiedlichsten Teile für den Bau anderer Maschinen herstellen. Die BRD-Kapitalisten gehören nicht nur zu den größten Produzenten von Werkzeugmaschinen, sondern sind mit 40% Weltmarktanteil die weitaus größten Exporteure solcher Maschinen. Dabei ist aber der Inlandsabsatz von Werkzeugmaschinen seit über 10 Jahren immer mehr geschrumpft, ist der gesamte Maschinenbestand der BRD weitgehend überaltert. Es ist klar: solange es den Kapitalisten gelingt, sich von den Arbeitern auf alten, vielfach schon abgeschriebenen Maschinen neue hochmoderne Maschinen produzieren zu lassen, können sie gerade auf diese Weise enorme Extraprofite einstecken. Seit 15-20 Jahren gibt es schon die sogenannten numerisch gesteuerten (NC-) Werkzeugmaschinen, auf denen die komplette Produktion eines Werkstücks bzw. einer Serie vorprogrammiert werden kann. Die Schranke der Anwendung dieser Maschinen war aber bisher die lange Programmierdauer, die für kleine Serien nicht lohnte, und vor allem auch der hohe Preis der Maschinen. Vielfach war die Steuerung teurer als die Maschine selbst. 1977 gab es 4000 Maschinen dieser Art in der BRD.

Die Einführung der Mikroprozessoren beseitigt immer mehr diese Schranke. Ganze Wände von Schaltkästen verwandeln sich in kleine, an der Maschine selbst angebrachte Schalttafeln zurück (s. Bild). Auf der Welt-Werk- schine selbst angebrachte Schalttafeln zurück (s. Bild). Auf der Welt-Werk- zeugmaschinen-Ausstellung in Hannover 1977 wurden bereits Drehautomaten vorgestellt, die im Preis kaum höher lagen als konventionelle Drehbänke. Die Programmierzeiten sind drastisch gesenkt, die Programmierung vereinfacht. 1980 werden Maschinen verfügbar sein, die 50% leistungsfähiger, d.h. schneller und zuverlässiger sein sollen als die besten Modelle von 1975. Mit Sensoren verbunden, können Mikroprozessoren während der Bearbeitung des Werkstücks den Prozeß fortlaufend überwachen und regulieren. Der Maschinenarbeiter wird so „freigesetzt“, 2,3 oder selbst 4 Maschinen auf einmal zu bedienen und auch die Arbeit der Prüfer und Kontrolleure großteils mit zu übernehmen. Seine eigentliche geschickte Arbeit wird dagegen entwertet, der Wert seiner Arbeitskraft gesenkt. Der Kapitalist kann zunehmend auch angelernte Arbeiter mit etwas Produktionserfahrung an diese Maschinen stellen.

Während der Inlandsabsatz an Werkzeugmaschinen weiterhin stagniert, nimmt der Umsatz an computergesteuerten NC-Maschinen zu. Oft ersetzt eine dieser Maschinen zwei alte. Siemens meldete 1978 die Steigerung des Absatzes automatischer „Fertigungsleitsysteme“ um 50%. Meldungen aus den größten westdeutschen Maschinenbaubetrieben – allein aus den ersten beiden Monaten dieses Jahres – zeigen die beginnende Umwälzung: 450 Entlassungen in Produktion und Verwaltung der Berliner Diag-Betriebe; 350 Entlassungen bei Gildemeister in Bielefeld, 150 in Hannover; 400 Entlassungen bei MAN in Augsburg usw. usw. Zahlreiche Teilbetriebe der Maschinenbaukonzerne werden ganz stillgelegt.

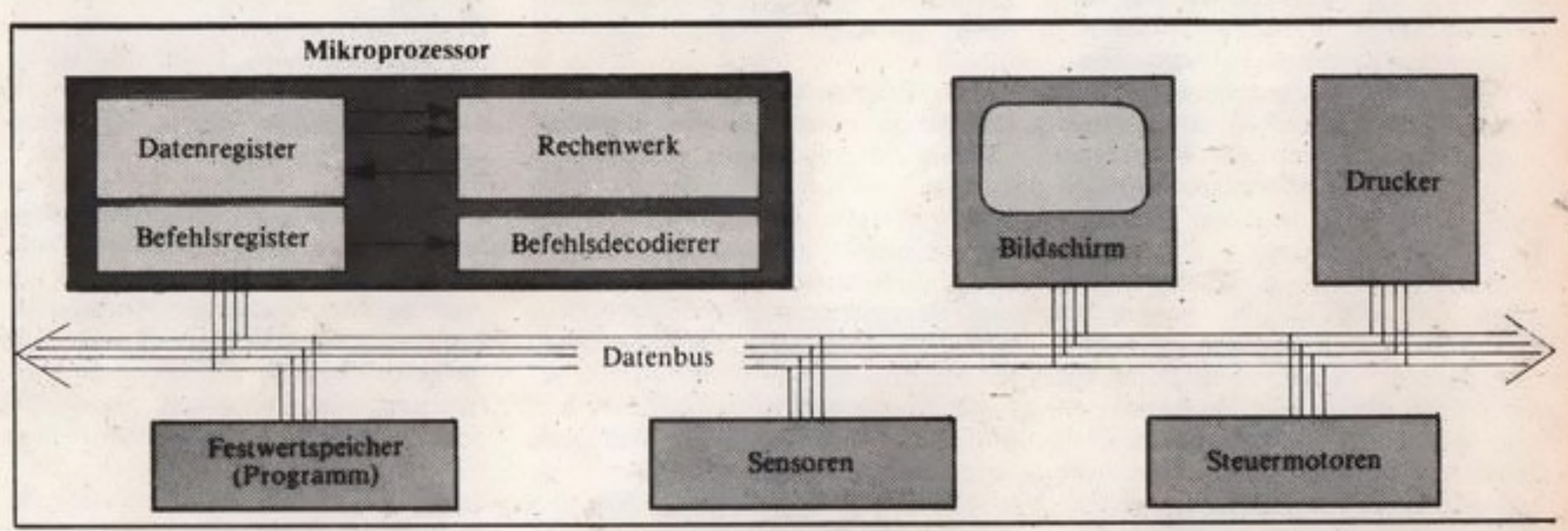
War es den Kapitalisten mit ihrer überalterten Maschinerie bisher nicht gelungen, ihren großen Stamm geschulter Facharbeiter herabzugruppieren und Lohnsenkungen in großem Umfang durchzusetzen, so haben sie jetzt mit dem im letzten Jahr mit der IGM-Führung ausgehandelten „Absicherungsvertrag“ gerade den Weg dazu geebnet. Nach Steinkühlers Vertrag in Nordwürttemberg/Nordbaden müssen die Kapitalisten 18 Monate Ausgleich zahlen; in Westberlin zahlen sie sogar nur 7-12 Monate, und dies nur für die Differenz der *ersten* Abgruppierung in einem Jahr. Tarifvertraglich festgeschrieben haben die Sozialdemokraten: „Jeder Arbeiter ist verpflichtet, andere ihm zugewiesene zumutbare Arbeit zu übernehmen.“

Grell tritt zutage, wie für das Proletariat innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft alle Mittel zur Entwicklung der Produkion nur zusätzliche Mittel zu seiner Ausbeutung und Unterdrückung bedeuten, den Arbeiter in einen Teilmenschen verstümmeln, ihn zum Anhängsel der Maschine entwürdigen, die Qual der Arbeit vergrößern und ihren Inhalt vernichten. Nach einer Studie von Siemens kann im Durchschnitt in den durch Mikroprozessoren gesteuerten Arbeitsprozessen Durchschnitt in den durch Mikroprozessoren gesteuerten Arbeitsprozessen die notwendige Arbeitszeit in näherer Zukunft um 50% verkürzt werden. In den Händen der Kapitalisten sind diese technischen Möglichkeiten grausames Kriegsmittel gegen die Arbeiter. Die der kapitalistischen Produktion innewohnenden Widersprüche, die sich ökonomisch im Fall der Profitrate ausdrücken, müssen sich ins Extrem verschärfen, da noch weit schneller, als das fixe (Maschinen-) Kapital verbilligt wird, der Anteil der lebendigen Arbeitskraft gesenkt wird. Die Überproduktionskrise muß sich verallgemeinern, die imperialistische Konkurrenz auf Entscheidungsschlachten hinstreben. Gegenwärtig beginnt sich die Arbeiterklasse für allgemeine politische Forderungen zusammenzuschließen, wie vollen Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung, Streichung der unteren Lohngruppen, Verkürzung des Normalarbeitstages, Verbot von Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit. Das ist die Voraussetzung, um den Widerspruch revolutionär aufzulösen. Dann hält die Arbeiterklasse mit der modernen Technik gewaltige Befreiungsmittel in der Hand. Schon heute wäre die Herausgabe der Kommunistischen Volkszeitung in 39 Bezirksausgaben, auf einheitlicher politischer Linie und zum Preis von 50 Pfg., ohne die Ausnutzung der Mikroelektronik für den Nachrichtenverbund und die Satzherstellung nicht möglich.




Links: Integrationsgrad/Preise Mikroprozessoren. Rechts: Mit Mikroprozessoren gesteuerte Drehbank. Unten: Belichtung der Siliziumscheiben; äußerste Anspannung von Nerven und Augen, staubarme Räume, ständige Gelblichtbeleuchtung.

z.sth. **Der Mikroprozessor ist die bisher kleinste Version eines Prozeßrechners, der Daten und Befehle verarbeitet.** – Grundbestandteile des Mikroprozessors sind Transistoren, die als Schalter benutzt werden. Stellt ein Schalter zwei Zustände dar: ein (1), aus (0), stellen zwei Schalter schon vier Zustände dar: 00, 01, 10, 11. Nimmt man genügend Schalter, so lassen sich beliebig viele Zustände darstellen. Durch die Zuordnung von Zahlen und Buchstaben an bestimmte Zustände lassen sich jede Art von Daten und Befehle übertragen. In der schematischen Darstellung einer Steuerung wird dem Mikroprozessor durch den Festwertspeicher die Befehls- und Datenliste über den Datenbus zugeführt. Der Datenbus ist eine Sammelleitung, die die Verbindung zwischen den abwechselnd sendenden und empfangenden Datenstationen herstellt. Im Mikroprozessor werden die Daten in Registern zwischengelagert, die Befehle im Befehlscodierer ausgewertet, und die Daten entsprechend den Befehlen im Rechenwerk verknüpft. Die Ergebnisse werden wiederum in Registern zwischengespeichert und dann bei einem späteren Takt auf den Datenbus beispielsweise an die Steuermotoren oder Sensoren weitergeleitet. – Auf einer zusätzlichen Datenstation Bildschirm können Meßwerte abgelesen oder auch Programme eingegeben werden, Drucker können Protokolle liefern.



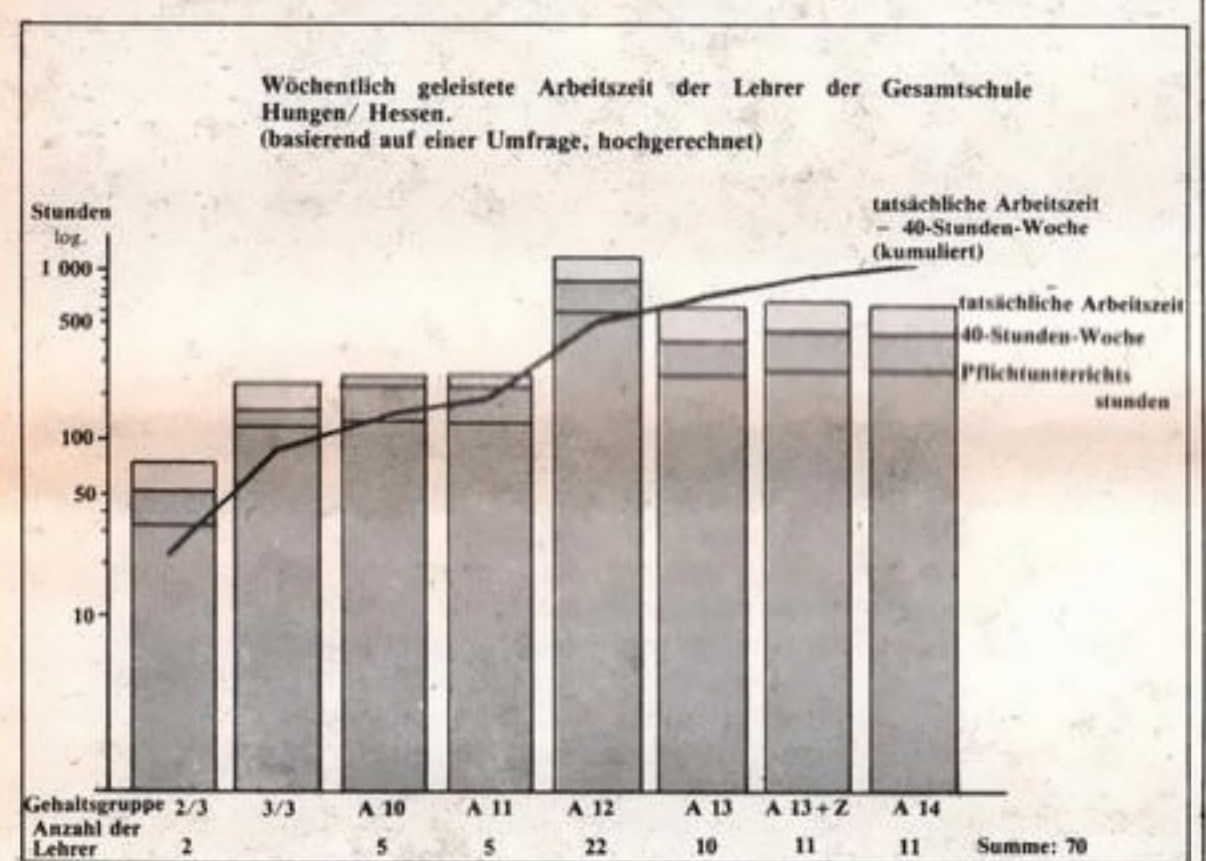
## Lehrer fordern 40-Stundenwoche. Frister dagegen: 25 Unterrichtsstunden

*z.klr.* Erich Frister, Vorsitzender der GEW forderte letzte Woche die Senkung der Unterrichtsstundenzahl auf höchstens 25 Pflichtstunden. Die meisten Lehrer halten zur Zeit 28 Stunden. Er hat „kollektive Maßnahmen", Verweigerung der Korrektur von schriftlichen Arbeiten etc. während des Schuljahres 79/80 angekündigt, um die „Politiker daran zu erinnern, daß die Lehrer um die wohlverdiente Arbeitszeitverkürzung betrogen würden." (FAZ, 6.3.79)

Am 17 Okt. 1974 hatten die Ministerpräsidenten der Länder das sog. „Stillhalteabkommen" beschlossen, das bis frühestens August '79 die Pflichtstundenzahl der Lehrer festschrieb. Seit dieser Zeit hat der staatliche Dienstherr durch systematische Nichtbesetzung von Lehrerplanstellen, durch Einführung zusätzlicher Konferenzen in Zusammenhang mit der Verschärfung der Notenunterdrückung, durch Erhöhung der Zahl der Prüfungen und Klassenarbeiten usw. Länge und Intensität der Arbeit der Lehrer ständig vergrößert, ohne dafür nur einen Pfennig mehr zu zahlen. Der Trick mit der Festlegung des Arbeitstages der Lehrer durch die Unterrichtspflichtstunden besteht gerade darin, daß nur ein Teil der Arbeitszeit der Lehrer, der Unterricht, kontrollierbar geregelt ist. In Wirklichkeit ist damit die Länge des Arbeitstages überhaupt nicht festgelegt und der staatliche Dienstherr hat, sogar bei Verringerung der Pflichtstunden der Lehrer an den Gesamtschulen auf 27 den Arbeitstag gerade dort ständig ausgedehnt.

Im Gegensatz zu Frister tritt deshalb eine große Zahl von GEW-Gliederungen für die Durchsetzung der 40-Stundenwoche ein. Der GEW-Landesverband Hessen stellt diese Forderung neben der Forderung nach Verkürzung der Unterrichtsstunden um mindestens eine für alle Lehrer und der Forderung nach höchstens 25 Pflichtstunden auf. Er führt in Hessen eine Reihe von Veranstaltungen und Kongressen zur Untersuchung der Arbeitszeit der Lehrer und zur Vorbereitung des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung durch.

Der hessische Kultusminister Krollmann hat erklären lassen, daß er gegen etwaige „zentral gelenkte Dienst-nach-Vorschrift"-Maßnahmen disziplinarisch vorgehen wolle. Der Deutsche Lehrerverband, Organ des Dienstherrn unter den Lehrern versucht zu spalten: die Berufschullehrer hätten eine Verkürzung verdient; der Philologenverband will eine starke Verringerung der Stunden nur bei den Gymnasiallehrern, weil die besonders intensiv arbeiten müßten. Die Lehrer haben keinen Grund, Fragen des Gehalts, der Arbeitszeit und der Intensität der Arbeit miteinander zu vermengen. Der Arbeitstag muß auf 8 Stunden, die Woche auf 40 beschränkt werden und die Lohnerhöhung darf nicht unter der von den Metallarbeitern erkämpften liegen.




## Tarifverhandlungen öffentlicher Dienst: Regierung möchte rasch bei 3,5 Prozent und 75 DM Urlaubsgeld abschließen

*z.gug.* Als großzügige Geste hat ÖTV-Vorsitzender Kluncker die Tatsache gewertet, daß die Regierung den Arbeitern und Angestellten der öffentlichen Dienste überhaupt ein Lohnerhöhungsangebot gemacht hat. Innenminister Baum hat die Großzügigkeit dann auf die Spitze und an ihre Grenzen getrieben. Das Angebot von 3,5% plus 75 DM Urlaubsgeld sei eigentlich eine Lohnerhöhung von 3,7%, das Urlaubsgeld umgerechnet, sagte er. Ein Roßtäuschertrick, weiß doch jeder, daß das Urlaubsgeld eine einmalige Zahlung ist und das monatliche Gehalt damit keineswegs steigt. Und überhaupt, was macht schon der Unterschied von 3,5 zu 3,7 Prozent gegenüber dem Unterschied zwischen 3,5% und der von der ÖTV geforderten Erhöhung von 6,5%? Ersterer zwischen Regierungsangebot und Baums Erhöhungsakrobatik nichts im wesentlichen, solch eine Erhöhung, sei sie um 0,2% höher oder niedriger, besiegelte erheblichen Lohnraub. Bei einem Gehalt von ca. 1500 DM bedeutet eine Erhöhung von 3,5% knapp 50 DM mehr brutto, erst bei einem Gehalt von ungefähr 3000 DM brächte sie 100 DM mehr, was als Mindestforderung von einer stattlichen Anzahl der Beschäftigten erhoben worden ist. Aber wer hat schon 3000 DM brutto. Bei einer Erhöhung von 6,5% nach der Forderung der ÖTV erhielten Arbeiter und Angestellte ab einem Gehalt von ca. 1300 DM ca. 100 DM mehr. Das Ausmaß des Lohnraubs, den die Regierung durchsetzen möchte, kann man ermessen, vergleicht man die Gesamtsumme, die die Regierung bei einer Erhöhung nach ihrem Angebot zu zahlen hätte, zur Gesamtsumme, die sich aus einer Erhöhung nach den Forderungen der ÖTV ergibt. Bei einer Erhöhung von 3,5% plus 75 DM Urlaubsgeld zahlte die Regierung, die Beamten zählen wir gleich dazu, 142,6 Mio. DM mehr, bei einer Erhöhung von 6,5% und 250 DM Urlaubsgeld müßte sie 265,1 Mio. DM zahlen. Die Differenz von 122 Mio. DM macht in etwa das aus, was die Regierung den Arbeitern, Angestellten und Auszubildenden, im folgenden dann auch den Beamten, an Lohn vorenthalten will. Vorenthalten ausschließlich den unteren und mittleren Gehaltsklassen, denn die Dienstaufsicht, wie es im spalterischen Charakter von Prozentforderungen liegt, bleibt davon ausgenommen, die auch bei einer Erhöhung von 3,5% noch mit Leichtigkeit Erhöhungen von 150, 200, 300 und mehr DM einstreicht.

Innenminister Baum entfaltet mit seinem Roßtäuschertrick: 3,5% plus 75 DM = 3,7% aus der Schwäche der Forderung der ÖTV in Prozenten die Taktik, die Zahlung von Urlaubsgeld gegen eine ausreichende Erhöhung der Löhne auszuspielen, und umgekehrt mit Erhöhung der gebotenen Prozente das Urlaubsgeld zu drücken.

Mit der Aufstellung der richtigen Forderung nach 250 DM Urlaubsgeld mehr hatte die Gewerkschaftsführung der ÖTV den Boden zur Aufstellung einer Prozentforderung bereitet. Dagegen haben die Beschäftigten der öffentlichen Dienste den Weg eingeschlagen, überall die Forderung nach 250 DM mehr Urlaubsgeld zu erheben und zu unterstützen, haben aber gleichzeitig zahlreich Festgeldforderungen, Sockelbeträge und Mindestforderungen zu den Löhnen erhoben. Welche Schwierigkeiten die ÖTV-Führung hatte und hat, dagegen eine Prozenterhöhung hochzuhalten, kann man nachlesen im neuen „ÖTV-Magazin" Seite 4 unten, wo sie eine kreuz und quere „Übersicht" über Mitgliederbeschlüsse dazu gibt.

Die Absicht der Regierung, zügig zu einem Abschluß von höchstens 4% und einem Urlaubsgeld weit unter den geforderten 250 DM zu kommen, braucht nicht Wirklichkeit zu werden.

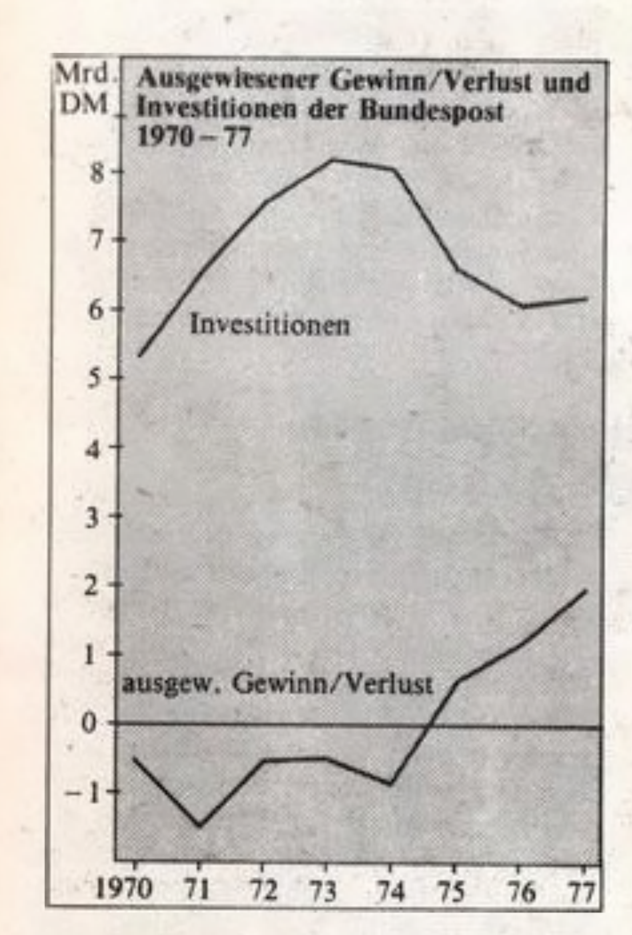
### Die Prämie führt zu weniger Lohn

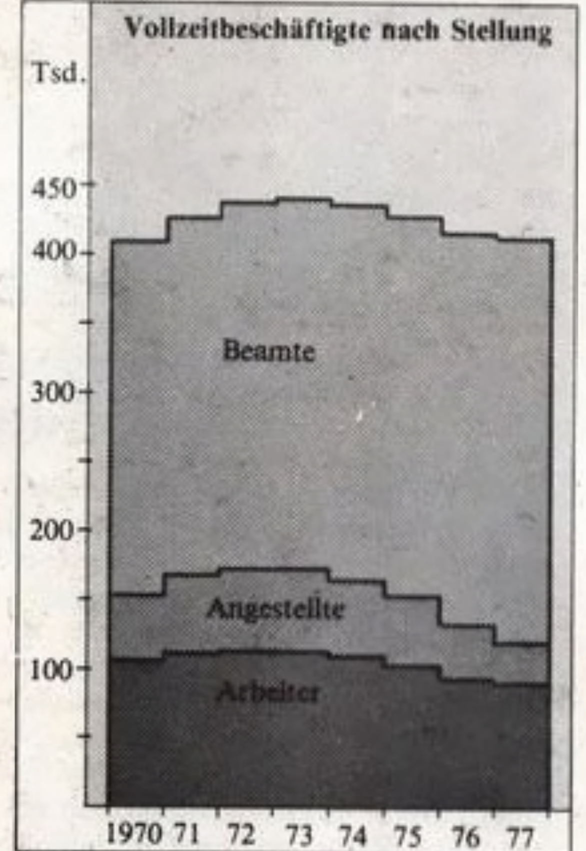
*b.stk.* 26% Produktionssteigerung je Arbeiter haben die VAW-Kapitalisten 1978 aus den Arbeitern der Abteilung Profilweiterbearbeitung im Werk Neumünster herauspressen können. Dort werden Alufolien, Teile für Fotokopiergeräte, Blenden und Zierleisten für Küchengeräte, Raketenführer für die NATO und anderes hergestellt. Anfang 1978 wurde in der Abteilung ein neues Prämiensystem eingeführt, das die Arbeiter in sechs Prämienstufen zwischen null und 2 DM aufspaltet bei einem Stundenlohn von 8,84 DM für die Frauen und 9,85 DM für die Männer. Soweit sie Maschinenarbeiter sind, sind alle auf eine möglichst hohe Prämie angewiesen. Dadurch hat die Werksleitung eine enorme Steigerung der Stückzahlen an den einzelnen Maschinen erreicht. Vor zwei Jahren wurden beispielsweise noch 300 „housinglower" (Gehäuseteile für Fotokopiergeräte) in der Bohr- und Gewindeabteilung gefahren. Heute sind es 450 bis 500.

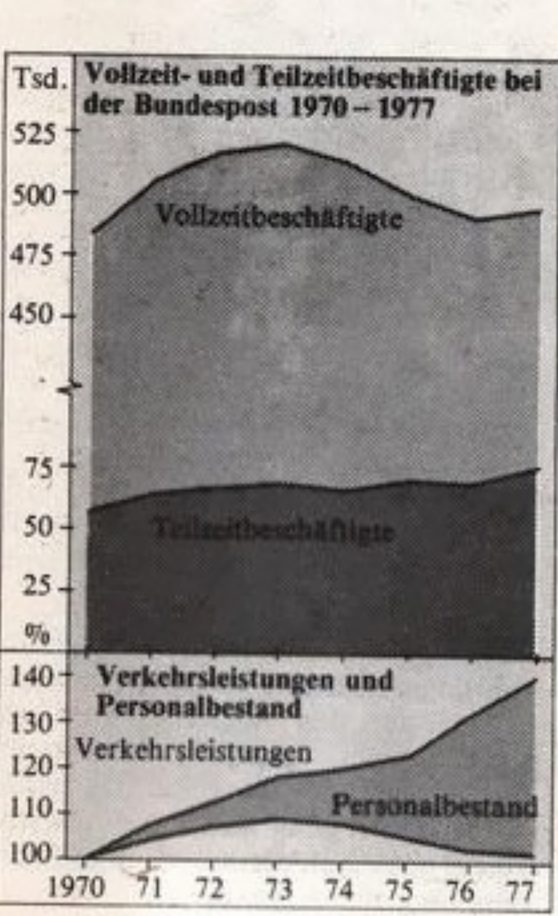
Ende letzten Jahres haben die Kollegen die Abschaffung des Prämiensystems und 1,20 DM für alle gefordert. Mit Hilfe der Drohung, Akkord einzuführen, konnte die Werksleitung diese Front jedoch spalten. Sie hat das dann gleich genutzt, um einen Refa-Mann in die Abteilung zu schicken, der jetzt sogenannte „Normalleistungen" herausgefunden haben will. „Normalleistung" soll z.B. sein, statt 500 housinglower 620 zu fahren. Bei anderen Maschinen ist diese „Normalleistung" auch überall höher als die bisher höchsten Stückzahlen. Was ein guter Refa-Mann ist, der fragt den Kapitalisten, was er an Stückzahlen aufrechnen soll. Da die „Normalleistung" die Grundlage für die Prämienberechnung sein soll, wird das Ergebnis sein, daß jeder 40 bis 80 Pfg weniger Lohn bekommt.

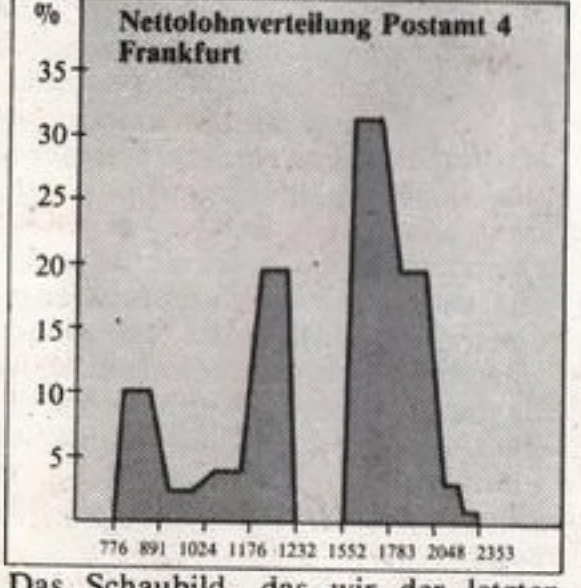
Die Kollegen haben gleich den Betriebsrat geholt, und der Abteilungsleiter mußte erklären, daß die Berechnung der Prämie nach „Normalleistung" so nicht in Anwendung kommt und daß bei der neuen Prämieneinteilung keiner runtergestuft worden sei. Das ganze diene nur dazu, daß die Kollegen ihre Leistung selbst überprüfen könnten. Der Betriebsrat behauptete, der Refa-Mann hätte noch eigenmächtige Eintragungen gemacht und das alles wäre ein Mißverständnis. Die Spalte mit der Zuteilung der Prämie zu der Stückzahl mußte daraufhin gestrichen werden.

Daß die VAW-Kapitalisten ihre Absichten nicht aufgeben, ist klar. So hat der Abteilungsleiter in der letzten Zeit mehreren Kollegen mitgeteilt, daß sie eine Prämienstufe tiefer gesetzt werden, falls „ihre Leistung weiterhin nachläßt". „1,20 DM für alle müssen wir haben, dann können sie so was mit uns nicht machen", meinten mehrere Kollegen. Das gilt es durchzusetzen.




Das Schaubild, das wir der letzten KVZ (Ausgabe Mitte) entnommen haben, zeigt die Nettolohnverteilung von 1608 Beschäftigten des Postamtes 4 in Frankfurt. – Die Angaben für die übrigen Schaubilder sind aus den Geschäftsberichten der Bundespost und den Statistischen Jahrbüchern.

## Deutsche Bundespost: Führend in der Profitschinderei durch Ausweitung von Teilzeit- und Schichtarbeit

*z.kam.* „Humanisierung des Arbeitslebens" steht als Aushängeschild auf der seitenfüllenden Forschungsstudie des Ehrenbergministeriums zur Schichtarbeit in der BRD. Das größte staatliche Unternehmen, die Deutsche Bundespost, bläst ins gleiche Horn: „Die Deutsche Bundespost betreibt die Rationalisierung der Arbeitsabläufe in Betrieb und Verwaltung als eine Daueraufgabe. Sie unterstützt damit auch die Bemühungen der Bundesregierung zur Humanisierung der Arbeit". (Geschäftsbericht 1976). Rationalisiert hat die Post nach Kräften. Sie rühmt sich nicht zu Unrecht, „unter allen Unternehmen in der BRD mit Abstand größter Investor" zu sein. Gleichzeitig ist der Profit der Bundespost aus den Minuszahlen von 1971 (– 1,5 Mrd. DM) auf 1978 + 2,1 Mrd. DM hochgeschnellt.

Die DBP erhält keine direkten Steuergelder. Sie zieht ihren Profit allein aus der Gebührenausplünderung der Volksmassen auf der einen und der immensen Ausbeutung ihrer Beschäftigten auf der anderen Seite. Betrachtet man die nebenstehenden Schaubilder, kann man ermessen, mit welch ungeheurer Intensität der staatliche Dienstherr Profit herausgepreßt hat: bei ständig sinkender Beschäftigtenzahl (seit 1960 um 15%) sind die Verkehrsleistungen der Post um knapp 163% angestiegen. Die Postämter sind weniger geworden (1972: 24179; 1977: 20452), während jedoch die Einwohnerzahl pro Postamt zunimmt (1972: 2553; 1977: 3011), ebenso die Größe des Zustellbezirks (von 10,7 auf 12,2 qkm). Bei der Umsatz pro Postler 1968 schon 25850 DM, so 1977 mehr als das Zweieinhalbfache davon (64057 DM). Nicht zuletzt geschuldet ist diese Entwicklung zur „Ehrenberghumanisierung" der Ausweitung der Überstunden, Schicht- und Teilzeitarbeit bei der Post.

Allein im letzten Jahr haben die Überstunden der Postbeschäftigten über 14% zugenommen; 15,3 Überstunden *im Durchschnitt* gibt die Deutsche Postgewerkschaft für das 1. Halbjahr 1978 an. Im Schichtdienst tätig waren 1976/77 knapp 30%, davon 38% Frauen. Die Post hat „gleichmäßig alle Schichtsysteme" (Studie zur Schichtarbeit): Früh-, Spät-, Nachtschicht, Kontischicht, Sonn- und Feiertagsschicht.

Neuere öffentliche Statistiken über die Schichtarbeit bei der Post, wie insgesamt im öffentlichen Dienst, sind nicht zu kriegen. Sie würden auch zu schnell das staatliche Harmoniesierungsgeschwätz zerschlagen. Was der Staat rausrückt, sind lediglich Angaben über die Teilzeitbeschäftigung. Zig Beispiele über die Schichtsysteme bei der Post sind allerdings bekannt: So wechseln z.B. in Heidelberg die Schichten täglich in einem Rhythmus von 10 Tagen; in Mannheim verteilt sich die Tag- und Nachtarbeit im 10-Wochenrhythmus. In Bremen wurde die Schichtarbeit von 1960 = 12% auf 1975 = 26,4% der Beschäftigten ausgedehnt. In der Gießener Sortiererei und Verladung wird im Dreischichtbetrieb gearbeitet; jeden 4. oder 6. Tag muß eine 10stündige Nachtschicht gearbeitet werden. Die Wuppertaler Post lanciert Pläne zur Ausdehnung der Nachtarbeit.

16% aller Postbeschäftigten sind Teilzeitarbeiter, davon 94% Frauen. Jede zweite Frau bei der Post arbeitet Teilzeit, „teilweise sogar nur nachts", wie die Forschungsstudie nicht verschweigen kann. Damit liegt die Teilzeitquote der Post gegenüber dem öffentlichen Dienst über dem Durchschnitt. Der Dienstherr saugt mehr Arbeitskraft aus den Teilzeitbeschäftigten, spart Lohn und streicht zudem noch Lohnbestandteile ein, die er Vollzeitkräften zahlen muß (wie Essensgeld, Nachtzuschlag usw.). Diese hohe Arbeitsintensität der Teilzeitbeschäftigten führt zu noch rapiderem Verschleiß der Arbeitskraft. So ist bei der Post eine Zunahme der Erwerbsunfähigkeit bei gleichzeitiger Abnahme der Rentenzahl zu verzeichnen. Die tiefe Spaltung der Postbeschäftigten durch Schicht- und Teilzeitarbeit wird zusätzlich zerklüftet durch die Trennung in Arbeiter, Angestellte und Beamte, wo die Post zunehmend versucht, die Angestellten in das Beamtenverhältnis zu pressen (siehe Schaubild), um dadurch den Zwang zu Mehr- und Überstundenarbeit noch stärker verschärfen zu können.

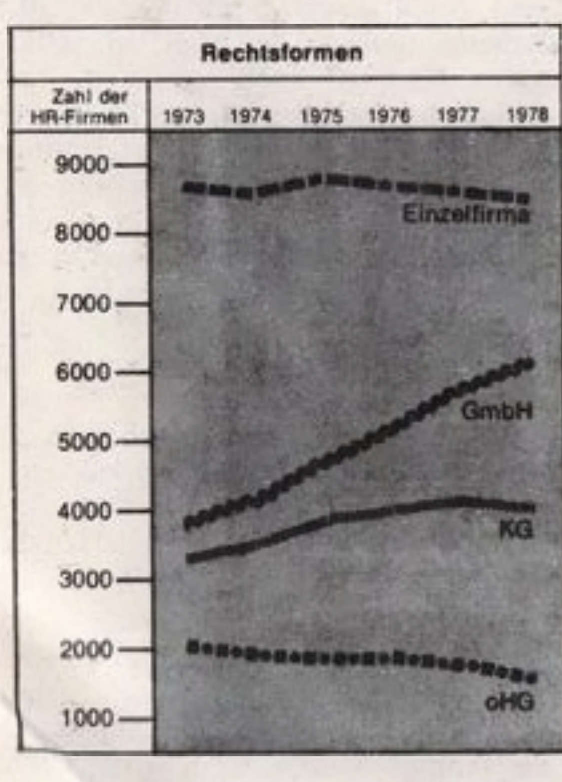
Lohndruck, Zwang zu Nacht- und Schichtarbeit und Spaltung ihrer Reihen nehmen die Postbeschäftigten nicht hin. In Frankfurt sind im jetzigen Tarifkampf Mindestforderungen zwischen 100 und 150 DM aufgestellt worden; der Westberliner ÖTV-Frauenausschuß wendet sich gegen Teilzeitarbeit, und in Kiel haben über 1000 Postbeamte durch ihre Unterschrift eine „Besserung der Lage der im Nacht- und Schichtdienst tätigen Kollegen" gefordert – alles notwendige Schritte im Kampf der Arbeiterklasse, das Verbot von Nacht- und Schichtarbeit, von Überstunden bei ausreichendem Lohn auf den Normalarbeitstag durchzusetzen.

## Industrie- und Handelskammern in Niedersachsen

*r.gör.* In Niedersachsen gibt es sieben Industrie- und Handelskammern (IHKn): Braunschweig, Hannover-Hildesheim, Lüneburg-Wolfsburg, Oldenburg, Osnabrück-Emsland, Ostfriesland und Papenburg, Stade. Ihre Tätigkeiten sind gesetzlich geregelt. Laut Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 18.12.1956 haben sie „die Aufgabe, das Gesamtinteresse der ihnen zugehörigen Gewerbetreibenden ihres Bezirk wahrzunehmen“ und „für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft zu wirken“. Sie werden durch Beiträge ihrer Mitglieder (im wesentlichen sind alle regionalen Kapitalisten zur Mitgliedschaft verpflichtet) finanziert, die der Staat eintreibt. In niedersächsischen Ausführungsbestimmungen ist geregelt, daß der Wirtschaftsminister über Einrichtung und Auflösung der Kammern entscheidet. Auf Landesebene sind die nds. Kammern zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengefaßt und geben als gemeinsames Organ die „Niedersächsische Wirtschaft“ heraus. Auf Bundesebene sind die Kammern im Deutschen Industrie- und Handels-Tag zusammengeschlossen.



Solche kammerartigen Zusammenschlüsse der Kapitalisten gibt es seit mehr als 400 Jahren, die Pflege des gemeinsamen Profitinteresses verbindet sie. Nach 1933 wurden die bestehenden IHKn bruchlos in die Organisation der faschistischen Kriegswirtschaft überführt. Die „Neugründungen“ nach dem Kriege wurden durch o.a. Gesetz wieder hoffähig gemacht, – *als Körperschaften des öffentlichen Rechts,* wodurch zugleich ihrer staatstragenden Funktion Tribut gezollt wurde. – Heute organisieren die Kapitalisten über die IHKn insbesondere zweierlei: 1. Sie bekümmern sich darum, daß den Kapitalisten als „Wirtschaftsförderung“ möglichst viel den Lohnabhängigen abgepreßte Steuergelder zufließen und unterhalten zu diesem Zweck die engsten Beziehungen zur Landesregierung. Das Bild zeigt den Präsidenten der IHK Hannover-Hildesheim, Götz, mit Ministerpräsident Albrecht bei einem „Arbeitsessen“. 1978 bearbeitete diese Kammer allein 746 555 344 DM „öffentliche Finanzierungshilfen“ für ihre Mitglieder. 2. Sie organisieren die Zufuhr junger Arbeitskraft gemäß den Profitbedürfnissen ihrer Mitglieder, indem sie die berufliche Ausbildung und vor allem deren Prüfungswesen beherrschen.




Das Schaubild zeigt die Zusammensetzung der Unternehmen der IHK Hannover-Hildesheim nach Rechtsformen. Der „selbständige, risikofreudige, der Allgemeinheit dienende Unternehmer“, den die Kammer als staatstragende Persönlichkeit propagiert, verschwindet selbst als juristische Fiktion immer mehr. Die Kapitalgesellschaft, rechtliche Bewegungsform des Kapitals im Imperialismus, expandiert. Das Finanzkapital „schätzt“ die Kammern grad als mittelständisch.

# „Konzertierte Aktion“ – gründlich mißlungener Versuch, den Lohnkampf einzuschnüren

*z.mif.* Sachverstand! Wenn du den auf deiner Seite weißt, dann geht alles wie von selbst. So legte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands 1966 ihren Versuch an, die Arbeiterbewegung vom Lohnkampf abzuhalten. Die ersten Gutachten des Sachverständigenrates, der 1963 durch Gesetz gegründet wurde, waren entsprechend abgestimmt. Im Februar 1966 schreibt Günter Pehl, noch heute führender Wirtschaftsautor des DGB, in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ zum Gutachten 1965/66: „Mit einer im Vergleich zu der üblichen Diskussion in der Öffentlichkeit wohltuenden Objektivität wird in dem Gutachten die Lohnpolitik behandelt; hierbei zeigt sich insbesondere der Vorzug eines wirklich unabhängigen Gremiums von Sachverständigen. Den Gewerkschaften wird bescheinigt, daß sie ‚auch in der jüngsten Vergangenheit keine aggressive Lohnpolitik betrieben‘ haben. ‚Nach wie vor ist bei den Löhnen der Sog vom Arbeitskräftebedarf her größer als der Druck, der von der Tarifpolitik der Gewerkschaften ausgeht‘.“

Sich derartige Feststellungen als höchstes Lob anzurechnen, dazu gehört schon der verbissene Ehrgeiz der Berufsreformisten, es endlich zur Regierungsverantwortung zu bringen. Die Bourgeoisie war unzufrieden mit der Regierung Erhard, die mit der Steuerausplünderung nicht vorwärts kam und zu wenig unternahm zur Senkung der toten Kosten der Kapitalistenklasse. Es gelang der Sozialdemokratie, sich durch Fesselung der Arbeiterbewegung als der bessere Sachwalter der Akkumulation zu erweisen. Denn die Partei der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei Deutschland, war zerschlagen.

Der erwähnte Günter Pehl proklamiert, mit der Einrichtung der fünf wirklich unabhängigen Sachverständigen sei der Weg zur wissenschaftlichen Lohnfindung frei und der Klassenkampf überflüssig: „Schließlich erklären sich die Sachverständigen mit dem Weg der Lohnfindung einverstanden, der Ende Februar 1965 im Tarifkonflikt in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie beschritten worden war. Damals wurde einem Vorschlag von Professor Meinhold gefolgt, wonach die Lohnerhöhung gleich dem Produktivitätsfortschritt zuzüglich der Preissteigerungsrate sein sollte.“

Der Vorschlag des Sachverständigenrates zu einer „konzertierten Stabilisierungsaktion“ wird von Pehl begeistert aufgegriffen, entspricht er doch der gewerkschaftssozialdemokratischen Programmatik: man könne damit „bereits im Laufe dieses Jahres beginnen, so daß sie sich schon im zweiten Halbjahr auswirken kann“. Es bedurfte aber noch des Sturzes der Regierung Erhard und der Errichtung der Großen Koalition, ehe die „Konzertierte Aktion“ unter Vorsitz von Wirtschaftsminister Schiller erstmals am 15.2.1967 zusammentrat. Am 8. Juni 1967 wurde die „Konzertierte Aktion“ als Teil des „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft“ vom Bundestag verabschiedet. § 3:

„Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 (Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsgrad, außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum) stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges, aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung“.

**Die Lohnsenkung 1966/67**

| in Mio. DM | | 1965 | 1966 | 1967 | 1968 | 1969 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Bruttolohn-/Gehaltssumme ..... | | 203 130 | 217 960 | 217 890 | 232 750 | 261 100 |
| Lohnsteuer .................... | | 15 880 | 18 790 | 19 110 | 21 850 | 26 930 |
| Geldleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung ...... | | 4 350 | 4 770 | 4 310 | 4 930 | 5 310 |
| Geldleistungen der Arbeitslosen-Versicherung ........... | | 910 | 770 | 2 200 | 1 870 | 1 920 |
| Arbeitslose (in Tsd.) .......... | 1. Halbjahr | 193 | 169 | 536 | 449 | 243 |
| | 2. Halbjahr | 101 | 153 | 383 | 198 | 115 |
| durchschn. Bruttowochenverdienst männl. Arbeiter ... | April | 200 | 215 | 212 | 224 | 249 |
| (DM) | Oktober | | | 219 | 237 | 270 |

(Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Revidierte Ergebnisse 1960-1976, Statistisches Bundesamt; BMWI, Leistung in Zahlen 1969)

Die „Konzertierte Aktion“ stellt damit nach dem amtlichen Kommentar von Alex Möller „keine rechtliche Verpflichtung und keinen Anspruch“ dar, und „die Frage, wer Beteiligter an einer konzertierten Aktion ist, läßt das Gesetz offen.“ Es handelt sich mithin um ein Lohnsenkungsermächtigungsgesetz, das dem bürgerlichen Staat freie Hand verschaffen soll zu jeder Spaltungsaktion gegen den Lohnkampf. Im ersten Jahr der „Konzertierten Aktion“ gelang der Bourgeoisie eine bedeutende Lohnsenkung. Die Lohnsenkung müßten die Arbeiter hinnehmen als Opfer für das Gemeinwohl, befand die Sozialdemokratie. Pehl schrieb bereits im April 1966, also noch lange vor der „Konzertierten Aktion“: „Leider ist zu befürchten, daß nehmen als Opfer für das Gemeinwohl, befand die Sozialdemokratie. Pehl schrieb bereits im April 1966, also noch lange vor der „Konzertierten Aktion“: „Leider ist zu befürchten, daß die Gewerkschaften ziemlich die einzigen bleiben werden, die sich uneingeschränkt an den Stufenplan des Sachverständigenrates gegen den Preisanstieg halten“ (Gewerkschaftliche Monatshefte 4/66). Diese Politik hat die Sozialdemokratie einiges gekostet. Die Arbeiterklasse hat in den selbständigen Streiks im September 1969 eine Lohnerhöhung von um die 50 Pfennig pro Stunde erkämpft. In 69 Belegschaften der Stahl-, Metall- und Textilindustrie, im Bergbau und in einigen Stadtwerken streikten insgesamt 140000 Arbeiter durchschnittlich vier Tage lang. Das hat ausgereicht, um die Kapitalistenklasse zum Zahlen zu zwingen. Vetter, frisch gewählter DGB-Vorsitzender: „Uns war eine gewisse Unzufriedenheit in den Betrieben bekannt. Das ändert aber nichts daran, daß das explosive Aufbegehren der Arbeitnehmer von uns nicht vorausgesehen worden ist“ (Spiegel-Interview, 22. September 1969). Für die weitere Entwicklung des Klassenkampfs in Westdeutschland und die erneute Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Bewegung war der Streik von elementarer Bedeutung.

Der Sozialdemokrat Karl Schiller, im Faschismus 1935 mit dem Thema „Arbeitsbeschaffung und Finanzordnung in Deutschland“ promoviert und seither bruchlos mit wissenschaftlicher Begründung für die Unterdrückung des Lohnkampfs tätig, war mit diesen Streiks ziemlich wertlos für die Bourgeoisie geworden. Die „Konzertierte Aktion“ bestand weiterhin; aber die sozialdemokratische Begeisterung dafür ist deutlich gedämpft: „Auch bei wohlwollender Beurteilung einer zehnjährigen Praxis, während derer 39 Sitzungen stattfanden, läßt sich nicht viel ausfindig machen, was die Lösung wirtschaftlicher Probleme entscheidend gefördert hätte“ (Heinz Markmann, Geschäftsführer des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB, Dezember 1977). 1977 stieg der DGB unter Hinweis auf die Verfassungsklage der Kapitalisten gegen das Mitbestimmungsgesetz 1976 aus der „Konzertierten Aktion“ aus. Jetzt hat zur großen Befriedigung der Instituts des DGB, Dezember 1977). 1977 stieg der DGB unter Hinweis auf die Verfassungsklage der Kapitalisten gegen das Mitbestimmungsgesetz 1976 aus der „Konzertierten Aktion“ aus. Jetzt hat zur großen Befriedigung der DGB-Führung das Bundesverfassungsgericht über die Mitbestimmung festgestellt: „Das Gesetz verstößt nicht gegen die Garantie des Eigentums.“

Die „Konzertierte Aktion“ sei zwar „in alter Form tot“, sagt der DGB, aber zum „Spitzengespräch“ sei man bereit. Worüber? Ein neues Instrument zur Zersetzung des Lohnkampfs wird gesucht. Drei Gesetzentwürfe liegen dem Bundestag vor zu verschiedenen Formen der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“. Herbert Ehrenberg hatte schon im Mai 1969 auf diesen Weg zur Verwandlung von Lohn in Kapital hingewiesen: „Je mehr die Tarifvertragsparteien die konventionelle Lohnpolitik zu einer umfassenden Einkommenspolitik (einschließlich vermögenswirksamer Tarifverträge) erweitern, desto größer ist die Chance, eine den Zielen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes entsprechende Lohnpolitik praktizieren zu können.“ (Gewerkschaftliche Monatshefte 5/69).

Die erste Sitzung der „Konzertierten Aktion“ am 15. Februar 1967: Berg (BDI), Schiller (Wirtschaftsminister), Rosenberg (DGB), Schneider (DIHT), Späten (DAG) und Bauer, Vorsitzender des Wissenschaftsrats beraten über die Fesselung des Lohnkampfs. In den selbständigen Streiks im September 1969 erkämpfte sich die Arbeiterklasse eine Lohnerhöhung von etwa 50 Pfennig pro Stunde. Bild unten: die Arbeiter der Neunkirchner Eisenwerke am 3. September 1969. Nach fünf Tagen hatten sie das Streikziel erreicht.

**Grundsatz- und Aktionsprogramm des DGB von 1963:** „Wirtschaftspolitische Grundsätze III,2: Aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist der Rahmenplan in der Form eines Nationalbudgets zu entwickeln. Es enthält die Zielsetzung für die Entwicklung der Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum. An seiner Vorbereitung ist der DGB zu beteiligen. Die Richtlinien des Nationalbudgets sind für die Organe der staatlichen Wirtschaft verbindlich. Sie geben die notwendigen Orientierungsdaten für die eigenen freien Entscheidungen in den Wirtschaftsbereichen und den Einzelwirtschaften.“

**Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – Jahresgutachten 1965/66 – „Stabilisierung ohne Stagnation“.** Kap. „Gegen den Geldwertschwund“ Ziffer 192: „Eine konzertierte Stabilisierungsaktion kann nur dann zustandekommen, wenn die Bundesregierung ihren Teil dazu beiträgt, daß das Mißtrauen im Verhältnis der Beteiligten zueinander, das in den bisherigen Auseinandersetzungen um den Schuldanteil an der schleichenden Inflation entstanden ist, systematisch abgebaut wird und einem zukunftsbezogenen Vertrauensverhältnis Platz macht.“

210: „... Auch wird es 1966 noch leicht sein, eine größere Stabilität im Innern außenwirtschaftlich abzusichern. Anfang 1966 müßte allerdings der Beginn schon liegen, klar erkennbar an einer stabilitätskonformen Gestaltung der öffentlichen Haushalte, denn schon in den ersten Wochen des Jahres 1966 ist mit Lohnverhandlungen in großen Wirtschaftbereichen zu rechnen...“

211: „... Die Sozialpartner halten sich in Tarifverträgen, die sie 1966 abschließen, im Durchschnitt an die gleiche Norm, berücksichtigen neben der gesamtwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung also einen Geldwertschwund von 2vH, vielleicht Tariferhöhungen in Stufen, die den Übergang erleichtern.“

**Sachverständigenrat – Jahresgutachten 1966/67 – „Expansion und Stabilität“** – Ziffer 272: „...Bedenken wären nur gerechtfertigt, wenn die Gewerkschaften in den exportintensiven Bereichen eine Mitwirkung an der konzertierten Aktion ablehnten und sich dazu entschlössen, höhere Löhne auch um den Preis der Arbeitslosigkeit zu erzwingen. Für eine solche Annahme fehlt (bisher) jeder Grund.“

**Stellungnahme der Bundesregierung 1967:** „Nachdrücklich bekräftigt die Bundesregierung ihre Übereinstimmung mit dem Sachverständigenrat, daß eine Politik der kontrollierten Expansion, die Wachstum mit Stabilität verbindet, nur möglich ist, wenn sie ‚lohnpolitisch‘ abgesichert wird. Dazu ist ein enges Zusammenwirken zwischen den für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Instanzen des Staates und den Tarifparteien im Rahmen einer ‚Konzertierten Aktion‘ nötig.“

## DGB 1969: Delegierter gegen „Konzertierte Aktion“

*z.kls.* Auf dem *8. ordentlichen Bundeskongreß des DGB im Mai 1969* wird die weitere Teilnahme an der Konzertierten Aktion beschlossen. Dagegen spricht sich Erich Weigel von der IG Metall aus in dem einzigen Beitrag zur Konzertierten Aktion überhaupt: „Ich bin im Gegensatz zu der im Antrag 299 enthaltenen Ansicht nicht der Auffassung, daß die Konzertierte Aktion das Ziel verfolgt, die Arbeitnehmerinteressen stärker zu berücksichtigen. Im Gegenteil bin ich der Meinung, daß ihr wesentliches Ziel darin besteht, die Handlungsfreiheit der Gewerkschaften einzuschränken, die Löhne den Interessen des Kapitals ein- und unterzuordnen und die Preise und Profite dagegen eine ungehinderte Entwicklung nehmen zu lassen ... Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist vorhanden und kann weder durch Orientierungsdaten noch durch andere Maßnahmen eingegrenzt werden ... Deshalb ist der Kampf um höhere Löhne heute wie gestern eine Frage gewerkschaftlichen Einflusses. Der Initiativantrag Nr. 15 gibt uns eine größere Bewegungsfreiheit.“

Der Initiativantrag 15 besagt lediglich, daß der Bundesvorstand und der Bundesausschuß des DGB bei einer Einschränkung der Handlungsfreiheit der Gewerkschaften das weitere Verbleiben in der Konzertierten Aktion zu prüfen hat. Insofern geht der Antrag letztlich auf Unterstützung des Gewerkschaftskurses. Der Initiativantrag hatte 56 Unterschriften und wurde in den Antrag 299 der IGM „Allgemeine Wirtschaftspolitik“ aufgenommen. Die IGM beginnt den Antrag 299 folgendermaßen: „Der 8. ordentliche Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes stellt fest, daß die gegenwärtige Bundesregierung im Gegensatz zu ihren Vorgängerinnen in der Wirtschaftspolitik den Gedanken der planenden Vorsorge für die Zukunft aufgegriffen hat... Die gewerkschaftliche Teilnahme an den Beratungen der Konzertierten Aktion erfolgt mit dem Ziel einer stärkeren Berücksichtigung der Arbeitnehmerinteressen ... Der Bundeskongreß erkennt an, daß es verhältnismäßig rasch gelungen ist, die Wirtschaftrezession zu überwinden und einen neuen Aufschwung einzuleiten.“ Jedoch seien „die Gewinne durch den Konjunkturaufschwung wesentlich stärker begünstigt“ worden als die „Masseneinkünfte“, und diese Entwicklung befände sich „im Gegensatz zu der angestrebten sozialen Symmetrie.“

Gelang es zwar der Gewerkschaftsführung auf diesem Kongreß, die Delegierten auf den Regierungskurs und Karl Schillers „soziale Symmetrie“ festzulegen, so gelang ihr das in der Arbeiterbewegung nicht. Die Arbeiterklasse holte sich die notwendige Lohnerhöhung durch Streik.

# Keine Erhöhung der EG-Agrarpreise?

## Die Bauernmassen sind zum Kampf gegen die Absicht der EG-Kommission bereit

*z.scc.Brüssel.* Kurze Zeit stand es in der vergangenen Woche Spitz auf Knopf, daß die französischen und belgischen Bauern, die sich an der Grenze gegenüberstanden, aufeinander losgegangen wären. Aus Zorn über die ruinösen Währungsausgleichsbeträge hatten die französischen Schweinezüchter gewaltsam die Grenzen für Schweinefleischimporte aus der BRD und den Beneluxstaaten gesperrt; der belgische Bauernverband schickte daraufhin seine Mitglieder zu „Vergeltungs"aktionen los. Sollte sich der Haß der armen und mittleren Bauern in den Ländern der EG auf die, die sie ruinieren, die ihnen das Land und ihre Existenz rauben, ohnmächtig in Auseinandersetzungen untereinander entladen? Die Finanzbourgeois, die Großagrarier, sie könnten sich die Hände reiben.

Während sich nämlich die jeweiligen Landwirtschaftsminister seit Monaten über die Währungsausgleichsbeträge in den Haaren liegen – wer beherrscht die westeuropäischen Agrarmärkte? – und erst auf ihrer letztwöchigen Ministertagung einen brüchigen Kompromiß fanden, bereiten sie einhellig das „Einfrieren" der Agrarpreise vor. Schon im Februar hatte die EG-Kommission geschrieben: „Vom Standpunkt der Agrareinkommen scheint die Beibehaltung der derzeitigen Preise gerechtfertigt."

Es ist wahr: Die Konkurrenz des durch die Währungsausgleichsbeträge verbilligten importierten Schweinefleisches schnürt den kleinen französischen Schweinebauern den Hals zu. Was aber sehen ihre belgischen oder westdeutschen Kollegen von diesen Währungsausgleichsbeträgen? Buchstäblich nichts. Die Kapitalisten, die die Schweine von den Bauern aufkaufen, kassieren die gewaltigen Beträge als Exportsubventionen. Die Lage der schweinezüchtenden Bauern in den Mitgliedsländern der EG unterscheidet sich grundsätzlich nicht: sie verschlechtert sich allgemein. Die folgende Tabelle setzt die Schweinepreise ins Verhältnis zu den Ausgaben für Schweinefutter und zeigt, wieviel davon die Bauern für 100 kg Lebendgewicht verkauftes Schwein kaufen konnten:

| | BRD | F* | I | NL | B | UK | Irl |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1976 .......... | 597 | 547 | 660 | 536 | 536 | 517 | 504 |
| 1977 .......... | 568 | 618 | 506 | 485 | 518 | 450 | 456 |

* Für Frankreich: 100 kg Schlachtgewicht
Quelle: Eurostat; Lage der Landwirtschaft in der Gemeinschaft, 1978

1978 beschleunigt sich diese Tendenz eher noch. In den meisten anderen Bereichen der landwirtschaftlichen Produktion verläuft die Entwicklung entsprechend, wenngleich weniger schroff. Die Kommission selbst weist für alle Länder der EG mit Ausnahme Irlands ein reales Sinken der *durchschnittlichen* „landwirtschaftlichen Einkommen" seit 1973 aus; die belgischen Bauern verzeichnen dabei den stärksten Rückgang, um 18,6% allein von 1976 auf 1977. Und daß sich die Steigerung der landwirtschaftlichen Einkommen in Irland in den Taschen einiger weniger Großfarmer wiederfindet, belegt eindrucksvoll die Tatsache, daß 1978 52% der irischen Farmer *Jahres*einkommen von unter 2000 Punt, ein Drittel sogar von unter 1000 Punt hatten (1 Punt ca. 3,85 DM)

Wie reagieren die Bauernmassen in der EG auf die Absicht der Imperialisten, die Erzeugerpreise für 1979/1980 „einzufrieren", genauer: zu senken? Bitter bezahlen sie, daß die Bauernverbände von Großagrariern à la Heeremann beherrscht sind, die nicht nur ein direktes Interesse an der Enteignung der kleinen Produzenten haben, sondern deren Konkurrenz untereinander den Zusammenschluß der Bauernmassen erschwert. So verficht z.B. die National Farmers Union (GB) die Politik ihrer Regierung, die sich *gegen* eine allgemeine Erhöhung der Erzeugerpreise richtet, stattdessen die Abwertung des Grünen Pfundes, was einer Erhöhung der britischen Agrarpreise gleichkommt, durchsetzen will. Noch liegen diese nämlich weit unter EG-Niveau, tut eine einseitige Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der britischen Landwirtschaftskapitalisten keinen Abbruch, verschafft vielmehr das durch Preisdrückerei in den anderen Ländern beschleunigte Bauernlegen ihrer Agrarexportoffensive im wahrsten Sinne des Wortes neuen Raum.

Dennoch: Die Empörung und Kampfbereitschaft der Bauernmassen lassen sich nicht unterdrücken, spiegeln sich, wie abgeschwächt auch immer, in Beschlüssen und Stellungnahmen einiger Verbände wider. „Wir kämpfen entschieden gegen diese Entscheidung", erklärt der Pressesprecher der Irish Farmers Association zur beabsichtigten „Einfrierung". „Wir brauchen", läßt sich angesichts der anhaltenden Unruhe nicht nur unter den bretonischen Schweinezüchtern der französische Bauernverbandsvorsitzende vernehmen, „mehr als eine Preiserhöhung von 3,5% (aufgrund der Abwertung des grünen Franken, Red.). Wir brauchen 7–8%. Das muß die französische Regierung wissen."

4–5% fordert die größte belgische Bauernorganisation, der Boerenbond. Das ebenfalls belgische „Algemeen Boerensyndikaat" organisierte im Februar zwei Veranstaltungen in Flandern, auf der insgesamt 2000 Bauern ihre Forderung nach Anhebung der Preise mit der Ankündigung „harter Aktionen" unterstrichen.

Die Forderungen sind uneinheitlich, ungenügend, aber sie kündigen den Plänen der EG-Kommission und -Landwirtschaftsminister den Kampf an. Mit wem sich zusammenschließen, wen bekämpfen? Diese Frage werden die westeuropäischen Bauernmassen dabei klären können.










77% aller landwirtschaftlichen Betriebe in der EG sind kleiner als 20 ha, liegen unter dem, was die Kommission als „Lebensfähigkeitsschwelle" bezeichnet. Auf die beschleunigte Enteignung dieser Bauern zielt wohlkalkuliert die beabsichtigte „Einfrierung" der Erzeugerpreise. Überall kämpfen die Bauernmassen um ihre Existenz: „Das Land den Bauern!", wie es auf dem Transparent der französischen Bauern heißt.

## Pakistan: 2,5 Millionen Hektar Land entsalzt

*z.hef.London.* Pakistans Bauern haben seit der Unabhängigkeit 2,5 Mio. Hektar Land im Indus-Becken entsalzt und für die landwirtschaftliche Produktion nutzbar gemacht. Die Bauern legten 150000 Röhrenbrunnen an, der Staat hat weitere 11800 Brunnen bohren lassen, außerdem wird Wasser aus den Staubecken Mangla und Tarbela herangeführt, berichtet die pakistanische Nachrichtenagentur APP. 2,5 Millionen Hektar – das sind 12,5% des insgesamt bebauten Bodens. Pakistan muß dringend seine landwirtschaftliche Produktion ausweiten. Die Regulierung des Indus, Bewässerung und Entsalzung sind Schlüsselprojekte dafür. Allein in diesem Jahr wird Pakistan 2,5 Millionen Tonnen Weizen für 250 bis 300 Mio. US-Dollar im Ausland kaufen müssen. Die eigenen Ernteergebnisse stagnieren, mit 8,8 Mio. Tonnen war die Ernte 1978 so hoch wie 1977. Durch weite Überschwemmungen wurde die Ernte von Baumwolle, Pakistans Hauptexportprodukt, in den letzten Jahren schwer beeinträchtigt. Die Ernte von 1978 liegt zwar mit 3,2 Mio. Ballen weit über der Ernte von 1977 (2,45 Mio.), aber noch unter den Ergebnissen von 1973 (3,7 Mio.). Die nötigen Weizenimporte, verbunden mit geringerem Baumwollexport, erhöhen Pakistans Schuldabhängigkeit drastisch. Inzwischen sind durch den Bau von Staubecken Fortschritte in der Flußregulierung gemacht.

## 14 arabische Staaten gründen gemeinsame Fischereigesellschaft

*z.dab.* 14 arabische Staaten, u.a. Saudi Arabien, Irak, Libyen, der Sudan, Qatar, Kuweit, Ägypten, Tunesien, Jordanien, haben am 27. 2. in Jeddah (Saudi-Arabien) eine gemeinsame arabische Fischereigesellschaft gegründet. Diese Gesellschaft ist bevollmächtigt, Industriezweige aufzubauen, die sowohl Fischzucht betreiben, als auch andere Meeresfrüchte verarbeiten. Sie wird außerdem Forschungs- und Entdeckungsschiffe in Betrieb nehmen und selbst die Instandhaltung und Wartung der gesamten Maschinenausrüstung für den Fischfang, die Lagerung und den Transport übernehmen. Ein gezielter Schlag vor allem gegen die beiden Supermächte und ein großer Schritt zum Aufbau der eigenen nationalen Wirtschaft. Während alle 14 Länder in den anliegenden Meeren (ohne Inlandgewässer) 1976 144958 t gefischt haben, hat die UdSSR über
(ohne Inlandgewässer) 1976 144958 t gefischt haben, hat die UdSSR über
das Dreifache dieser Menge geplündert, und die USA allein vor der afrikanischen Westküste 1078585 t geraubt. Die Imperialisten haben bis heute verhindern können, daß die arabischen Länder eine nennenswerte Fischereiindustrie aufbauen: die Mehrheit der arabischen Staaten mußte verarbeiteten Fisch einführen. Von dem zu Öl, Fetten und Mehl verarbeiteten Fisch (jährlich knapp 6 Mio. t) erfließt bisher auf die USA und die UdSSR über ein Sechstel.

## Indien: 3,2 Millionen Hektar sollen neu bewässert werden

*z.hef.London.* Die indische Regierung strebt die Neubewässerung von 3,2 Millionen Hektar Land im Haushaltsjahr März 1979 / März 1980 an, gab Finanzminister Singh in seiner Haushaltsrede am 28.2. bekannt. In den letzten Jahren gelang Indien eine stetige Steigerung der Neubewässerung.

| | Bewässertes Gebiet | Zuwachs in % |
|---|---|---|
| 1973/74 | 42,29 | – |
| 1974/75 | 43,65 | 1,36 |
| 1975/76 | 45,30 | 1,65 |
| 1976/77 | 47,38 | 2,08 |
| 1977/78 | 49,78 | 2,40 |
| 1978/79 | 52,58 | 2,80 |

Angaben in Mio. Hektar

Dennoch sind bisher nur 28,6% der bebauten Fläche wieder bewässert, nachdem ein jahrhundertelang aufgebautes Bewässerungs- und Flußregulierungssystem von den britischen Kolonialisten innerhalb weniger Jahrzehnte zerstört worden war. Und sechs Millionen Hektar wurden durch Fluten im letzten Sommer verwüstet. Aber die Bewässerung, verbunden mit mehr Kunstdünger, machte im Jahr 1977/78 eine Rekordernte an Lebensmittelgetreide und Steigerungsraten von 21% bei Baumwolle, 18,7% bei Zuckerrohr und 9,53% bei Ölsaat möglich. Im 1978 aufgestellten 5-Jahresplan setzt die Regierung ein Ziel von 17 Mio. Hektar Neubewässerung bis 1983.

# Noch mehr „Mitverantwortungsabgabe" soll der Bauer zahlen

*r.ham.* Die EG-Kommission hat einen neuen Vorschlag zur Ausplünderung und Legung der Bauern ausgekocht. Er sieht vor die Erhöhung der sogenannten „Mitverantwortungsabgabe" (Milchpfennig) von bisher 0,3 Pfennig je Liter (= 0,5% des Richtpreises von 60 Pfennig) auf 1,2 Pfennig je Liter ab 1. Juni 1979, die wie bisher den Bauern über die Meiereien abgenommen werden soll, d.h. ihnen weniger ausgezahlt wird. Zusätzlich soll sich die „Abgabe" in Abhängigkeit von der Milchanlieferung der Bauern an die Meiereien erhöhen, je 0,5% mehr Anlieferung soll sie um 1% je Liter erhöht werden – bis zu 13% des Richtpreises, das ergäbe dann 7,8 Pfennig je Liter Milch.

Die Milchpreise selbst sollen eingefroren werden, d.h. um die Inflationsrate gesenkt, aber diese Senkung reicht den Imperialisten nicht zur Veranstaltung ihrer Exportschlachten und der Bauernruinierung. Deshalb haben sie seit 1975 die „Mitverantwortung" der Bauern für die Profitprobleme des Finanzkapitals entdeckt. Als Grundlage und Ausbeutungsmittel dieser Ideologie müssen ihre Milch- bzw. Butter- usw. -berge herhalten.

Die bisherige „Mitverantwortung" beträgt für den Bauern z.B. je Kuh mit einer Jahresleistung von 4500 Litern 14 DM, worauf noch 7,5% Mehrwertsteuer aufgeschlagen werden. Bei einer Herde von 25 Kühen macht das im Jahr 350 DM. Durch die geplante Erhöhung auf 1,2 Pfennig je Liter wären das schon 1400 DM, das ist mehr als ein mittlerer Bauer sich monatlich zum Leben erarbeitet. Gelingt es der Kommission, ihre Mehrproduktionsabgabe durchzusetzen, z.B. 3% des Richtpreises von 60 Pfennig, wären das zusätzlich noch einmal 1200 DM pro Jahr. Es ist klar, daß gerade auch Bauern, die ihre Kuhbestände aufgestockt und dafür Kredite aufgenommen haben, rasch in Zahlungsschwierigkeiten kommen. Solch eine Situation herrschte auch Ende der 60er Jahre.

Allen Abschlachtungs- und „Umstellungshilfen" zum Trotz liegt die Milchproduktion fast ausschließlich in der Hand selbstarbeitender Bauern und 50% ihrer Einnahmen kommen aus den Kühen im Durchschnitt in der Bundesrepublik. Die Kommission will die „Mitverantwortungsabgabe" pauschal pro Liter Milch eintreiben, ganz gleich, wo er erzeugt wurde. In der DBV-Funktionärszeitung „Deutsche Bauernkorrespondenz" vom Februar 79 heißt es, daß diese „Kollektivstrafe" so nicht richtig sei. Heeremann wittert, daß der EG-Vorschlag keine Spaltung innerhalb der Bauern erzielt. Er selbst ist es gewesen, der diese Plünderung 1975 vorgeschlagen hat. Das wissen die Bauern. Das radikale Getue der DBV ist durchsichtig und beinahe genauso blöde wie das der bürgerlichen Parteien, die alle gegen *diesen* Vorschlag der EG-Kommission sind, aber für die „Erzeugerabgabe". „So schaffe die EG-Kommission in der Landwirtschaft eine Bereitschaft, die nicht unterschätzt werden dürfe", heißt es in den Bauernblättern jetzt. Das stimmt. Aber Vorschläge zum Kampf gegen diese Pläne werden von der DBV-Führung nicht gemacht. Das wird unter Bauern kritisiert und beraten. Die „Mitverantwortungsabgabe" wird z.B. mit den CMA-Zwangsbeiträgen verglichen, die seit 1970 erhoben werden und wo inzwischen klar ist, daß damit Bauern das Finanzkapital und sein Marketing subventionieren und damit auch noch keine Macht auf dem Markt gegenüber den Bauern verstärken.

Ein Bauer hat das Hamburger Finanzamt verklagt, weil er die „Mitverantwortung" nicht zahlen wollte, weil sie praktisch eine Steuer sei und nur dazu da, die Kassen der öffentlichen Haushalte zu füllen, so der Bauer. Die Finanzbehörde hat die Klage an den EG-Gerichtshof überwiesen, der hat vor zwei Wochen entschieden: der Bauer hätte recht mit seinen Argumenten, genau diese Gründe wären auch Sinn der Sache und er müsse deswegen zahlen. So ist ihnen nicht beizukommen. Als diese Maßnahme 1977 eingeführt wurde, hat Heeremann ihr zugestimmt: es gäbe nur zwei Möglichkeiten, Preissenkung oder Mitverantwortungsabgabe, die letztere wäre „günstiger" für die Landwirtschaft gewesen.

So kann es nicht weitergehen. Darum finden Vorschläge, wie Leserbriefe an die Bauernblätter zu schreiben für die Streichung der „Mitverantwortungsabgabe", Unterstützung.

## Demonstration der französischen Schweine- und Rinderzüchter




*z.sie.Paris.* In den letzten Wochen haben die französischen Schweine- und Rinderzüchter an der belgischen Grenze Demonstrationen durchgeführt, Grenzstationen besetzt und Fleischimporte blockiert. Sie wandten sich gegen die niedrigen EG-Agrarpreise und gegen die Währungsausgleichsbeträge, die die französischen Fleischimporte mit ca. 10% besteuern und Importe z.B. aus Westdeutschland mit 10% subventionieren. Besonders die kleinen französischen Züchter müssen vielfach ihre Produkte unter Selbstkostenpreis abgeben.

## Neue Verordnungen zur Unterdrückung der Lehrer AjLE fordert Maidemonstrationen

*r.hew.* Seit Inkrafttreten des Schulgesetzes am 1.1.79 ist die schleswig-holsteinische Landesregierung mit neuen Vorstößen gegen die Lehrer aufgefahren. Mit dem 6. Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes, beschlossen am 31.1.79, will sie sich die geeigneten Lehramtsbewerber für die Durchsetzung ihrer im Schulgesetz niedergelegten Absichten herauslesen. Nach einer Quotenregelung sollen 65 bis 80% der Anwärter „nach Eignung und fachlicher Leistung... unter Berücksichtigung der Studiendauer", 10% nach Wartezeit, 10% nach sozialen Härtefällen in den Staatsdienst sortiert werden. Einen Anspruch auf Übernahme in den Vorbereitungsdienst gibt es nicht. Die Anwärter sollen mittels verschärfter Konkurrenz zu politischer Unterwerfung gezwungen werden.

Mit dem Ziel, das Recht auf Bildung von Vertretungskörperschaften zu beschneiden, hat die Landesregierung versucht, bei den Angestellten mit Stundenverträgen anzusetzen. Nachdem die Personalratswahlen vom 5.-9.3.79 bereits eingeleitet waren, erhielten die Wahlratsvorstände einen Schnellbrief vom Kultusminister, der in diesem über tausend Lehrern das Wahlrecht absprechen wollte: „Nicht wahlberechtigt sind die nicht ständigen Mitarbeiter..." Durch scharfe Proteste von seiten der GEW mußte der Inhalt dieses Schnellbriefes von der Landesregierung zurückgezogen werden.

Jedenfalls gegenüber den Angestellten und stundenweise beschäftigten Lehrern hat die Landesregierung seit Herbst 78 in größerem Umfang mit Gehaltsabgruppierungen begonnen. Früher wurden die Lehrer für ihre Tätigkeiten bezahlt und den voll ausgebildeten Lehrern gleichgestellt. Jetzt werden sie bei Neueinstellungen mit Teilzeitvertrag um eine Gehaltsstufe niedriger eingruppiert, mit der Begründung, daß ihnen das zweite Staatsexamen fehle, während gleichzeitig die Landesregierung die Lehramtsanwärter hindert, ihre Ausbildung mit diesem Examen abzuschließen.

Besonders zum 1. Mai sind viele Lehrer als Teil der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung für ihre Forderungen eingetreten. Die in den Ausschüssen junger Lehrer und Erzieher (AjLE) organisierten Lehrer in Schleswig-Holstein haben jetzt in einem Beschluß vorgeschlagen, in möglichst allen Kreisen Maidemonstrationen durchzuführen. Als Parolen wurden beschlossen: 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, Senkung der Pflichtstundenzahl für Lehrer, Rücknahme der Ministerpräsidentenbeschlüsse von 1972, Entfernung und Vernichtung aller Verfassungsschutzberichte aus den Personalakten, keine Rückstufungen im Öffentlichen Dienst, Übernahme aller Hochschulabsolventen in die zweite Ausbildungsphase, Einstellung aller ausgebildeten Lehrer in den Schuldienst. Dies ist eine richtige Antwort auf die Landesregierung, die geeignet ist, die Einheit aller Lehrer herzustellen und voranzubringen.

## Irische Studenten fordern Zurücknahme der Erhöhung der Studiengebühren

*z.rül.London.* Mit dem Boykott der Studiengebühren, an dem sich an einigen Hochschulen bis zu 100% der Studenten beteiligen, landesweiten Demonstrationen, Streiks und der Besetzung einzelner Hochschuleinrichtungen, bekämpfen die 70000 irischen Studenten den Beschluß der Regierung, die Studiengebühren zum Oktober um 25% zu erhöhen. Gegenwärtig




che und studieren nur 1 – 2 Tage oder abends. Die übrigen Studenten erhalten maximal 500 Punt Studienunterstützung jährlich, so daß sie das ganze Studium über parallel arbeiten müssen, soweit sie keine reichen Eltern haben. Schikanöse Voraussetzungen für die Studienunterstützung, wie das Bestehen von vier der sechs Abschlußprüfungen der secondary school, die dem Hochschulstudium vorausgeht, mit Auszeichnung – für den Hochschulzugang müssen nur zwei der sechs Fächer mit Auszeichnung bestanden werden – und eine solche Koppelung der Studienunterstützung an das Elterneinkommen, daß das Maximum der Studienunterstützung bei einem Einkommen zwischen 4000 und 5000 Punt nur bei sechs Kindern erreicht wird, haben

## Irische Studenten fordern Zurücknahme der Erhöhung der Studiengebühren

*z.rül.London.* Mit dem Boykott der Studiengebühren, an dem sich an einigen Hochschulen bis zu 100% der Studenten beteiligen, landesweiten Demonstrationen, Streiks und der Besetzung einzelner Hochschuleinrichtungen, bekämpfen die 70000 irischen Studenten den Beschluß der Regierung, die Studiengebühren zum Oktober um 25% zu erhöhen. Gegenwärtig




8000 irische Studenten forderten im Januar in Dublin die Zurücknahme der Erhöhung der Studiengebühren

zahlen sie ca. 200 bis 300 Punt jährlich (1 Punt = 3,85 DM). 35000 müssen bereits jetzt ihr Studium aus dem Lohn zahlen: sie arbeiten fast die ganze Wo-

che und studieren nur 1 – 2 Tage oder abends. Die übrigen Studenten erhalten maximal 500 Punt Studienunterstützung jährlich, so daß sie das ganze Studium über parallel arbeiten müssen, soweit sie keine reichen Eltern haben. Schikanöse Voraussetzungen für die Studienunterstützung, wie das Bestehen von vier der sechs Abschlußprüfungen der secondary school, die dem Hochschulstudium vorausgeht, mit Auszeichnung – für den Hochschulzugang müssen nur zwei der sechs Fächer mit Auszeichnung bestanden werden – und eine solche Koppelung der Studienunterstützung an das Elterneinkommen, daß das Maximum der Studienunterstützung bei einem Einkommen zwischen 4000 und 5000 Punt nur bei sechs Kindern erreicht wird, haben
dazu geführt, daß z.B. an der Universität in Dublin nur 16% der 10000 Studenten eine Studienunterstützung erhalten. Die Studenten werden in ihren Forderungen von fast allen wichtigen Gewerkschaften im Lande unterstützt. Die USI, die irische Studentengewerkschaft, in der fast alle Studenten organisiert sind, versteht die gegenwärtigen Aktionen als ersten Schritt zur völligen Abschaffung der Studiengebühren, zur Beseitigung der Prüfungsvoraussetzungen für die Studienunterstützung und zur Erkämpfung einer Studienunterstützung, die die tatsächlichen Lebenshaltungskosten deckt.

## Belgische Medizinstudenten kämpfen gegen verschärfte Auslese

*z.elb.Brüssel.* Nachdem die belgische Regierung im August letzten Jahres die Einschreibgebühren für Studenten von 5000 auf 10000 bfr (625 DM) verdoppelt und dafür nichts als Protest und Kampf der Studenten geerntet hat – die meisten Studenten zahlten bei Semesterbeginn nur die 5000 bfr –, holt sie zu einem neuen Schlag, diesmal gegen die Medizinstudenten, aus. Mit verschiedenen Maßnahmen will die Regierung die Konkurrenz unter den Studenten verschärfen und gleichzeitig einen Schritt vorankommen in der Sanierung des Gesundheitswesens, vor allem in der Kostensenkung in den Krankenhäusern: Einführung des Numerus Clausus für Medizinstudenten, bisher gibt es den NC in keinem Studiengang; Verlängerung des Studiums von sieben auf neun Jahre; Beschränkung der Niederlassungsfreiheit für praktische Ärzte. Die Begründung der Regierung: Schon jetzt sei abzusehen, daß die Zahl der Ärzte in einigen Jahren viel zu hoch sein werde, immerhin kämen in diesem Jahr auf 100000 Einwohner 176 Ärzte (1976 in der BRD 198).

Mit der Verlängerung des Studiums soll vor allem die Praktikantenzeit der Medizinstudenten verlängert werden. Bisher müssen sie während der letzten drei Jahre ihrer Ausbildung 1½ Jahre Praktikum in den Krankenhäusern ableisten, das bezahlt wird. Jetzt soll die Bezahlung abgeschafft werden, der Staat will die Arbeitskraft der Studenten in den Krankenhäusern umsonst vernutzen. Für viele Studenten wird das ein Medizinstudium unmöglich machen. Sie sind gegen die Beschränkung der Niederlassungsfreiheit und die Kontrolle der Niederlassungen durch den Ärzteverband, weil durch eine weitere Prüfung, die sie dann vor diesem Verband ablegen müssen, eine zusätzliche Möglichkeit zur Auslese geschaffen wird. 3000 Medizinstudenten haben am 1. März eine nationale Demonstration gegen diese Maßnahmen der Regierung in Brüssel durchgeführt. Sie sagen, daß das erst der Auftakt zu weiteren Aktionen war. In Kürze wird eine Beratung von Delegierten aller medizinischen Fakultäten zur Fortführung des Kampfes einberufen. Schon jetzt gibt es eine breite Unterstützung durch die anderen Studenten, die vor allem von den anläßlich des Kampfes gegen die Verdoppelung der Einschreibgebühren an allen Universitäten gebildeten „Komitees gegen die 10000" organisiert wird.

## Wozu Studienreformkommissionen eingerichtet werden

*z.drf.* Studienreform betreibt die Bourgeoisie seit gut 10 Jahren. Mehrere Anläufe hat sie unternommen, um einheitliche gesetzliche Voraussetzungen zur Durchführung der imperialistischen Studienreform auf Bundesebene zu schaffen, zuerst das Hochschulstudium mit einem Netz von Prüfungen zu überziehen und die Anforderungen sowohl von der Arbeitszeit als auch vom Stoff her hochzuschrauben, sodann die beschlossene Regelstudienzeit, die zielstrebige Aufspaltung jetzt noch einheitlicher Studiengänge, „Praxisbezug" des Studiums sowie „Flexibilität und Mobilität" der Absolventen durchzusetzen. Die Studentenbewegung hat darauf mit einer ununterbrochenen Kette von Streiks geantwortet, immer wieder die Durchsetzung einzelner Studien- und Prüfungsordnungen verhindert, so daß bezüglich der Studienreform eine für die Bourgeoisie völlig uneinheitliche, teils unüberschaubare Lage entstanden war. Mit der Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) im Januar 1976 und entsprechender Landeshochschulgesetze in jetzt fast allen Bundesländern ist gesetzlich fixiert, daß die „Neuordnung des Hochschulwesens" insbesondere „ein Angebot von inhaltlich und zeitlich gestuften und aufeinander bezogenen Studiengängen mit entsprechenden Abschlüssen in dafür geeigneten Bereichen" gewährleisten soll (§ 4 HRG). § 9 schreibt die Bildung von Studienreformkommissionen (SRK) vor, die „binnen vorzugebender Fristen Empfehlungen zur Neuordnung von Studiengängen zu erarbeiten" haben.

Noch zwei Jahre später, Anfang 78, existiert keine einzige dieser überregionalen SRK. „Beträchtlichen Zeitdruck" konstatiert Bildungsminister Schmude kurz nachdem er ins Amt gehievt wurde, gerade um diesem Zustand ein Ende zu bereiten. Zentralisierung und Vereinheitlichung der Durchsetzung der Studienreform war notwendig geworden. Entsprechende Beschlüsse faßte die Kultusministerkonferenz (KMK) Ende 1977 in der „Vereinbarung über die Bildung gemeinsamer Studienreformkommissionen der Länder nach § 9 HRG", die über die Einrichtung der SRK hinaus zwei zentrale Instanzen vorsieht, die bald darauf ihre Arbeit aufnehmen sollten: die „*Ständige Kommission für die Studienreform*", bestehend aus 11 Vertretern der KMK, 11 der Hochschulen (7 Professoren, 2 Assistenten, 2 Studenten), 2 Vertretern des Bundes und je einem des DGB und des BDA, sowie das „*Koordinierungsgremium*" mit Vertretern der KMK, des Bundes und der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK). Die „Ständige Kommission" soll Grundsätze für die Studienreform aufstellen und die Arbeit der überregionalen Fach-SRK's koordinieren. Das eigentliche staatliche Kontrollinstrument bildet das „Koordinierungsgremium", das „die Auffassungen über die Studienreform koordinieren, dieselbe fördern und beschleunigen und Dissense beseitigen" soll, die die Arbeit der untergeordneten SRK allzu oft verzögert haben. Koordiniert werden soll auf die gleichfalls von der KMK erlassenen „Grundsätze für die Erstellung von Studienordnungen", die Regelstudienzeit, Stundenzahl usw. im einzelnen bereits vorschreiben. Die in diesen Instanzen geschaffene klare staatliche Entscheidungskompetenz „eröffnet die Chance für einen entscheidenden Schritt in der Studienreform" (Schmude). Entsprechend schnell sind die „Ständige Kommission" und das „Koordinierungsgremium" nominiert und in Arbeit gesetzt worden.

Derweil schleppt sich die Konstituierung der überregionalen Fach-SRK's. Die KMK hatte im September 1977 beschlossen: „Im Rahmen der *Schwerpunktbildung* der überregionalen Studienreformarbeit sollen zunächst 17 Fachkommissionen eingesetzt werden, von denen wiederum sieben für die Fachrichtungen Zahnmedizin, Wirtschaftswissenschaft, Chemie, Bau-Ingenieurwesen, Elektrotechnik, Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Diplompädagogik mit erster Priorität bereits Anfang 1978 ihre Arbeit beginnen werden." Im Juni 1978 fordert Schmude zu zügiger Arbeitsaufnahme auf. Bis heute arbeiten lediglich die Kommissionen für Zahnmedizin, Wirtschaftswissenschaft und Chemie, für Psychologie und Biologie laufen die Nominierungsverfahren, für die weiteren Fächer hat die „Ständige Kommission" Arbeitsgruppen gebildet, die die Arbeit der Reformkommissionen vorbereiten sollen.

Um diese ist es bis auf gelegentliches Gekreisch der Reformisten und Revisionisten um irgendwelche Skandale bei der Berufungspolitik der Länder relativ „ruhig" geworden. Keineswegs heißt das Ruhe bei der Durchsetzung der Studienreform. Im Gegenteil zeichnet sich nach Schmudes „22 Orientierungspunkten" und den Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur „Differenzierung des Studienangebots" vom Januar 1979 klarer die Stoßrichtung bei der Durchsetzung der Durchrationalisierung und Intensivierung der Vernutzung der Arbeitskraft der besitzlosen Studentenmassen ab. Strikte Aufspaltung der Studiengänge mit „erstem berufsqualifizierendem Abschluß" nach 6 Semestern, Erhöhung der Semesterwochenstundenzahl z.B. bei Wirtschaftswissenschaft von noch teilweise 60 Stunden in 10 Semestern auf 110 Stunden in 6 Semestern, „Training multifunktionaler Fähigkeiten" wie z.B. die Fähigkeit zum „probeweisen Standpunktwechsel", aber auch zum „Mitschreiben von Vorlesungen und Protokollieren von Seminardiskussionen" – erzwungen über gesteigerten Prüfungsdruck usw. empfiehlt der Wissenschaftsrat. Seine Empfehlungen hat er vorgelegt für sechs Fächer, in denen mehr als 40% der westdeutschen und westberliner Studenten eingeschrieben sind, u.a. Germanistik, Erziehungs- und Wirtschaftswissenschaft. Nach Meinung der FAZ geht er dabei „bis an die Grenzen seines Auftrags", macht Druck für die beschleunigte „Verwirklichung der Empfehlungen", der er eigens ein Kapitel gewidmet hat. Die „Ständige Kommission" wird ein Ohr dafür haben. Die niedersächsische SRK für Mathematik/Physik ist z.B. bis 1980 ausgesetzt worden, um Empfehlungen des Wissenschaftsrats abzuwarten.

Gegenüber den weiter hartnäckig geführten Kämpfen der Studentenmassen gegen die ständigen Versuche zur Durchsetzung neuer Prüfungs- und Studienordnungen, die in den Fachtagungen der VDS und in Fachschaftskonferenzen auf Landesebene ein wachsendes Moment der Vereinheitlichung finden, ist der Apparat der 17 überregionalen und nochmal 11 mal sovielen landesweiten Studienreformkommissionen (allein in Niedersachsen sollen 30 gebildet werden) zu schwerfällig. Über eine Reihe von Kraftakten, koordiniert über die „Ständige Kommission", soll dem abgeholfen werden. Die Studentenmassen müssen sich auf große Auseinandersetzungen vorbereiten. Sie können das nur durch Steigerung ihrer gewerkschaftlichen Organisation.

Neuordnung von Studiengängen zu erarbeiten" haben.

Noch zwei Jahre später, Anfang 78, existiert keine einzige dieser überregionalen SRK. „Beträchtlichen Zeitdruck" konstatiert Bildungsminister Schmude kurz nachdem er ins Amt gehievt wurde, gerade um diesem Zustand ein Ende zu bereiten. Zentralisierung und Vereinheitlichung der Durchsetzung der Studienreform war notwendig geworden. Entsprechende Beschlüsse faßte die Kultusministerkonferenz (KMK) Ende 1977 in der „Vereinbarung über die Bildung gemeinsamer Studienreformkommissionen der Länder nach § 9 HRG", die über die Einrichtung der SRK hinaus zwei zentrale Instanzen vorsieht, die bald darauf ihre Arbeit aufnehmen sollten: die „*Ständige Kommission für die Studienreform*", bestehend aus 11 Vertretern der KMK, 11 der Hochschulen (7

von denen wiederum sieben für die Fachrichtungen Zahnmedizin, Wirtschaftswissenschaft, Chemie, Bau-Ingenieurwesen, Elektrotechnik, Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Diplompädagogik mit erster Priorität bereits Anfang 1978 ihre Arbeit beginnen werden." Im Juni 1978 fordert Schmude zu zügiger Arbeitsaufnahme auf. Bis heute arbeiten lediglich die Kommissionen für Zahnmedizin, Wirtschaftswissenschaft und Chemie, für Psychologie und Biologie laufen die Nominierungsverfahren, für die weiteren Fächer hat die „Ständige Kommission" Arbeitsgruppen gebildet, die die Arbeit der Reformkommissionen vorbereiten sollen.

Um diese ist es bis auf gelegentliches Gekreisch der Reformisten und Revisionisten um irgendwelche Skandale bei der Berufungspolitik der Länder relativ „ruhig" geworden. Keineswegs

worden, um Empfehlungen des Wissenschaftsrats abzuwarten.

Gegenüber den weiter hartnäckig geführten Kämpfen der Studentenmassen gegen die ständigen Versuche zur Durchsetzung neuer Prüfungs- und Studienordnungen, die in den Fachtagungen der VDS und in Fachschaftskonferenzen auf Landesebene ein wachsendes Moment der Vereinheitlichung finden, ist der Apparat der 17 überregionalen und nochmal 11 mal sovielen landesweiten Studienreformkommissionen (allein in Niedersachsen sollen 30 gebildet werden) zu schwerfällig. Über eine Reihe von Kraftakten, koordiniert über die „Ständige Kommission", soll dem abgeholfen werden. Die Studentenmassen müssen sich auf große Auseinandersetzungen vorbereiten. Sie können das nur durch Steigerung ihrer gewerkschaftlichen Organisation.

## Die KNS muß die wachsende Bewegung gegen Pestels Gebührenausplünderung organisieren

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben von der Kommunistischen Hochschulgruppe Hannover für die Universität Hannover, MHH, TiHO, MuHo, ev. FHS, Hochschule Hildesheim, FH Hildesheim/Holzminden

5. März 1979
Jg. 2 / Nr. 10

*wal.* Von vielen ASten, Vertretungsorganen und Vollversammlungen niedersächsischer Hochschulen gibt es Absichtserklärungen, die erhöhten Studentenwerksgebühren im nächsten Semester auf jeden Fall nicht zu zahlen und den landesweiten Boykott zu organisieren. Dies drückt die Tatsache aus, daß viele Studenten die Herabdrückung ihres Lebensstandards durch die BAFöG-Kürzungen und die staatliche Ausplünderung nicht mehr länger hinnehmen wollen und können.

Die niedersächsische Landesregierung versucht sich momentan auf diese Auseinandersetzung dadurch vorzubereiten, daß sie wilde Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Studenten derjenigen Hochschulen einleitet, die bereits den Boykott im Wintersemester aufgenommen haben. In einer Dienstanweisung sind die Hochschulverwaltungen angewiesen worden, die Rückmeldeunterlagen an die Studenten nicht auszuhändigen, die „ihre Beitragspflicht nicht erfüllt haben". Mit Erfüllung der Beitragspflicht ist gemeint, daß die erhöhten Gebühren des vergangenen Semesters geschluckt und bezahlt wurden. Inzwischen hat sich die Regierung durch Urteile des Landgerichts Osnabrück und des Oberlandesgerichts Lüneburg bestätigen lassen, daß eine Aufhebung der Koppelung von Bezahlen fürs vergangene Semester und die Rückmeldung juristisch nicht erzwungen werden kann. Mit diesem schmutzigen Manöver sollen vor allem die Studenten getroffen werden, die darauf angewiesen sind, ihre Studienbescheinigungen beim BAFöG-Amt, bei den Rentenversicherungen o.ä. einzureichen – die besitzlosen und mittellosen Studenten, die gerade die Hauptkraft dieser Bewegung bilden.

An der Hochschule für Musik und Theater haben 105 Studenten innerhalb von drei Tagen dem AStA eine Prozeßvollmacht ausgestellt, um zu verhindern, daß ihre Beiträge vom Sperrkonto des AStA an die Landesregierung überwiesen werden. 380 hatten ihre Beiträge auf dieses Konto gezahlt.

Das Ziel des Boykotts – Rücknahme der Beitragserhöhungen – kann nur durchgesetzt werden, wenn eine politische Front gegen die Landesregierung aufgebaut wird. Man muß festhalten, daß die notwendigen Maßnahmen zum Aufbau einer solchen Front durch die Konferenz niedersächsischer Studentenschaften (KNS) noch nicht beschlossen sind. Die KNS sollte zu Demonstrationen gegen die Ausplünderung der Studenten durch den Staat über die Studentenwerke und das BAFöG-Gesetz an den Hochschulorten aufrufen. In diesem Kampf können sich die Studenten gut mit der Arbeiterklasse in der Vorbereitung des 1. Mai verbinden.

*Bereits im Boykott befinden sich folgende Hochschulen: Uni Osnabrück*, hier haben 800 Studenten bei der ersten Zahlungsaufforderung Widerspruch eingelegt, nach der Ablehnung etwa 500 einen Klagebescheid. *Fachhochschule Osnabrück, Fachhochschule Hildesheim, Fb Sozialwesen*, hier boykottieren von 600 Studenten 450; *Hochschule für Musik und Theater Hannover*, 380 Studenten haben den Beitrag auf ein Sperrkonto eingezahlt. Der AStA der MuHo hat jetzt die Beiträge der Studenten, die dem AStA keine Klagevollmacht ausgestellt haben, an die Landesregierung überwiesen (3300 DM), da nur geschützt sei, wer sich im Rechtsstreit befindet. Eine Versammlung an der MuHo hat zum landesweiten Boykott aufgerufen. 105 Studenten haben dem AStA innerhalb von drei Tagen die Klagevollmacht erteilt. Die *FH Hannover, Abt. Kommunikationswesen und Produktgestaltung* hat den Boykott abgebrochen, da keine weiteren juristischen Schritte gegen die Zahlungsaufforderung möglich wären. An der *Universität und PH Göttingen* haben nach Auskunft des Amts 3000 noch gar nichts bezahlt und 1200 die Erhöhung boykottiert. An der *Uni Oldenburg* haben 1100 von 4500 Widerspruchsbescheide gegen die Erhöhung von 12 auf 20 DM abgegeben, 4000 haben die Erhöhung boykottiert. *Erklärungen für den landesweiten Boykott im Sommersemester haben abgegeben* AStA der Universität Hannover, der TU Braunschweig und der PH Braunschweig.

Die Studenten in Osnabrück sollen den Boykott Ende letzter Woche abgebrochen haben.

Weitere Boykottmeldungen: *TTU Clausthal:* 500 von 2800 Studenten haben die Erhöhung von 16,25 auf 20 DM boykottiert. *PH Hildesheim:* Die Beiträge werden verweigert. *PH Hannover:* Zum Wintersemester sollten erstmals Beiträge von 20 DM bezahlt werden, sie wurden gezahlt, für das Sommersemester ruft der AStA zum Boykott auf. *Uni Oldenburg:* Erhöhung der Beiträge von 12 auf 20 DM. 4500 Widerspruchsbescheide wurden abgegeben, 4000 Studenten boykottieren die Erhöhung.

## US-Truppenkonzentrationen in Westeuropa zur direkten Kriegsvorbereitung

*z.bew.* Die Zahl der im Ausland stationierten Truppen der US-Imperialisten ist 1978 um 11400 Mann gestiegen. Von 2,1 Millionen Soldaten sind 493800 im Ausland als Besatzertruppen stationiert. Dreiviertel dieser Truppen stehen in Westeuropa. Von diesen 330000 haben 234300 US-Soldaten ihren Standort in Westdeutschland. Um 16900 sind diese Besatzungstruppen in Westeuropa 1978 gegenüber dem Vorjahr aufgestockt worden, wobei 1977 schon 17900 US-Soldaten zusätzlich hierher verlegt wurden.

Während die US-Imperialisten durch den Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt gezwungen wurden, ihre Truppen aus einem Teil dieser Länder abzuziehen, und sich die strategische Lage für sie weiter verschlechtert, konzentrieren sie verstärkt Menschenmaterial und Waffen in Westeuropa für den zukünftigen Krieg der beiden Supermächte, der in diesem Gebiet entschieden wird.

In dem Bericht des US-Kriegsministers Brown für 1979 beginnt das Kapitel über die ,,Nationale Sicherheitspolitik'' mit dem Abschnitt ,,A. Westeuropa. Ein Ziel höchster Priorität für diese Regierung ist die Sicherung der Stabilität in dem entscheidenden europäischen Gebiet. Dazu hat der Präsident kurzfristige und längerfristige Programme vorgeschlagen, um die militärische Stärke der NATO zu erhöhen...''. Diese Programme bestehen zu der Aufstockung der Besatzungstruppen u.a. aus der Erhöhung der Anzahl der Panzer um 5000 und 18000 zusätzliche schwere Lenkraketen sowie 2000 neue Flugzeuge für die US-Streitkräfte in Europa bis 1983. Gleichzeitig werden die Transportmöglichkeiten so ausgebaut, daß bis 1983 statt bisher 1-2 Divisionen fünf Divisionen in 10 Tagen nach Europa verlegt werden können (eine Division umfaßt etwa 15000 Mann) und 60 statt bisher 40 taktische Luftschwadronen innerhalb einer Woche in Europa stationiert werden können.

Die weitgehende Verlagerung der militärischen Aufrüstung der US-Imperialisten war der zentrale Punkt in der Rede Carters zur Begründung des Verteidigungshaushalts für 1980, den er am 22. Januar dem amerikanischen Kongreß vorgelegt hatte: ,,Der Haushalt 1980 enthält eine Vielzahl von Programmen zur Verbesserung unserer konventionellen Kapazität. Diese Programme stärken die Streitkräfte, die vor nichtnuklearer militärischer Bedrohung gegen Westeuropa oder in anderen Gebieten abschrecken sollen oder für eine solche Reaktion bereitstehen. Diese Anstrengungen werden in Zusammenarbeit mit unseren NATO-Verbündeten ergriffen, und zwar als Teil eines langfristigen Verteidigungsprogramms, das auf dem NATO-Gipfel im Mai 1977 beschlossen wurde... Zu den für 1980 vorgeschlagenen Verbesserungen der Einsatzbereitschaft und Kampfkraft gehören: Aufstellung zusätzlicher motorisierter Infantrie- und Panzerbataillone bei unseren nach Europa orientierten Streitkräften; Erhöhung des Gerätebestandes, der in Europa eingelagert ist, um NATO-Verstärkung auszurüsten; Erhöhung der Einsatzbereitschaft von in Europa stationierten Kampfeinheiten und ausgewählten Kampfeinheiten in den Vereinigten Staaten; Erhöhung der Zahl der amerikanischen Geschütze in Europa um ein Drittel und Dislozierung zusätzlicher Panzerabwehrwaffen ...''. So die Prioritäten, die Carter in seiner Rede festlegt. Um dieses Programm der Kriegsvorbereitung zu finanzieren, wollen die US-Imperialisten ihren Kriegshaushalt bis 1983 von gegenwärtig 126 Mrd. $ auf 172,7 Mrd. $ erhöhen. Gegenüber 1972, dem Höhepunkt des Indochinakrieges der US-Imperialisten, wird damit der Militärhaushalt um 130% gesteigert.

**US-Besatzungstruppen im Ausland** (Stand: Ende 1978)

| Länder | Stärke | Veränd. 1978 | Länder | Stärke | Veränd. 1978 |
|---|---|---|---|---|---|
| Europa | 330000 | + 16900 | Taiwan | 800 | – 200 |
| | | | Australien | 700 | keine |
| Westdeutschland | 234300 | + 9800 | Midway | 400 | – 400 |
| Großbritannien | 22300 | + 1800 | Andere Länder | 200 | – 500 |
| Italien | 12100 | + 1900 | 7. Flotte | 25900 | – 2900 |
| Spanien | 8800 | – 200 | Lateinamerika | 15500 | – 400 |
| Türkei | 4800 | – 100 | Panama-Kanalzone | 9200 | + 200 |
| Griechenland | 3700 | + 300 | Puerto Rico | 4000 | – 500 |
| Island | 2800 | keine | Guantanamo (Kuba) | 2300 | – 100 |
| Niederlande | 2200 | + 100 | Andere Gebiete | 10000 | – 2300 |
| Belgien | 2000 | keine | Bermuda | 1300 | – 200 |
| Portugal | 1400 | keine | Diego Garcia | 1200 | + 100 |
| Andere Länder | 800 | + 200 | Iran | 900 | keine |
| 6. Flotte | 34800 | + 3100 | Kanada | 700 | keine |
| Pazifik/Fernost | 138300 | – 2800 | Saudi-Arabien | 400 | keine |
| Japan/Okinawa | 45900 | – 300 | | | |
| Südkorea | 41600 | + 1500 | | | |
| Philippinen | 14400 | + 400 | | | |
| Guam | 8400 | – 400 | Gesamt | 493800 | + 11400 |

## Neue Maßnahmen zur Ausrichtung der britischen Besatzerarmee in Norddeutschland

*r.huh.* Im Brüsseler Vertrag von 1948 hat sich die westdeutsche Bourgeoisie ausdrücklich der britischen Besatzungstruppen als einer konterrevolutionären Eingreifreserve im nordwest- bzw. norddeutschen Raum versichert.

Die britischen Besatzungstruppen umfassen seit 1948 rund 55000 Mann Heeresverbände der sogenannten ,,Rheinarmee'' sowie eine 3000 Mann starke Infanteriebrigade in Westberlin. ,,Die britische Rheinarmee stellt ständig ungefähr 4000 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften als Sicherheitskräfte für Nordirland'' (Europäische Wehrkunde 2/79). Das ganze kollidiert nicht mit der Funktion dieser Besatzertruppe als konterrevolutionäre Eingreifreserve im nordwest- bzw. norddeutschen Raum, im Gegenteil: Etwa ein Viertel des 1. Britischen Korps liegt direkt im Ruhrgebiet sowie an seinem Ostrand. Zwei Viertel verteilen sich auf dem bis ostwärts Hannover reichenden Industriegürtel (Münster, Osnabrück). Ein Viertel liegt zwischen Hannover und Bremen. Die Masse der britischen Besatzungstruppen war und ist somit so verteilt wie jene konterrevolutionären Freikorps- bzw. Reichswehreinheiten, die 1920 aus jenen Räumen heraus die Rote Ruhrarmee niedergeschlagen haben.

Bis 1976 dominierte diese Zweckbestimmung die Gliederung, die Ausrüstung, den Ausbildungsstand und die taktischen Grundsätze des 1. Britischen Korps: nur dem Namen nach hatte es drei Panzerdivisionen. In Wirklichkeit, sei ,,es berechtigt, von der britischen Panzertruppe als einer Kampfunterstützungstruppe der Infanterie zu sprechen'' ,,Kampftruppen' 5/78). Von daher seien beide Truppengattungen im Hinblick auf die Panzerschlacht um Europa ,,hoffnungslos unterlegen'' (ibid.). Den BRD-Imperialisten ist aber alles daran gegen, die Angelegenheit *nicht* alleine auszutragen. Die jetzt abgeschlossene Umgliederung des 1. Britischen Korps trägt diesem Interesse Rechnung. Jetzt sind aus den 3 Panzerdivisionen 4 tatsächliche gemacht worden, die der ,,Vorneverteidigung''entsprechen: die Kampfpanzer, Schützenpanzer und Panzerabwehr aller Art wurden modernisiert und die Stückzahl erhöht. Zum Zwecke größerer ,,Beweglichkeit'' wurden die Kommandoebenen gestrafft, die Divisionen verkleinert – d. h. der Zugriff der Offiziere auf die Mannschaften verstärkt. Die Panzertransportfahrzeuge wurden vollständig überholt, ,,um im Notfall Panzer schnell nach vorn zu schaffen'' (Europäische Wehrkunde 2/79).

Auch die Fähigkeit zum Bürgerkriegseinsatz des 1. Korps wurde verbessert: Es wurde ein brigadeähnlicher Großverband (,,5th Field Force'') gebildet, der speziell für ,,Operationen in Stadtgebieten'' eingesetzt werden kann und die entsprechende Ausrüstung hat. So v. a. einen in Nordirlandeinsätzen erprobten ,,Spähpanzer''. Im wesentlichen ist diese Bürgerkriegsformation im Großraum Osnabrück gebildet worden. Ihr Hauptquartier befindet sich ebenfalls in Osnabrück, was mit rund 5500 Besatzungssoldaten (einschließlich Familien: 12000) die ,,größte Militärgarnison der Engländer in der Welt überhaupt ist'' (NOZ, 20.1.79).

## Wachsende Personalprobleme der britischen Imperialisten mit ihrer Söldnerarmee

*z.hef.London.* Die Personalprobleme der britischen Imperialisten mit ihrer Söldnerarmee wachsen. In dem vor zwei Wochen veröffentlichten Verteidigungsweißbuch heißt es: ,,Die Gesamtzahl der Männer und Frauen, die die Streitkräfte 1978/79 verließen, umfaßt einen ungewöhnlich hohen Anteil von Abgängen aus erfahrenen und hochqualifizierten Bereichen auf Grundlage von Anträgen auf freiwillige vorzeitige Entlassung.'' Zwischen 3 und 22 Jahre (nach der Ausbildungszeit zwischen 6 und 12 Monaten), meistens auf neun Jahre wird der zukünftige Söldner verpflichtet. Nach der Mindestdienstzeit von drei Jahren darf er mit 18 Monaten Ankündigung ,,kündigen'' – vorausgesetzt, er zahlt eine nach Dienstgrad und fehlenden Jahren gestaffelte Ablösesumme, die in die Tausende gehen kann. Trotzdem steigt die Zahl derjenigen, die das dem weiteren Dienen für die britische Finanzbourgeoisie vorziehen. Im Finanzjahr April 1977 bis März 1978 waren es allein im Landheer bereits über 5000, und seitdem ist ihre Zahl noch gestiegen.

Das Weißbuch versucht, Trost zu vermitteln: Wenn die angestrebten Rekrutierungszahlen auch wiederum nicht erreicht würden, könne man mit erhöhten Rekrutierungszahlen rechnen, 43000 im laufenden Finanzjahr statt 38000 im vorigen. Ein genauer Blick auf die Rekrutierungszahlen April 1978 bis Dezember 1978, die dieser Voraussage zugrunde liegen, zeigt:

Bei den *erwachsenen* Soldaten (ohne Offiziere) ist die Zahl der Neuanwerbungen nur sehr gering gestiegen, von 10051 auf 10431, also um 380 oder 3,8%. Die Zahl der neu geworbenen *unter 17½ Jahren* stieg von 14477 auf 17742, also 3265 oder 22,6%. Die Zahlen zeigen vor allem, daß die staatlichen ,,Jobfinder''-Ämter und Rekrutierungsbüros erfolgreich als Preßgangs gewirkt haben, ändern aber wenig an den *aktuellen* Schwierigkeiten der britischen Imperialisten. ,,Es wird wahrscheinlich zu wenig Soldaten für einige Bereiche der königlichen Marine (...), für die Rekrutierung von erwachsenen und Junior-Soldaten (des Landheeres) und in einigen Schlüsselbereichen der Technik und Logistik der Königlichen Luftwaffe geben'', heißt es in dem Weißbuch. Es fehlen vor allem die technisch ausgebildeten Soldaten aus der Arbeiterklasse, das geht bis zu den Offiziers-Luftwaffenpiloten. Mit angekündigten Solderhöhungen von 20 bis 30% ab April, zu deren Festlegung eine spezielle Kommission eingesetzt wurde, soll der Kündigungswelle jetzt Einhalt geboten werden. Nach dieser ,,Wiederherstellung vergleichbarer Zahlungen'', heißt es im Weißbuch, ,,hofft die Regierung, daß die normalen Abgangszahlen wieder erreicht werden. Es ist aber zu früh, die künftige Tendenz abzuschätzen.'' Den Imperialisten schwant, daß die Zahlung nur eine untergeordnete Rolle spielt. Wir haben einen Offizier gefragt, der sich selbst freigekauft hat. ,,Der Hauptgrund ist der Einsatz in Nordirland. Ich selbst war zweimal da, und sollte jetzt wieder hin.'' Das sei bei den meisten, die vorzeitig gehen, der Grund, sagt er. 8000 Soldaten sind auf 18-Monats-Aufenthalten, jeweils 7000 auf 4-Monats-Aufenthalten, fast alle aus Standorten in Westdeutschland.

Das Besatzerdasein wiegt den zersetzenden Einfluß des Irlandeinsatzes auf die Moral nicht auf. ,,Es sind die Viermonatssoldaten, die am meisten unter dem Druck leiden. Ihr Feind ist der Guerilla, der dieselbe Sprache spricht, dieselbe Hautfarbe hat und in vielen Dingen nicht unterscheidbar vom britischen Landsmann ist'', schreibt die Zeitschrift ,,Economist''.

## NATO: Hektische Verhandlungs- und Erpressertätigkeit gegen Griechenland und die Türkei

*z.rua.* Noch wenige Monate vor seinem geplanten Wechsel in höhere Gefilde der US-Politik entwickelt der seit September 1974 amtierende NATO-Oberbefehlshaber Haig rege Verhandlungstätigkeit. Verhandlungsgegenstand: die seit 1974 zerrüttete NATO-Südostflanke und ihre Reorganisierung.

Am 2. März empfing Haig in Neapel, dem NATO-Hauptquartier für Südeuropa und Heimathafen der 6. US-Flotte den griechischen Oberbefehlshaber Davos, um mit ihm die ,,Schwierigkeiten der Reorganisierung'' auszuräumen. Griechenland, das 1974, nach dem Krieg um Zypern und dem Sturz der Militärjunta seine NATO-Mitgliedschaft suspendiert hatte, soll wieder voll in die Pflicht genommen werden. Einigung zwischen Haig und Davos wurde nicht erzielt. Griechenland fordert die eigene Nutzung und Kontrolle der auf seinem Territorium befindlichen Land-, Luft- und Seestützpunkte. Zwei Tage nach der Konsultation mit Haig wurde Davos nach Washington zitiert. Auch hier ist Verhandlungsgegenstand die Wiederbelebung und verstärkte Nutzung der auf griechischem Territorium stationierten US-Militärbasen. Gegenleistung: 160 Mio. Dollar in Aussicht gestellte US-Militärhilfe. Über Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen ist noch nichts bekannt.

Etwa zur gleichen Zeit kündigte Haig seinen Besuch in Ankara an. Die Türkei, die sich noch immer der vom IWF und dem ,,EG-Hilfsprogramm'' diktierten Bankrotterklärung widersetzt, soll ebenfalls an ihre Bündnispflichten erinnert werden. Schließlich sind trotz der Aufhebung des US-Waffenembargos erst vier der insgesamt 26 US-Militärstützpunkte auf dem Territorium der Türkei wieder in Betrieb, und selbst auf deren Kontrolle macht die Türkei ihren Anspruch geltend. Vor allem aber darf sich auf keinen Fall wiederholen, daß die Türkei – obwohl Mitglied der NATO und des CENTO-Paktes – wie im Februar dieses Jahres die Anlandung von US-Marines auf dem Weg in den Iran verweigert. Eile ist geboten.

Der erfolgreiche Befreiungskampf des iranischen Volkes und der standhafte Kampf der arabischen Nation gegen die imperialistischen Spaltungs- und Aggressionspläne schnüren die Imperialisten in ihrem Aktionsradius zunehmend ein. Das strategische Hinterland für ihre Kriegsvorbereitung um Europa droht, abgekappt zu werden.

Gleichzeitig verzeichnet die sozialimperialistische Supermacht Pluspunkte in ihrem strategischen Aufmarsch nach Westeuropa. Breschnew würdigte in seiner Wahlkundgebung am 2. März die ,,Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen'' mit Griechenland und der Türkei. Die wirtschaftliche Strangulierung beider Länder nutzen die Sozialimperialisten, um sich selbst besser ins Geschäft zu bringen. Im Herbst 1978 hat die UdSSR Griechenland einen Vertrag über Reparatur und Dienstleistung an sowjetischen Schiffen im Hafen Eleusis, der bis 1974 Domäne der US-Imperialisten war, abgenötigt.

Gegenwärtig führen die Sozialimperialisten umfangreiche Truppenbewegungen in Bulgarien durch. Sie stacheln ihre bulgarischen Vasallen an, zu behaupten, eine mazedonische Nationalität gäbe es nicht, sondern nur Bulgaren, und so Konflikte mit Jugoslawien und Griechenland zu schüren. Die griechischen Provinzen Mazedonien und Thrakien sind der anfälligste Teil der NATO-Südostflanke. Gelingt den Sozialimperialisten hier der Durchbruch, können sie ihren aus dem Schwarzen Meer nachrückenden Flottenverbänden den Weg durch den Bosporus und die Dardanellen freischießen.

Die NATO-Imperialisten sind hektisch bemüht, ihre Südostflanke zu reorganisieren. Vor 1974 hatten sie sie sicher im Griff. Seit 1947 haben die US-Imperialisten mit der ,,Truman-Doktrin'' in die Belange der Mittelmeerstaaten eingegriffen. 1952 traten Griechenland und die Türkei der NATO bei. Seither sind rund 10 Mrd. Dollar von den US-Imperialisten in den Ausbau von Radar-, Wetterbeobachtungsstationen, Tiefwasserhäfen, Luftstützpunkten und Schießplätzen geflossen. Die US-Imperialisten haben in Griechenland die Militärjunta gegen die Völksmassen in die Welt gesetzt und sie gepäppelt. Sie haben zwischen Griechenland und der Türkei den Krieg um Zypern angezettelt, um ihren Einfluß zu vertiefen. Sie finanzieren nach wie vor das UN-Kontingent auf Zypern und betreiben mit ihren Vorschlägen für eine ,,friedliche Lösung des Zypern-Konflikts'' die Verewigung ihrer Kontrolle und Herrschaft über diese Region.

Die Einmischungsversuche der US-Imperialisten werden von der zypriotischen Regierung zurückgewiesen. Griechenland und die Türkei halten daran fest, daß die Konflikte auf Zypern von den zypriotischen Volksmassen selbst gelöst werden sollen. Die strittigen Fragen zwischen Griechenland und der Türkei sollen ebenfalls auf dem Verhandlungswege ausgeräumt werden. Übereinstimmung besteht bereits über einen Nichtangriffspakt zwischen der Türkei und Griechenland. Beide Länder sind entschlossen, gemeinsam mit den anderen Mittelmeeranrainerstaaten für den Abzug aller fremden Mächte einzutreten.



Arbeiter und Studenten 1973 vor dem Polytechnikum in Athen. Zu ihren Hauptforderungen im Kampf gegen die Junta gehören: ,,Raus aus der NATO!'' – ,,Amerikaner raus!''

## Streik gegen kapitalistische Rationalisierung bei der französischen Post

*z.sie.Paris.* Ausgehend vom Postverteilerzentrum Trappes weitet sich der Streik der französischen Postarbeiter seit dem 20.2. aus: sieben von neun „Zentren“ im Raum Paris, insgesamt 14, sind im Streik. Die Bourgeoisie reagiert hektisch auf diese Streikbewegung: täglich neue Polizeieinsätze. Wiederbesetzung der Zentren nach



Abzug der Polizei und Ausweitung der Streikaktionen ist die Antwort der Postarbeiter. Die inzwischen vereinheitlichten Forderungen sind: 500 Franc (220 DM) Lohnerhöhung, 30-Stundenwoche bei Nacht- und Spätschichtarbeit, 35-Stundenwoche bei Normalschichtarbeit an fünf Arbeitstagen, Neueinstellungen. Seit 1969 hat die französische Bourgeoisie umfassende Rationalisierungen und Lohnsenkungen bei der Post durchgesetzt: Mit einer um 12,2% vergrößerten Belegschaft wurde der Nettoumsatz von 1969 bis 1976 um 175% gesteigert. In den Verteilerzentren stieg der Umsatz bei Eilbriefen um 40,9%, Paketen um 35,2%, Einschreiben um 33,4%. Aus ganz Frankreich wurden meist junge Arbeitskräfte in automatische Zentren gekarrt. Unter Kasernenbedingungen wohnen sie zusammengepfercht in „Wohnheimen“. Nach Auskunft der Gewerkschaft CFDT beträgt der Einstellungslohn umgerechnet 1050 DM, der Höchstlohn 1720 DM brutto. Der durchschnittliche Nettolohn liegt bei 1150 DM. Die Postarbeiter „fahren“ durchweg unterbelegt; haben sie Luft, werden sie sofort an andere Bänder getrieben. Seit Monaten kämpfen die Postarbeiter dagegen; im Herbst konnten sie in Pontoise Neueinstellungen durchsetzen. Für Mitte März sind einheitliche Streikaktionen geplant. „Der Staat muß seine Lebensweise einschränken“, hat Giscard d'Estaing nochmals letzte Woche betont. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bekämpfen die Rationalisierungen und Lohnsenkungen: Die Eisenbahner haben in der letzten Woche für 1½ Tage gestreikt. Die 78000 Finanzbeamten treten vom 12. bis 22.3. für Neueinstellungen in den Streik.

## CSSR: Widerstand der Arbeiter gegen den „Energienotstand“

*z.pek.* Die wachsende Abhängigkeit der CSSR von den Energieimporten aus der Sowjetunion hat in diesem Winter zu einem weitgehenden Zusammenbruch der Energieversorgung des Landes geführt. Insbesondere bei Steinkohle, Erdöl und Erdgas ist die CSSR weitgehend auf die Lieferungen der Sozialimperialisten angewiesen. Mit der vor kurzem fertiggestellten 750-Kilovolt-Verbundleitung hat die Sowjetunion ihren Zugriff auf die Stromproduktion der CSSR weiter verschärft.

Im Februar mußte die Stromversorgung drastisch eingeschränkt werden. In der Stahlindustrie wurden die Hochöfen stillgelegt. Als unerwünschte Wirkung ihrer eigenen Plünderpolitik mußten die Sozialimperialisten auf die Früchte der Ausbeutung zahlreicher tschechoslowakischer Arbeiter verzichten. In der gesamten Industrieproduktion wurde von Dreischicht- auf Einschichtbetrieb umgestellt. Die Schulen wurden für drei Wochen geschlossen, die Straßenbeleuchtung auf kriegsmäßige Verdunkelung reduziert und das Fernsehprogramm auf zwei bis drei Stunden täglich beschränkt.

Während die tschechoslowakischen Revisionisten versuchen, den „Energienotstand“ mit „Witterungsunbilden“ zu rechtfertigen, haben sie gleichzeitig unter dem Vorwand des Energiesparens den Arbeitstag massiv verdichtet, bei späterem Arbeitsbeginn die Poren und Leerzeiten beseitigt und ihn in die Nacht ausgedehnt. Unter dem Motto „Nachholen der Produktionsausfälle“ werden Überstunden, Nacht- und Wochenendarbeit verordnet. Insbesondere die Bergarbeiter in den Kohlerevieren sollen durch verschärfte Schweißauspressung die Rechnung für die „Schwierigkeiten in der energetischen Bilanz“ zahlen. Das machen die Bergarbeiter nicht mit. Sie haben Anfang Februar in den Kohlerevieren gerade die auch sonst vorgesehene Menge gefördert. Im Tagebaurevier Sokolov wurde der Plan für den Kohleabbau gar nicht erst erfüllt.

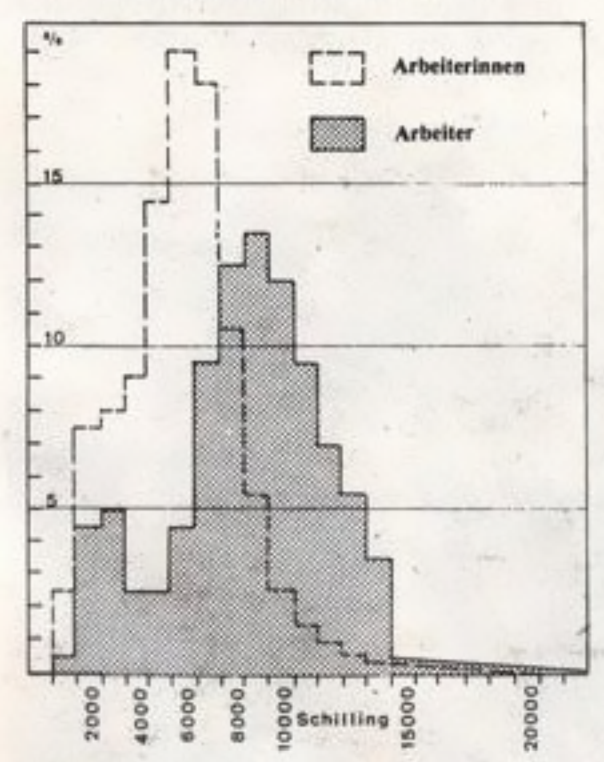
In ironischen Witzen drückt sich die Verachtung und der Protest der tschechoslowakischen Volksmassen gegen die Ausplünderung des Landes durch die Supermacht aus: „Dreißig Jahre RGW geteilt durch zwei kalte Tage ist gleich Alarmstufe fünfzehn.“

Stunden täglich beschränkt.

## Österreich: SPÖ für Gleichbehandlung bei der Lohnsenkung

*z.lik.Wien.* Aufgrund des niedrigen Lohns des Mannes ist derzeit in Österreich jede zweite Frau gezwungen, ihre Arbeitskraft ganztägig an die Kapitalisten zu verkaufen. 1977 verdienten 50% der Arbeiterinnen weniger als 5462 Schilling (770 DM), 50% der Arbeiter verdienten weniger als 8681 Schilling (1200 DM). Kurz vor den Nationalratswahlen biedert sich die SPÖ der Arbeiterbewegung an mit einem

Lohnverteilung in Österreich, 1977




Gesetzentwurf zur „Beseitigung der Diskriminierung der Frau bei der Entlohnung“: „Diskriminierung ist jede benachteiligende Differenzierung, die ohne sachliche Rechtfertigung vorgenommen wird.“

Abgesehen davon, daß für den Kapitalisten, wo es um seinen Profit geht, *alles* sachlich zu rechtfertigen ist, geht es darum, daß aus den Kollektivverträgen die gesonderten niedrigen Lohngruppen für Frauen verschwinden sollen. Gleichbehandlung in der Lohnsenkung, meint der Kapitalist. Das genau verlangt die Exportoffensive. Die österreichischen Kapitalisten haben diese Taktik bereits vorbereitet.

Die Elektrobranche gibt ein Beispiel: Im „Wirtschafts- und Sozialstatistischen Handbuch für 1977“ findet man als durchschnittlichen Wochenlohn der männlichen ungelernten Akkordarbeiter für 1976 2170 Schilling (310 DM), 1977 dagegen nur 1760 Schilling (250 DM). Während der Lohn der Arbeiter um 410 Schilling abnimmt, weist die Statistik der Arbeiterinnenlöhne eine „Steigerung“ um 43 Schilling aus. (Durchschnittslohn pro Woche: 230 DM)

Zuerst haben die Kapitalisten zunehmend Frauen eingestellt, um den Facharbeitereckiohn einzureißen, dann diese entlassen und Arbeiter, Facharbeiter wie ungelernte, durch Abgruppierung in die untersten Lohngruppen gedrückt. Um die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen solche dauernden Lohnsenkungen zu spalten und zu fesseln, haben die Sozialdemokraten der SPÖ eine „Gleichbehandlungskommission“ vorgesehen. Die Arbeiter sollen ihre Klasseninteressen abtreten an die Kommission, die zu 90% aus Kapitalistenvertretern besteht.

## Fiat Grottaminarda/Süditalien: Die Arbeiter kämpfen um den Aufbau der Einheitsgewerkschaft

*z.ulg.Rom.* Letzten Mittwoch vormittag, vor dem neuen Autobuswerk der vom Fiat-Konzern kontrollierten IVECO im Utifa-Tal bei Grottaminarda in Süditalien, 100 km landeinwärts von Neapel. Ein Dutzend uniformierter Werkschutzmänner „bewacht“ das Tor, eine kleine Truppe der Carabinieri hält sich im Hintergrund bereit. Der Grund für die „Aufmerksamkeit“: Drinnen ist Betriebsversammlung.

Eine wichtige Versammlung. Denn innerhalb von einer Woche sind hier zwei Streiks gegen die Versuche der Fiat-Kapitalisten, den Aufbau der Gewerkschaftsorganisation im Ansatz zu unterdrücken, gescheitert: an den Erpressungen der Geschäftsleitung und an der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung selbst.

Am 23.2., einem Freitag, hat der Werkschutz am Tor Flugblätter mit den Tarifforderungen des Einheitsverbandes der Metallarbeiter FLM beschlagnahmt. Bereits in den Wochen zuvor hatte eine eigens zu diesem



1974: Demonstration im Utifa-Tal für den Bau des neuen Buswerks

Zweck „eingestellte“ Schlägertruppe Arbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre tätlich angegriffen. Jetzt reicht es: die ganze Schicht, 350 Mann, tritt in den Streik. Für den folgenden Montag ruft die FIOM, die Metallergewerkschaft des größten Gewerkschaftsbundes CGIL, erneut zum Streik auf.

Über das Wochenende gehen Abteilungsleiter und Funktionäre der katholischen Gewerkschaft CISL in den umliegenden Dörfern von Haus zu Haus, um die Arbeiter einzeln einzuschüchtern. Nur wenige, meist zurückgekehrte Emigranten, haben hier gewerkschaftliche Erfahrung. In der Landwirtschaft – hauptsächlich werden Tabak und Zuckerrüben angebaut – herrscht seit je kleines und mittleres Eigentum vor. Im Unterschied zu anderen Gegenden des Südens fehlt die Tradition der großen Kämpfe gegen die Agrarier.

Weit und breit gibt es außer der Fiat keinen größeren Betrieb. Und Fiat hat viele nur auf „Empfehlung“ des christdemokratischen Abgeordneten, des Bürgermeisters oder des Pfaffen eingestellt. Der stellvertretende Personalchef von Fiat, der die Kapitalisten in der Vermittlungskommission des Arbeitsamtes vertritt, ist zugleich stellvertretender Bürgermeister von Grottaminarda.

Die Erpressung wirkt. Nur eine Handvoll Arbeiter legen am Montag die Arbeit nieder. Die CISL gibt ein Flugblatt heraus: „Das Datum des 26. Februar repräsentiert die Geburt der Bewegung der Metallarbeiter des Ufita-Tals.“ Das Datum des gescheiterten Streiks! Und weiter: „Endlich haben wir die Aufwiegler der Unordnung und Gewalt in unserem Betrieb isoliert.“

Am darauffolgenden Donnerstag, morgens früh um drei, verhaften die Carabinieri den Arbeiter Pezzella, Vertrauensmann der FIOM. Er soll bei dem Streik am Freitag einen Abteilungsleiter verprügelt haben. In der Nachmittagsschicht beginnen die Arbeiter der Lackiererei, Pezzellas Abteilung, mit dem Streik. Rasch schließen sich die anderen Arbeiter an. Auf dem Werksgelände wird ein Umzug organisiert.

Doch erneut gelingt es der Geschäftsleitung, die Fortsetzung des Streiks in der Frühschicht am Freitag zu verhindern. Um die Verständigung der Arbeiter zu erschweren, hat sie zu Arbeitsbeginn für eine halbe Stunde die Verbindungstore zwischen den einzelnen Abteilungen abschließen lassen.

Jetzt also die Versammlung. Um die Spaltung zwischen den verschiedenen Richtungsverbänden zu überwinden, ist ein nationaler Sekretär der Einheitsgewerkschaft FLM gekommen. Am Dienstag abend ist Pezzella „mangels Indizien“ freigelassen worden. Aber die Werksleitung hat ihn „vorsichtshalber“ für fünf Tage „suspendiert“ und ihn nicht in den Betrieb gelassen.

11.20 Uhr. Die Versammlung ist zu Ende. Erst nur einzelne, aber dann kommen immer mehr Arbeiter in ihren blauen Arbeitsanzügen aus dem Betrieb. Einstimmig ist ein zweistündiger Streik beschlossen worden, ähnlich wird am Nachmittag die Versammlung der zweiten Schicht entscheiden: gegen die beabsichtigte Entlassung Pezzellas, für den sofortigen Aufbau eines einheitlichen Fabrikrats, für betriebliche Forderungen.

Welche? Wir fragen den Vertrauensmann, dem vor zwei Wochen die Gewerkschaftsflugblätter abgenommen worden sind. Er berichtet: Im einzelnen sind die Forderungen noch nicht genau festgelegt, aber einige Hauptpunkte stehen fest. Zunächst die Eingruppierung. Der größte Teil der Arbeiter ist in Lohngruppe I, der niedrigsten, seit Juni. Dabei schreibt der nationale Tarifvertrag verbindlich vor, daß Produktionsarbeiter spätestens nach vier Monaten nach Lohngruppe II aufgruppiert werden müssen. Im Norden ist die Masse der Metallarbeiter in den Lohngruppen III und IV. Der Unterschied macht immerhin fast 30000 Lire (65 DM) im Monat aus.

Weil der Lohn nicht reicht, kann die Geschäftsleitung Woche für Woche einen Teil der Arbeiter, 10 bis 20% der Belegschaft, zu Überstunden am Samstag zwingen. Gegen Unfälle und Gesundheitsschäden sind selbst die elementarsten Vorkehrungen nicht getroffen. Der Vertrauensmann hat früher im Fiat-Buswerk in Cameri in Norditalien gearbeitet, von wo demnächst die gesamte Busfertigung nach Grottaminarda verlegt werden soll. Mit 1020 Arbeitern will Fiat hier die gleiche Stückzahl produzieren wie in Cameri mit 1200. Schon jetzt sind die Vorgabezeiten niedriger als im Norden, und das, obwohl es z.B. am notwendigsten Werkzeug an allen Ecken und Enden fehlt.

Als „Frucht des Kampfes für Investitionen im Süden“ stellt uns der Provinzsekretär der FIOM das neue Werk vor. Tatsächlich: Es hat in allen Konzernbetrieben Streiks gegeben, Demonstrationen hier in der Gegend, daß das neue Buswerk im Süden gebaut werden soll, wo die Arbeitslosigkeit am höchsten ist. Und im Juli 1977 hat das Automonopol der FLM den Bau „zugesagt“. Bei der Gelegenheit haben die reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsführer gleich mit „durchgesetzt“, daß für Grottaminarda ein „Experiment“ mit dem „6×6“-System“ ins Auge gefaßt werden soll: also eine Arbeitszeit„verkürzung“ auf 36 Stunden in der Woche, aber im Dreischichtbetrieb mit sechs Stunden täglich an sechs Werktagen, einschließlich Samstag.

„Das erste Ziel von IVECO“, schreiben die Fiat-Kapitalisten in ihrem letzten Geschäftsbericht, „war, eine gemeinsame europäische Front zu bilden, um der Herausforderung der anderen Industrieländer (besonders der USA) auf allen Märkten einschließlich Europa zu begegnen.“ Mit gnadenloser Ausbeutung, gerade hier im Süden, wo die Gewerkschaftsbewegung am schwächsten ist, soll die Profit-„Herausforderung“ bestanden werden.

Eine „gewisse Fremdheit gegenüber den konkreten Problemen der Arbeiter“ geben jetzt auch die revisionistischen Funktionäre der FIOM als Ursache für das zweimalige Scheitern des Streiks zu. Tatsächlich ist es so: Ihre Linie der „Lohnmäßigung für Investitionen“ schwächt die kampfstarken Belegschaften des Nordens ebenso, wie sie im Süden dem Generalangriff der Kapitalisten zur Spaltung und Zerschlagung der Gewerkschaften selbst den Weg bereitet.

### Militärische Erfolge des eritreischen Volkes

*z.erm.* Voreilig hat die äthiopische Regierung am 15. Februar die vom sudanesischen Präsidenten Numeiri angestrengten Verhandlungen über die Unabhängigkeit Eritreas mit der Erklärung abgebrochen, die Frage sei „bereits militärisch gelöst.“ Alle Versuche des Sudan, in der Eritrea-Frage erfolgreich zu vermitteln, sind bisher an der Weigerung Menghistus, die Befreiungsorganisationen EPLF und ELF als legitime Vertreter des eritreischen Volkes anzuerkennen, gescheitert. Derweil hat das äthiopische Militärregime mit seinen unter sowjetischem Kommando stehenden und mit kubanischen Söldnern verstärkten Truppen die im November eingeleitete Offensive gegen Eritrea fortgesetzt. Von einer „militärischen Lösung“, wie sie sich die Sozialimperialisten und das von ihnen abhängige Menghistu-Regime erhoffen, kann jedoch keine Rede sein. Die eritreischen Befreiungskräfte hatten sich Anfang des Jahres aus den vom Feind besetzten östlichen Gebieten vorübergehend in die befreiten Gebiete zurückgezogen, um ihre militärische Stärke zu erhalten und eine Gegenoffensive vorzubereiten. Diese Taktik hat sich als vollständig richtig erwiesen. Im Norden, Süden und Osten des Landes konnten die Kämpfer der eritreischen Befreiungsorganisationen jetzt den Söldnertruppen schwere Schläge versetzen. Insgesamt haben sie seit Januar mehr als 8650 feindliche Soldaten getötet und verwundet, 1073 gefangengenommen und zahlreiches Kriegsmaterial erbeutet.

### Vormarsch der Frolinat nicht zu stoppen

*z.jon.Paris.* Die Lage der französischen Besatzungstruppen im Tschad wird immer ungemütlicher. Am 6.3. konnten sie nur mit Mühe die strategisch wichtige Stadt Abéché gegen die Truppen der Befreiungsfront Frolinat halten. Die Stadt Arada mußten sie räumen. In Moussaro, in einem bisher für sie „sicheren Gebiet“, fielen am gleichen Tag zwei französische Soldaten. Die Frolinat ist jetzt in der Hauptstadt N'Djamena selbst mit einer starken Delegation vertreten, die „wachsende Popularität“ genießt (Le Figaro). Die Kolonialtruppen haben sich dagegen in einen mit Schützengräben befestigten Teil der Stadt zurückgezogen, in den täglich Verstärkungen eingeflogen werden. Die Festung wird fast jeden Tag von tschadischen Truppen beschossen. – Nachdem sie in 13 Jahren die Frolinat nicht schlagen konnten, streben die Imperialisten jetzt die Teilung des Tschad an. Dem diente auch der „Bürgerkrieg“, den sie im Februar zwischen ihren Marionetten Habré und Malloum angezettelt hatten und mit dem das Zentrum und der Süden des Tschad in zwei schwache Teilstaaten unter französischer Herrschaft gespalten werden sollten. Der anhaltende Vormarsch der Frolinat macht auch diese Pläne zunichte. Mit der Unterstützung der afrikanischen Nachbarstaaten hält die Frolinat daran fest, daß die nationale Einheit des Tschad erhalten bleibt und die Besatzertruppen abziehen müssen.

### Indische Jutearbeiter beenden Streik mit Siegesfeier

*z.rül.London.* Mit einer Siegesfeier am 23.2. in Kalkutta begingen die 220000 Jutearbeiter in Westbengalen (Nordostindien) den Abschluß ihres 49-tägigen Streiks. Die Ergebnisse sind: ab 1.2. Lohnerhöhung von 65,27 Rupien

# Algerischer Gewerkschaftsverband: Interessen der Arbeiter und nationalen Aufbau verteidigen

*z.jon.* Im Bericht des Nationalen Exekutivausschusses an den fünften Nationalen Kongreß der Allgemeinen Union der Algerischen Arbeiter, UGTA, im März 1978 heißt es:

,,Die UGTA hat eine doppelte Aufgabe. Sie besteht in der einheitlichen, entschlossenen, folgerichtigen und aufmerksamen Verteidigung der tagtäglichen Interessen der Arbeiter und der Interessen des nationalen Aufbaus und der sozialistischen Revolution.'' (1)

Die Debatten des Kongresses des Verbandes der Metallarbeiter in der UGTA, der im Februar 1979 in Algier stattfand, hatten entsprechend diesen Aufgaben drei Schwerpunkte. Erstens: Stärkung der Gewerkschaft und der innergewerkschaftlichen Demokratie, um die Gewerkschaft zum Kampfinstrument aller 80000 Metallarbeiter für ihre Interessen und für die nationale Unabhängigkeit zu machen. Ein Delegierter aus Constantine griff die Gewerkschaftsführung an, weil sie ihre Aufgaben in der Führung und Organisierung der Mitglieder vernachlässigt habe: ,,Die Arbeiter fordern ihre Rechte, und das Erstaunliche ist, vor der Lösung ihrer Probleme fordern sie das Recht, Vollversammlungen abzuhalten... Wir müssen aus unserer Gewerkschaft eine wirkliche Organisation machen, die die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ziele der Arbeiter ausdrückt... Ist es die Aufgabe der 80000 Metallarbeiter, zur Führung hinaufzusteigen, oder muß sich nicht vielmehr die Führung um die Basis kümmern?''

Zweitens: Die Verbesserung der Fähigkeit der Arbeiter durch Ausbildung und Information, an der Führung der Betriebe und der Volkswirtschaft teilzunehmen, und der Kampf gegen die Teile der Verwaltung der nationalisierten Industrie und der Behörden, die die Arbeit der seit 1971 entstandenen und auf Arbeitervollversammlungen gewählten Organe der ,,Sozialistischen Betriebsführung'' verhindern oder erschweren.

Drittens: Der Kampf um die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter. ,,Um den Sozialismus aufzubauen, müssen wir die Probleme der Arbeiter lösen, die beiden Aufgaben gehen Hand in Hand'', sagte ein Delegierter. Der regionale Kongreß des Metallarbeiterverbandes des Wilaya, Algier, legte dem Kongreß dazu unter anderem folgende Forderungen vor: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit; Aufwertung der Handarbeit; die Entlohnung soll an die Menge und die Qualität der Arbeit gebunden werden; Beschleunigung und Verbesserung des Wohnungsbaus mithilfe von Kooperativen; Verbesserung des betrieblichen Gesundheitswesens und Kampf gegen die Arbeitsunfälle; Herabsetzung des Rentenalters; Alphabetisierung; Nationalisierung der Privatbetriebe, deren Kapitalisten die Ziele des nationalen Aufbaus sabotieren und die Rechte der Arbeiter mißachten; Ausweitung der Sozialistischen Betriebsführung, um die schöpferische Initiative der Arbeiter für die Stärkung der nationalen Wirtschaft zu nutzen; Mobilisierung der Arbeitermassen für freiwillige Einsätze zur Unterstützung der Bauernmassen.

Die UGTA steht unter der politischen Führung der Nationalen Befreiungsfront FLN und ist eine Massenorganisation dieser Partei. Nachdem sie das algerische Volk im nationalen Befreiungskrieg 1954 – 1962 gegen den französischen Kolonialismus geführt hat, verfolgt die FLN an der Spitze des algerischen Staates einen Kurs des festen Bündnisses mit den anderen Staaten der OPEC und der Dritten Welt gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus. Im Inneren hat sie durch die Vertreibung der ausländischen Monopole und die Nationalisierung fast der gesamten Industrie (7,6% der industriellen Produktion stammte 1975 noch aus privatkapitalistischen Betrieben) sowie durch die Einleitung der Landreform die Voraussetzungen für den Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft geschaffen. Für die Arbeiterklasse der vom Imperialismus unterdrückten Länder ist die demokratische Revolution gegen die imperialistische Fremdherrschaft im Bündnis mit den Bauern und den übrigen vom Imperialismus unterdrückten Volksmassen die Voraussetzung für das Fortschreiten zur sozialistischen Revolution und die Abschaffung des Kapitalismus. Während des antikolonialen Befreiungskrieges diente die Gründung der UGTA direkt der Unterstützung des bewaffneten Kampfes. Seit der Befreiung nutzen die algerischen Arbeiter ihre Gewerkschaft, um die antiimperialistische Demokratie zu festigen und den Aufbau einer unabhängigen Wirtschaft zu fördern.

Die Gründung der UGTA am 24.2.1956 durch Kader der FLN war ein Schlag gegen die von Revisionisten und Reformisten beherrschten französischen Gewerkschaftsführungen, denen es in Algerien vor allem darauf ankam, die koloniale Arbeiteraristokratie zu organisieren und die algerischen Massen von der Teilnahme am Befreiungskampf abzuhalten. Bereits wenige Wochen nach ihrer Gründung organisierte die UGTA in der Metallfabrik Somel einen ersten erfolgreichen Streik für gewerkschaftliche Rechte. Am 30.4.1956 gewann sie bei den Betriebsratswahlen im öffentlichen Nahverkehr 72% der Stimmen. Die Kolonialmacht annullierte die Wahl und setzte französische Gewerkschafter als Betriebsräte ein. Obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits ein großer Teil der Kader der Gewerkschaft verhaftet oder ermordet war, organisierte die UGTA am 5.7.1956 einen ersten großen Generalstreik in ganz Algerien. Gegen wilde militärische Unterdrückung setzten nach dem Generalstreik vom 26.1.1957 50% der Handelsangestellten, 100% der Hotelangestellten, 80% der Eisenbahner den Streik für demokratische Rechte über eine Woche lang fort. Die Führung der UGTA, die wegen der fortgesetzten Verfolgung innerhalb eines ¾ Jahres sieben Mal vollständig erneuert werden mußte, setzte ab diesem Zeitpunkt den Kampf aus der Illegalität fort.

Bei der Befreiung 1962 organisierten Kader der UGTA den Widerstand gegen die Sabotage und Plünderung der wenigen Industrieanlagen des Landes durch die fliehenden Kolonialisten. Noch während der Kämpfe leiteten sie die Produktion unter Führung der algerischen Arbeiterklasse ein. Auf dem Land führten sie an vielen Stellen die Inbesitznahme der Güter der französischen Grundbesitzer durch die Landarbeiter. Noch während des Abzugs der Franzosen entstanden z.B. im Raum Boufarik Produktions- und Verkaufsgenossenschaften, die 43 Güter umfaßten. Der Landarbeiterlohn wurde dort sofort von 7,32 F auf 8,50 F pro Tag angehoben.

1963 hatte die UGTA nach französischen Schätzungen rund 350000 Mitglieder, 1965 nach eigenen Angaben kaum 250000. Obwohl die algerische Arbeiterklasse in diesen beiden Jahren zahlreiche langanhaltende Streiks vor allem gegen ausländische Kapitalisten führte – im ersten Halbjahr 1964 wurden 33 Streiks mit einer durchschnittlichen Länge von einer Woche gezählt – machte die algerische Gewerkschaftsbewegung eine Krise durch, die einerseits darauf zurückging, daß die damaligen Führungen die einzelnen wirtschaftlichen Kämpfe nicht entschlossen mit dem Kampf für die vollständige Vertreibung der Imperialisten verbanden. Andererseits versuchte die damalige Regierung unter Ben Bella die gewerkschaftliche Demokratie z.B. durch bürokratisches Ab- und Einsetzen der Führungen zu zerstören und die Forderungen der Arbeiter nach höheren Löhnen und mehr Rechten zu unterdrücken. Die Lage änderte sich, als nach dem Regierungswechsel vom 19.6.1965 die Regierung Boumedienne den Kampf gegen das imperialistische Kapital entschlossener aufnahm und sich dabei mehr und mehr auf die Volksmassen stützte. 1966 wird die gesamte Bergwerksindustrie nationalisiert, am 24.2.1971, dem Jahrestag der Gründung der UGTA, die Erdölindustrie. Im gleichen Jahr werden die ersten Gesetze zur Einführung der ,,Sozialistischen Betriebsführung'' erlassen. Der UGTA, die 1978 rund 800000 Mitglieder hatte, fällt mehr und mehr die Aufgabe zu, die Arbeiterklasse in der Führung der nationalisierten Betriebe zu erziehen.

Der Motor bei der Vertreibung der ausländischen Monopole waren die Kämpfe der Arbeiter in den betreffenden Betrieben selbst. Die 1400 Arbeiter der Erdölprospektionsgesellschaft CGC, die später in der nationalen Sonatrach aufging, erzwangen bereits 1964 in einem neuntägigen Streik gegen den anfänglichen Widerstand der Regierung die Beseitigung der Diskriminierung von Algeriern in der Entlohnung, die Zulassung von Algeriern in die Betriebsleitung und die Ausbildung von algerischen Fachkräften, die später die Produktion leiten konnten, sowie die Bezahlung der Streiktage und gewerkschaftliche Freiheiten im Betrieb.

(1) Die Dokumente des 5. Kongresses der UGTA wurden uns vom Algerischen Informations- und Kulturzentrum in Paris zur Verfügung gestellt.



Bau einer Erdgasleitung in Nordalgerien. Zur Nutzung der großen Erdgasvorkommen werden die Transportbedingungen ständig verbessert und die Verarbeitungsanlagen verstärkt ausgebaut.

## Streikbewegung in Marokko für Lohnerhöhung und politische Rechte

*z.erm.Rom.* Letzte Woche hat der marokkanische König Hassan II. seine Regierung beauftragt, zwecks Vereinbarung eines ,,Burgfriedens'' mit den Gewerkschaften in Verhandlungen zu treten. Seit Monaten führen die marokkanischen Arbeiter im ganzen Land Streiks für Lohnerhöhungen und politische Rechte durch. Der Krieg, den die marokkanischen Grundherren und Kompradoren im Auftrag der Imperialisten gegen die DAR Sahara führen, hat das Land in eine schwere wirtschaftliche Krise getrieben. Die marokkanische Arbeiterklasse, eine der größten in der arabischen Welt, steht vor der Aufgabe, die Führung der antiimperialistischen Volksbewegung zu übernehmen und den ungerechten Krieg zu beenden.

Der ,,Burgfrieden'' mit den Gewerkschaften soll die ,,Ruhe'' in Marokko wiederherstellen, um das Hinterland für den Krieg zu sichern. In den letzten Jahren sind die Reallöhne der marokkanischen Arbeiter um ein Drittel bis auf die Hälfte gedrückt worden. Mit dem Druckmittel von 1,3 Millionen Arbeitslosen versucht die Regierung, die Löhne noch weiter zu senken.

Der Erfolg der Eisenbahner, die in

für den Krieg zu sichern. In den letzten Jahren sind die Reallöhne der marokkanischen Arbeiter um ein Drittel bis auf die Hälfte gedrückt worden. Mit dem Druckmittel von 1,3 Millionen Arbeitslosen versucht die Regierung, die Löhne noch weiter zu senken.

Der Erfolg der Eisenbahner, die in
einem 16tägigen Streik Anfang Januar ihre Forderungen nach 15% Lohnerhöhung vollständig durchsetzen konnten, ermutigte die Arbeiter der anderen Branchen, den Kampf für ausreichenden Lohn und politische Rechte aufzunehmen. 4000 Kohlebergleute in der Stadt Jaradeh, die Anfang Februar für Lohnerhöhung, bessere Arbeitsbedingungen und Revision der geltenden Industriegesetze in den Streik traten, haben die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen.

In Casablanca ist der gesamte Hafenverkehr lahmgelegt, weil die 3500 Dockarbeiter einen unbefristeten Streik führen. Ausländische Schiffe werden weder gelöscht noch beladen. 14,2 Millionen Tonnen wurden 1977 über diesen Hafen exportiert, davon allein 61% Phosphat. Bei der Plünderung des marokkanischen – und möglichst auch des saharauischen – Phosphats, wollen die Sozialimperialisten die bisherigen, vor allem amerikanischen und französischen Oberherren verdrängen: Für einen 9-Mrd.-Dollar Kredit soll sich Marokko auf 20 Jahre zu Phosphatlieferungen an die Sowjet-



union verpflichten. Am 28.2. sind die Phosphatminenarbeiter in einen viertägigen Streik getreten.



union verpflichten. Am 28.2. sind die Phosphatminenarbeiter in einen viertägigen Streik getreten.

Die Streikbewegung trifft die Imperialisten und die von ihnen abhängige marokkanische Bourgeoisie hart. Mit einer Welle von Verhaftungen führender Arbeitervertreter versuchte die Regierung, die Streiks zu zerschlagen. Sie scheiterte vollends.

Am 20. Februar sind die 100000 Lehrer erneut in den Streik getreten. Sie fordern, wie schon eine Woche zuvor die 1500 Universitätsangestellten und die Kommunalbeamten in einem einwöchigen Streik, u.a. Verbesserung des Schulwesens, Kontrolle der Lehrpläne und uneingeschränkte politische Rechte wie Presse-, Meinungs- und Streikfreiheit.

(1 Rupie = 0,24 DM), Erhöhung des Mindestlohns von 407,1 auf 470,1 Rupien, Zuschläge der Kapitalisten für die Mietkosten der Arbeiter, Erhöhung des Anteils der dauernd beschäftigten Arbeiter auf 90% der Belegschaft, Verbot der Beschäftigung von Vertragsarbeitern auf Stellen für dauernd Beschäftigte, eine Untersuchung der Arbeitsbelastung in den Mühlen und die Einführung von Leistungslohnstufen. Der Vertrag läuft bis zum 31.12.1981. Die Kapitalisten fordern jetzt von der Regierung die Abschaffung der Verkaufssteuern auf Juteprodukte und weitere Subventionen. Die Imperialisten werden Preiserhöhungen von 250 Rupien je Tonne (ca. 13%) hinnehmen müssen; ihre Versuche, durch vermehrten Kauf von Jute in Bangladesh den Preis niedrig zu halten, haben schon jetzt zu einer ,,hoffnungslosen Überbelastung'' der dortigen Mühlen geführt, wie die britische Financial Times bekümmert feststellt.

### Arabische Staaten gründen gemeinsamen Nachrichtenpool

*z.anb.* Die seit 1964 bestehende Union der Arabischen Nachrichtenagenturen hat auf ihrer siebenten Konferenz Anfang Februar in Beirut die Gründung eines gemeinsamen Nachrichtenpools der arabischen Staaten beschlossen. Der Pool hat die Aufgabe, Nachrichten aus den arabischen Staaten zu sammeln, auszuwerten und international zu verbreiten, ,,um unserer Sache und der Lage in den arabischen Staaten mehr Authentizität zu verleihen''. Deshalb wird auch die politische Zusammenarbeit mit der Arabischen Liga über einen Ausschuß organisiert, in den die Konferenz von Beirut Delegierte entsandte. – Gründungsmitglieder der Union der Arabischen Nachrichtenagenturen sind Algerien, Saudi-Arabien, Marokko, Irak, Jordanien, Syrien, Libyen, Kuwait, Qatar, die Vereinigten Arabischen Emirate, Libanon, Mauretanien, Tunesien, DVR Yemen, Ägypten, Sudan und die PLO. Der Konferenz von Beirut war ein Treffen der Informationsminister der Mitgliedsstaaten im Januar in Bagdad vorausgegangen, auf dem die Presseagentur der eritreischen Befreiungsorganisation EPLF als Beobachter anwesend war. Hauptseitig wird die Arbeit des Pools aus den Öleinnahmen der arabischen erdölproduzierenden Staaten finanziert werden. Um den derzeit noch großen Mangel in der Ausbildung von Journalisten, Technikern, Redakteuren zu beseitigen, wurde in Beirut beschlossen, ein Ausbildungszentrum mit Sitz in Damaskus einzurichten, an dem arabische Studenten Stipendien erhalten und für die Aufgaben des Pools umfassend ausgebildet werden sollen.

### Frankreich: Lohnraub durch Kurzarbeit

*z.jon.Paris.* Am 2. März haben die französischen Gewerkschaften und der Kapitalistenverband CNPF die einjährige Verlängerung des Tarifvertrages von 1968 über das Kurzarbeitergeld vereinbart. Bei einer Kürzung der Wochenarbeitszeit unter 40 Stunden erhält der Arbeiter für die ausgefallenen Stunden statt des Lohns ein Kurzarbeitergeld von 50% des Bruttolohns, mindestens aber eine ,,Mindeststundengarantie'', die etwa bei 95% des gesetzlichen Mindestlohns liegt. Sie soll am 1.4. von jetzt 10,75 F auf 11,05 F pro Stunde steigen. Der durchschnittliche Stundenlohn für Metallarbeiter lag im Oktober bei 16,35 F. Das Schaubild



zeigt die Entwicklung der Zahl der Arbeitstage, an denen im Monatsdurchschnitt Arbeitslosengeld gezahlt wurde. Man sieht, wie die Kapitalisten die Krise seit 1974 nutzten, um einen wachsenden Lohnanteil aus den Versicherungskassen zahlen zu lassen und den Arbeiterlohn an immer mehr Tagen noch unter das gesetzliche Minimum zu drücken. 1970 erhielten im Durchschnitt 38100 Lohnabhängige an 3,8 Tagen pro Monat nur Kurzarbeitergeld; 1975 waren es 299400 an 4,1 Tagen und 1977 202600 an 4,2 Tagen.

### ,,Arbeitsbeschaffung'': Kasernenhof in ,,zivil''

*z.ulg.Rom.* 14000 Jugendliche will das italienische Verteidigungsministerium in den nächsten drei Jahren arbeitsbeschaffen. 5000 sollen noch in diesem Jahr als Lehrlinge in den Armeearsenalen eingestellt werden. Die italienischen Imperialisten wollen den Nachschubapparat ihrer Armee im Geschwindschritt kriegsfähig machen: Gegenwärtig sind im Bereich des Verteidigungsministeriums insgesamt 35000 Zivilarbeiter beschäftigt. Rekrutiert werden sollen die 14000 Lehrlinge aus den Sonderlisten für jugendliche Arbeitslose. Um nicht die darin nach ,,objektiven'' Kriterien wie Alter und Dauer der Arbeitslosigkeit festgelegte Reihenfolge einhalten zu müssen, um die Konkurrenz zu schüren und eine politische Auslese treffen zu können, will das Ministerium ,,Einstellungsprüfungen'' in Italienisch und Rechnen veranstalten – ,,auf dem Niveau der 6. Grundschulklasse''. 40% der 1977 gemeldeten 1,14 Millionen Arbeitslosen unter 29 Jahren hatte Abitur oder abgeschlossene Hochschulausbildung. Die Lehrlinge sollen dann – zu niedrigerem Lohn – einen Teil der bisherigen Belegschaften ersetzen. Während das Ministerium die geplante ,,Arbeitsbeschaffung'' ankündigt, verhandelt es zugleich mit den Gewerkschaften über Rationalisierungen in den Arsenalen.

## Die chinesischen Grenztruppen haben ihre Ziele erreicht

*Beijing, 5. März (Xinhua).* Die Nachrichtenagentur Xinhua ist durch die chinesische Regierung autorisiert, die folgende Erklärung zu veröffentlichen:

Die chinesischen Grenztruppen haben die Ziele erreicht, die ihnen gestellt wurden, nachdem sie gezwungen worden waren, am 17. Februar einen Gegenangriff gegen die ununterbrochenen bewaffneten Provokationen und Angriffe der vietnamesischen Aggressoren gegen China zu unternehmen. Die chinesische Regierung gibt bekannt, daß sich – beginnend am 5. März – alle chinesischen Grenztruppen auf chinesisches Gebiet zurückziehen werden. Die chinesische Regierung wiederholt, daß wir keinen einzigen Zoll vietnamesischen Territoriums annektieren wollen. Aber wir werden auch keine Einfälle auf chinesisches Territorium dulden. Alles, was wir wollen, ist eine friedliche und stabile Grenze. Wir hoffen, daß dieser gerechte Standpunkt der chinesischen Regierung von der Regierung Vietnams und den Regierungen anderer Länder in der Welt respektiert werden wird.

Wir warnen die vietnamesischen Behörden, nach dem Abzug der chinesischen Grenztruppen keine weiteren bewaffneten Provokationen und Übergriffe entlang der chinesischen Grenze durchzuführen. Die chinesische Regierung erklärt feierlich, daß sich China das Recht vorbehält, erneut in Selbstverteidigung zurückzuschlagen, wenn derartige vietnamesische Aktivitäten wiederholt werden.

Wir haben stets die Ansicht vertreten, daß Streitfälle zwischen Nationen auf friedlichem Wege durch Verhandlungen gelöst werden sollten. Die chinesische Regierung schlägt erneut vor, daß die chinesische und die vietnamesische Seite rasch Verhandlungen aufnehmen, um Wege zur Sicherung des Friedens und der Ruhe an der Grenze zwischen den beiden Ländern zu diskutieren, und anschließend Grenz- und Territorialkonflikte zu regeln. Wir hoffen aufrichtig, daß die vietnamesische Seite auf unseren Vorschlag positiv reagieren wird. Die chinesische Regierung ist bereit, alle Vorschläge sorgfältig zu erörtern, die zur Sicherung von Frieden und Ruhe in den Grenzgebieten und zur Beilegung der Streitigkeiten beitragen können. Zwischen dem chinesischen und dem vietnamesischen Volk gibt es eine traditionelle Freundschaft, was nicht nur im Interesse unserer beiden Völker, sondern auch im Interesse aller Völker Südostasiens, Asiens insgesamt und der ganzen Welt ist. Das chinesische Volk schätzt seine Freundschaft mit dem vietnamesischen Volk hoch ein.

**Die Chinesischen Grenztruppen haben ihre Ziele erreicht**
*Stellungnahme der Nachrichtenagentur Xinhua*

Obwohl dieser Freundschaft in der Vergangenheit zu unserem Bedauern Schaden zugefügt wurde, hoffen wir sehr, daß sie wiederhergestellt werde. Wir hoffen, daß die vietnamesischen Behörden sich die grundlegenden Interessen unserer beider Völker zu Herzen nehmen werden und mit der Verfolgung ihrer chinafeindlichen Politik aufhören werden, so daß das chinesische und das vietnamesische Volk wieder Generation auf Generation in Freundschaft zusammenleben können.

Wir glauben, daß unsere positive und konstruktive Haltung weitverbreitete internationale Sympathie und Unterstützung finden wird. Zugleich hoffen wir, daß alle Länder und Völker, die den Frieden lieben und die Gerechtigkeit schätzen, Maßnahmen ergreifen werden, um die vietnamesischen Verantwortlichen zur raschen Einstellung ihrer Aggression gegen Kampuchea und zum Rückzug ihrer gesamten Invasionsstreitkräfte auf ihr eigenes Territorium zu drängen, um so dem Interesse des Friedens, der Sicherheit und der Stabilität in Südostasien und Asien als Ganzem zu dienen.

# Das Volk von Laos unterwirft sich nicht der vietnamesischen Kolonialherrschaft

**Die VR China wolle Laos angreifen, tönten letzte Woche Vietnam und die SU wie aus einem Munde. Dabei haben Vietnam und die SU Laos längst ihrer Herrschaft unterworfen. Offensichtlich wollen sie Laos in ihre Provokations- und Aggressionspolitik gegen die VR China hineinziehen. Schon öfter haben Vietnam und die SU versucht, Zwietracht zwischen das laotische und das chinesische Volk zu säen, um die Besetzung von Laos leichter aufrechterhalten zu können. Im letzten Herbst verbreiteten sie die Meldung, Van Pao, der Führer der einst im Dienste der USA stehenden Meo-Truppen hätte in Peking verhandelt. Sie beriefen sich auf Hongkonger Presseberichte. Daß sich die Hongkonger Presseberichte ihrerseits auf „sozialistische Diplomatenkreise in Hanoi" berufen hatten, ließen sie weg. In der gleichen Angelegenheit hatten sie auch einen Bericht der „Bangkok Post" als Quelle angegeben. Die „Bangkok Post" schrieb am 26. September: „Die Bangkok Post hat keinen solchen Bericht geschrieben." Der laotische Präsident Souvanouvong selber hat am 12. Oktober gegen die Machenschaften der Hanoier und Moskauer Machthaber Stellung genommen und erklärt: „Die Gerüchte sind äußerst heimtückisch, gemein und gefährlich". Das kann natürlich die Hanoier und Moskauer Machthaber nicht davon abhalten, diese Gerüchte weiterzuverbreiten. Das deutschsprachige sowjetische Propagandablatt „Neue Zeit" hat sie erst jetzt wieder aufgewärmt, um die Volksrepublik China als „Aggressor" gegenüber seinen Nachbarländern zu entlarven. Die Behauptung, die VR China wolle Laos angreifen, soll eine weitere Verschärfung des Besatzerregimes rechtfertigen. Die ist auch nötig, denn der Widerstand des laotischen Volkes wächst von Tag zu Tag. Vietnam geht zu einer Siedlungspolitik über.**

*z.wom.* Immer wieder wird das laotische Volk ermahnt, „engstirnigen Nationalismus" abzulegen und mehr Verbundenheit mit Vietnam zu zeigen. Auf der 5. Plenartagung des ZK der Laotischen Revolutionären Volkspartei im Frühjahr 1978 wurden antivietnamesische Gefühle in der Partei und im Volk scharf kritisiert. In seinem Bericht an den Obersten Volksrat von Laos am 2. März 1978 stellte der laotische Ministerpräsident Kaysone Phomvihane fest, daß einige Individuen immer noch von „engstirnigem Nationalismus" beeinflußt sind und „immer noch nicht voll auf die sozialistischen Länder" – gemeint Vietnam und die SU – „vertrauen". Ende Juni rief der laotische Sender „Radio Vientiane" dazu auf, „die internationale Verbundenheit der Armee und unsere Verbundenheit mit der vietnamesischen Armee und dem vietnamesischen Volk zu stärken".

Etwa 60000 vietnamesische Soldaten sind in Laos stationiert, und in den laotischen Streitkräften und Polizeieinheiten, die insgesamt gerade 100000 Soldaten umfassen, arbeiten vietnamesische Berater und Kommandeure. Damit haben die Revisionisten in der vietnamesischen Parteiführung das laotische 3,5-Millionen-Volk unter ihre militärische Besatzung gestellt und das Land in eine vietnamesische Kolonie verwandelt. Zur Zeit des Befreiungskrieges gegen den US-Imperialismus hatten vietnamesische Truppen laotisches Territorium als Rückzugsbasis und als Nachschubweg benutzt. Aber weder nach der Befreiung Südvietnams noch nach der Ausrufung der Demokratischen Volksrepublik Laos im Dezember 1975 räumten die vietnamesischen Truppen das laotische Territorium, und mit dem Abschluß eines 25jährigen Vertrages für Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Laos und Vietnam im Juni 1977 wurde die vietnamesische Besatzung legalisiert. Der Vertrag soll „die besonderen Beziehungen zwischen den beiden Ländern auf allen Gebieten stärken". Nach demselben Muster wollte Vietnam auch das Demokratische Kampuchea abhängig machen, bekanntlich ohne Erfolg, so daß die vietnamesische Revisionistenclique jetzt eine offene Aggression vom Zaune brechen mußte zur Schaffung ihrer indochinesischen Föderation.

Schon vor der endgültigen Befreiung von Laos vom Joch des US- und des französischen Imperialismus hatte die Kommunistische Partei Vietnams die Führung der Pathet Lao, der laotischen Befreiungsbewegung, unter ihren Einfluß und ihre Abhängigkeit gebracht: So schloß die Pathet Lao auf vietnamesischen Druck nach dem Vorbild des Pariser Abkommens 1973 zwischen Vietnam und den USA einen Waffenstillstand mit der laotischen Kompradorenclique und stellte die selbständigen Kampf vorläufig ein. Erst über ein halbes Jahr nach der Befreiung von Kampuchea und Südvietnam konnte die Pathet Lao die DVR Laos ausrufen.

Laos ist, bei einer Fläche von der Größe Westdeutschlands, äußerst dünn besiedelt und kaum erschlossen. 80-90% der Bevölkerung leben von der Landwirtschaft und betreiben vorwiegend Subsistenzwirtschaft. Über 60% des Landes sind von Urwäldern bedeckt, deren Holzreichtum früher von den französischen Imperialisten und jetzt von den vietnamesischen Expansionisten ausgebeutet wird. Reiche Bodenschätze werden vermutet, und Zinnerz wird schon abgebaut. Alles gute Voraussetzungen, um bei einem selbständigen und unabhängigen Kurs das Land rasch zu entwickeln. Allerdings auch verlockende Schätze für imperialistische Räuber. Vietnam und seine Oberherrn im Kreml haben schon die Hand darauf gelegt:

Der erste laotische Wirtschaftsplan 1978-1980 ist ein Übergangsplan. Ab 1980 soll Laos, das bislang Beobachterstatus im RGW hat, seine Wirtschaftsplanung ganz mit der Vietnams und des RGW abstimmen. Fraglos wird Laos dann auf die Rolle eines Rohstofflieferanten und Agrarprodu-



Nach der Einnahme des Gebiets von Cao Bang verteilen chinesische Grenztruppen Salz an die vietnamesische Bevölkerung



Eine Artillerieeinheit der patriotischen Streitkräfte von Laos während des Befreiungskampfes gegen den US-Imperialismus

## Stellungnahmen

**Erklärung des Außenministeriums des Demokratischen Kampuchea zum Konflikt zwischen China und Vietnam**

(. . .) Seit langer Zeit haben die Vietnamesischen Behörden der Le Duan-Pham Van Dong-Clique ihre Absichten der Annektierung und Einverleibung des Territoriums von Nachbarstaaten verfolgt. Nachdem sie ohne weiteres die Unabhängigkeit und Souveränität von Laos untergraben hatten, haben sie 1977 eine offene Aggression gegen das Demokratische Kampuchea gestartet. Dieser Aggressionskrieg dauerte an, bis sie ihre jetzige großangelegte Invasion gegen das Demokratische Kampuchea durchführten und zeitweilig die Hauptstadt Phnom Penh besetzten. Angesichts dieser Aggression führen die Revolutionäre Armee von Kampuchea und das Volk von Kampuchea einen entschlossenen Kampf, leisten der Versklavung durch Vietnam entschlossenen Widerstand und kämpfen weiterhin heldenhaft gegen die Le Duan-Pham van Dong-Clique, der sie täglich schwere Schläge versetzen. Dadurch ist diese Clique in eine ausweglose Situation geraten. Trotzdem versucht die Le Duan-Pham van Dong-Clique bei jeder Gelegenheit, ihren Expansionismus auszudehnen, in Übereinstimmung mit den sowjetischen auf Weltherrschaft gerichteten Expansionsplänen und in der Hoffnung, ihre perfiden Ambitionen verwirklichen zu können. Diese Clique ist so undankbar wie Krokodile und vergißt vollständig, welche Mühen und Opfer das chinesische Volk auf sich genommen hat, um ihren Krieg gegen den US-Imperialismus zu unterstützen. Sie sucht weiterhin nach Vorwänden, um ihren Expansionismus auf Kosten Chinas auszudehnen, zu Land wie auf See. In der Zwischenzeit hat diese Clique die pazifischen Einwohner Chinas mißhandelt und Hunderttausende von Familien auseinandergerissen.

Seit langer Zeit ist auch das Volk von Kampuchea Opfer solch grausamer und arroganter Akte. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea und das Volk von Kampuchea unterstützen aus Grund ihrer bitteren Erfahrungen, die sie in ihrer Geschichte erleiden mußten, entschieden die gerechte Maßnahme, die die Volksrepublik China ergriffen hat, einen Gegenschlag durchzuführen, um auf die Aggressionsakte Vietnams zu antworten. Die von der Volksbefreiungsarmee durchgeführten Maßnahmen zur Durchkreuzung der von der Le Duan-Pham van Dong-Clique unaufhörlich betriebenen Provokationen entlang der Grenze sind ein gerechter Akt, der die Unterstützung der Völker auf der ganzen Welt finden wird, denn diese Maßnahmen bedeuten einen aktiven Beitrag zur Sicherung der Unabhängigkeit, der territorialen Integrität, des Friedens und der Stabilität in Südostasien, in Asien und in der ganzen Welt.

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea drückt ihre Überzeugung aus, daß der Aggressor, die expansionistische Le Duan-Pham van Dong-Clique, zum Scheitern verurteilt ist, und daß die gerechte Sache, für die die Regierung der Volksrepublik China kämpft, unbedingt siegen wird.

*Demokratisches Kampuchea, 19. Februar 1979*

**Aus marxistisch-leninistischen Zeitungen**

„Nachdem sie (die VR China) monatelang versucht hatte, durch Verhandlungen zu einer Lösung der Probleme zu kommen, nachdem sie monatelang sich darauf beschränkt hatte, Angriffe zurückzuschlagen, war es jetzt nötig geworden, dem Aggressor zu zeigen, daß China nicht bereit ist, seine Souveränität und seine Unabhängigkeit aufzugeben, auch nur über einen Teil seines Territoriums. Denn es hatte sich herausgestellt, daß der Aggressor jedes Verhandlungsangebot und jede auf eine Beruhigung der Lage abzielende Maßnahme Chinas als Zeichen der Schwäche und des Nachgebens verstand und dies als Ermunterung für neue Aggressionen betrachtete.

Obwohl man heute noch nicht sagen kann, ob und wann die Aggressoren und ihre Hintermänner die Lehre verstanden haben, die ihnen hier erteilt wird, so ist es heute bereits offensichtlich, daß energisches Auftreten gegen sie nicht den Krieg anstachelt, sondern der Eindämmung des Hegemonismus dient. Immerhin ist heute bereits die Bewegungsfreiheit Vietnams, des asiatischen Kubas der Sozialimperialisten, bereits merkbar eingeschränkt. Vietnam mußte Truppen aus Kampuchea und Laos abziehen, dadurch kann der Kampf des Demokratischen Kampuchea gegen die Okkupanten eine raschere Entwicklung nehmen; die sowjetisch-vietnamesischen Pläne gegenüber Thailand geraten ins Wanken."

*(Klassenkampf, Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreich, 26.2.1979)*

„Die Russen und Vietnamesen sind davon überzeugt, daß dort, wo sie ihre Militärmaschinerie in Bewegung setzen, jeder kapitulieren muß. Auch Hitler wurde immer kühner, als er den Eindruck hatte, daß die ganze Welt bereit sei, zu kapitulieren. China hat monatelang Geduld bewiesen. Aber es hat sich schließlich entschlossen, auf die vietnamesischen Provokationen zu antworten, die vietnamesische Aggressionsarmee zurückzuschlagen und sich so schnell wie möglich auf chi-




zenten für Vietnam und die Sozialimperialisten beschränkt bleiben.

Die an Vietnam angrenzenden laotischen Distrikte haben schon eigene Wirtschaftsverträge mit den vietnamesischen Nachbarprovinzen abgeschlossen. Dadurch wird der selbständige wirtschaftliche Aufbau von Laos von vornherein unterminiert und werden seine Grenzgebiete wirtschaftlich zu Anhängseln Vietnams.

In der Landwirtschaft wird, unterstützt von vietnamesischen Beratern
In der Landwirtschaft wird, unterstützt von vietnamesischen Beratern
und nach nordvietnamesischem Vorbild, das Schröpfen der Bauern betrieben durch äußerst niedrige staatliche Ankaufspreise für das Hauptnahrungsmittel Reis und andere Produkte wie Kaffee. Daneben müssen die Bauern hohe Abgaben zahlen. Das Ergebnis war, daß in den letzten 2 Jahren die landwirtschaftliche Produktion trotz der Fruchtbarkeit des Landes und riesiger erschließbarer Flächen nicht stieg und das chronische Getreidedefizit von 20% aus der Zeit vor der Befreiung des Landes weiterbesteht. Eine Dürre 1977 und eine Flutkatastrophe 1978 taten ihr übriges zur Verschärfung der Lage. Diese Naturkatastrophen konnten nicht bekämpft werden, weil die Partei die Bauern nicht zum genossenschaftlichen Zusammenschluß mobilisierte, sondern durch das Schröpfen die Bauern im Gegenteil abgeschreckt wurden.

Die westlichen Imperialisten und besonders die USA haben ihrerseits mittels der Weltbank und ihrer Unterorganisationen den Fuß in der Tür zu Laos behalten. Mit Krediten hauptsächlich für Wasserkraftwerke und Bewässerungsprojekte am Mekong versuchen sie, das Land in Abhängigkeit zu bringen.

Durch die Stützung auf die Hilfe durch die VR China versuchte Laos eine Zeitlang, der zunehmenden Abhängigkeit von Vietnam und der SU entgegenzusteuern. Chinesische Arbeiter bauten ein Straßennetz in Nordlaos und bauen gegenwärtig noch eine Ziegelei im Norden und ein Chemiewerk in der Hauptstadt Vientiane. Aber weitere chinesische Projekte wurden unter dem Druck Hanois gestoppt oder abgelehnt.

Die dauernden Aufrufe, doch „mehr Verbundenheit mit der vietnamesischen Armee zu zeigen", beweisen nur, daß das laotische Volk die koloniale Abhängigkeit und militärische Besetzung durch Vietnam nicht akzeptiert, sondern bekämpft. Nach Berichten thailändischer Zeitungen kommt es in der laotischen Armee immer wieder zu Rebellionen gegen die vietnamesischen Besatzungstruppen. Die Ange-
zu Rebellionen gegen die vietnamesischen Besatzungstruppen. Die Ange-
hörigen der nationalen Minderheiten, die immerhin 40% der laotischen Bevölkerung ausmachen, aber keinerlei nationale Autonomie genießen, führen teilweise den bewaffneten Kampf gegen ihre nationale Unterdrückung, gegen die Zwangsumsiedlungsmaßnahmen der Regierung und gegen die vietnamesischen Besatzer. Eine Hauptbeschäftigung der vietnamesischen Besatzungstruppen sind Ausrottungsfeldzüge gegen die Stützpunkte der Rebellen, die von der Regierung als von „reaktionären Mächten unterstützte Banditengruppen" hingestellt werden, die schon während des Befreiungskampfes auf Seiten des US-Imperialismus gestanden hätten. Der US-Imperialismus hatte früher Teile der Minderheiten gegen den laotischen Befreiungskampf benutzt, das ist wahr. Aber mit der Unterwerfung des befreiten Laos unter die vietnamesische Fuchtel hat der Kampf der Minderheiten seinen Charakter gewandelt und ist jetzt gegen die vietnamesische Vorherrschaft gerichtet. Viele dieser noch zersplitterten Rebellengruppen genießen heute deshalb die Unterstützung der laotischen Dorfbewohner und auch der lokalen Pathet-Lao-Kader.

Der von der revisionistischen Pathet-Lao-Führung kritisierte „engstirnige Nationalismus" hat offensichtlich immer mehr Anhänger unter den laotischen Volksmassen, die nicht jahrzehntelang für die nationale Unabhängigkeit und die soziale Befreiung gekämpft haben, um dann unter die Fuchtel Vietnams und der SU zu kommen. (Peking, 18.2.1979)

---

nesisches Territorium zurückzuziehen. Die Absicht Chinas ist keineswegs die Okkupation, auch nicht nur einen Fußbreit vietnamesischen Territoriums (desselben Vietnams, das Laos und Kampuchea besetzt hält), sondern den Provokationen ein Ende zu bereiten, die von Moskau dirigiert werden."

*(TPO, Tout Le Pouvoir Aux Ouvriers, Belgien, 7.3.79)*

„Nach monatelangen Provokationen, die einer expansionistischen Logik, wie Laos und Kampuchea zeigen, entspringen und sich in die Strategie der UdSSR in Asien einordnen, hat China nun eine Verteidigungsaktion mit dem Ziel unternommen, die Aggressoren in ihre Grenzen zu weisen. In seiner Erklärung sagt China eindeutig, daß es nicht die Absicht habe, vietnamesisches Territorium zu besetzen, und fordert Hanoi zu sofortigen Verhandlungen auf."

*(Le Quotidien Du Peuple, PCR-ml, Frankreich, 20.2.79)*

„In den Köpfen vieler ist Zweifel darüber aufgekommen, ob China Vietnam okkupieren wolle oder die Hegemonie in Indochina errichten wolle oder ob sich China bedingungslos zurückziehen würde, wie es erklärt hatte. Die jüngste Entscheidung Chinas hat all diese Zweifel beiseitegefegt. China hat der ganzen Welt bewiesen, daß es ein friedliches Land ist, welches keinen einzigen Zoll von einem anderen Land will. Nun können Leute, die an nichts anderes denken als an gewaltsame Unterwerfung anderer unter die eigene Hegemonie, diese Haltung Chinas nur als sonderbar empfinden. Wie kann sich China zurückziehen, vor allem nachdem es militärisch erfolgreich war und nachdem klargeworden ist, daß die Sowjetunion nicht die Möglichkeit hat zu intervenieren? Ja, all diese Fragen werden weiterbestehen in den Köpfen derjenigen, die nicht verstehen, daß ein sozialistisches Land niemals ein Aggressor sein wird, und auch in den Köpfen derjenigen, die keine Unterscheidung treffen können zwischen Hegemonismus und Sozialismus. Aber alle Völker können begreifen, daß Chinas Schlag gegen Vietnam und der anschließende bedingungslose Rückzug dem Weltfrieden und der Menschheit helfen werden."

*(Aydinlik, Zentralorgan der TIKP, Türkei, 7. März 1979)*

## Hanoier Machthaber: In Worten weiter arrogant

*z.jük.* Die Verteidigungsmaßnahmen der VR China gegen die Hanoier Aggressoren können deren Aggressionsfähigkeit stören. Ihre Aggressionsabsichten bleiben unverändert. Von Anbeginn der chinesischen Verteidigungsmaßnahmen haben die Hanoier Machthaber versucht, eine Propagandalinie einzuschlagen, die ihnen erlaubt, ihre aggressiven Manöver, was immer auch geschieht, als „Siege" zu deklarieren. Sie behaupteten zuerst, die VR China wolle Vietnam annektieren: „Der Aggressionskrieg der chinesischen reaktionären Kreise gegen Vietnam stellt die Weiterentwicklung einer Serie von Plänen Pekings zur Annexion Vietnams und der anderen Länder dar, seines strategischen Ziels, ganz Südostasien zu beherrschen ... Der von den chinesischen Führern begonnene Aggressionskrieg ist ein ungerechter Krieg, der die wahren Interessen des chinesischen Volkes verrät. Er ist eine unverschämte Herausforderung der Völker Südostasiens, sowie der Frieden, Gerechtigkeit, Unabhängigkeit und Freiheit liebenden Menschheit. Deshalb versuchen sie, das chinesische Volk und die Weltöffentlichkeit mit verlogenen Informationen zu täuschen. Ihrem Volk gegenüber geben sie vor, daß die chinesischen Truppen die vietnamesische Armee bekämpfen, die auf chinesisches Gebiet vorgedrungen sei, und für das Ausland erklären sie, es handele sich nur um eine zeitlich und räumlich begrenzte militärische Aktion, nach deren Abschluß sie ihre Truppen zurückzögen." (Nhan Dhan, Zentralorgan der KP Vietnams)

Wer lügt und wer tut, was er sagt, kann inzwischen jeder sehen. Im übrigen hatte die chinesische Grenzbevölkerung selber die Volksbefreiungsarmee zum Gegenangriff aufgefordert, um die Grenzen gegen die dauernden Aggressionen Vietnams zu schützen. Als dann die VR China Anfang März ankündigte, daß die Truppen ihre Ziele erreicht haben und den Rückzug antreten würden, verkündeten die Hanoier Machthaber: „Falls China wirklich seine Truppen vom vietnamesischen Territorium abzieht, wie es erklärt hat, ist die vietnamesische Seite mit dem vollständigen Abzug der chinesischen Truppen auf die andere Seite der historischen Grenze bereit, mit der chinesischen Seite auf der Ebene von Stellvertretenden Außenministern sofort über die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen beiden Staaten zu verhandeln." Unter „Normalen Beziehungen" verstehen sie allerdings Grenzen, die sie in den letzten Jahren durchsetzen wollten. Von „Sieg" jedenfalls war nicht die Rede. Das Gegenteil war gerade eingetreten, und die Aggressoren wußten nicht, wie's weitergeht. Als die VR China den Rückzug der Grenztruppen einleitete, ließen die Hanoier Machthaber ihren Stellvertretenden Außenminister Hoang Bich Son in Manila erklären: „Wir glauben nicht an das, was sie sagen. Unser Volk und unsere Armee bereiten sich darauf vor, der Armee des Aggressors eine Niederlage zu bereiten." Und in dem Moment, als der angekündigte Rückzug der Chinesischen Volksbefreiungsarmee dann nicht mehr zu leugnen war, da war plötzlich der „Sieg" da, jedenfalls in Worten: „Niederlage für Pekinger Abenteurer", heißt es da in der Nhan Dhan, während gleichzeitig die „Generalmobilmachung" fortgesetzt wurde.

Aber praktisch müssen sie sich zurückhalten. „Um unseren Friedenswillen klar zu beweisen, haben wir ihnen erlaubt, die Truppen auf den Rückzugswegen abzuziehen. Falls ihre Streitkräfte jedoch die Kriegshandlungen fortsetzen, wird dies streng geahndet werden. Damit hat das militärische Abenteuer der chinesischen Reaktionäre, die unser Land angegriffen haben, eine klägliche Niederlage erlitten" (Nhan Dhan). Das ist die Großkotzerei eines Aggressors, der nicht kann, wie er will, und doch bleiben will, was er ist. Der Mund wird weiter voll genommen, die Worte der revisionistischen Machthaber in Hanoi strotzen von Arroganz, doch in der Praxis müssen sie sich zurückhalten.

An den USA und Westeuropa wollen sich

## An den USA und Westeuropa wollen sich die Sozialimperialisten schadlos halten

*z.lup.* „Wenn nicht der Aggression Pekings gegen Vietnam ein Ende gesetzt wird, wenn man nicht den Aggressor zwingt, sich unverzüglich davonzuscheren, kann der Kriegsbrand um sich greifen. Und wer jetzt hofft, sich an den Flammen wärmen zu können, riskiert es unvernünftigerweise, das nächste Opfer des Aggressors und seiner abenteuerlichen Politik zu werden", schreibt die „Prawda" am 28. Februar. „Haltet den Dieb" zu rufen, hat die „Prawda" schon immer gut gekonnt. In Südostasien beginnt es den Sozialimperialisten langsam mulmig zu werden. Mit Vietnam haben sie Größeres vor. In der vietnamesischen Revisionistenclique, die glaubt, als Haudegen der Sozialimperialisten ihre regionalen Hegemoniepläne verwirklichen zu können, haben sie auch Agenten gefunden, mit denen sie ihr Kuba Südostasiens heranzüchten konnten. Aber in Kampuchea haben sie bereits empfindliche Schläge einstecken müssen, und die VR China hat klargemacht, daß sie sich nicht alles gefallen läßt, sondern sich zu verteidigen weiß. Jetzt ist die Lage der Aggressoren wirklich schwierig, und anstatt Südostasien in einen Stützpunkt ihres Hegemonismus verwandeln zu können, sehen sie sich einer wachsenden Front des Kampfes gegen den Hegemonismus gegenüber. Die Sozialimperialisten haben der VR China gedroht, sie solle sich zurückziehen, „bevor es zu spät ist". Aber daß sie sich nach erfolgreicher Durchführung ihres Gegenschlages zurückzieht, hatte die VR China sowieso angekündigt. Ein Überfall auf die VR China hätte die Sozialimperialisten auf Jahre zurückgeworfen in der Vorbereitung des Krieges um Europa. Darum geht es ihnen aber. Erstens ist dort mehr zu holen. Und zweitens leichter, als sie denken.

Am 4. März haben die Sozialimperialisten ihre Drohungen erneuert und in einer Regierungserklärung „einige Regierungen angegriffen, ihre Beziehungen zur VR China ausgerechnet zu einem Zeitpunkt auszubauen, da China zur offenen Aggression übergegangen sei. Unbekümmert um diese Entwicklung seien sogar Geschäfte zum Verkauf moderner Waffen im Gange. Statt dem verantwortungslosen Treiben der Pekinger Führung Einhalt zu gebieten, werde die chinesische Aggression von dieser Seite faktisch ermuntert. Die Geschichte biete genügend Beispiele dafür, daß eine solche Politik schwere Folgen nach sich ziehe". (zitiert nach NZZ, 6.3.) Ein paar Tage später schreibt die „UZ" in einem Kommentar zu den SALT-Verhandlungen und Apels Besuch in New York: „Die Chinesen stecken mit stillschweigender Zustimmung der USA vietnamesische Dörfer in Brand. Und die Bundesregierung leistet keinen Beistand, die zunehmenden Spannungen zu verringern". (26.2.79)

Wenn die US-Imperialisten, die westeuropäischen Imperialisten oder Japan mit der VR China diplomatische Beziehungen unterhalten oder Waffenverkäufe abschließen, ist das eine Angelegenheit, die ausschließlich die beteiligten Staaten etwas angeht und ihre souveräne Entscheidung ist, die Sozialimperialisten geht das einen Dreck an. Wenn die Sowjetunion von den US-Imperialisten und den westeuropäischen Imperialisten verlangt, die Beziehungen mit der VR China abzubrechen und ein Waffenembargo gegen die VR China fordert, dann will sie vor allem auf die USA selber Druck machen, mit denen sie um die Weltherrschaft ringt, und auf Westeuropa, um dessen Kontrolle es dabei zunächst geht. Nachdem sie in Südostasien eine Niederlage haben einstecken müssen, wollen sie diese jetzt in Europa wettmachen, Westeuropa Vorschriften machen, sich Vorteile für die SALT-Verhandlungen verschaffen und auf diese Weise in den Kriegsvorbereitungen vorankommen. Die Außenpolitik der VR China stört dabei.

## BRD-Imperialisten empört über die „unberechenbare Politik Pekings"

*z.wig.* „Die Hoffnung, die Politik Pekings werde berechenbar und die Bereitschaft Pekings zur weltpolitischen Mitverantwortung im nuklearen Zeitalter sei gewachsen, ist gedämpft. Die für die chinesische Politik von alters her kennzeichnende Selbstgerechtigkeit hat sich wieder durchgesetzt. Sie wird genährt von traumatischen Erinnerungen: China soll niemals mehr gedemütigt und erniedrigt werden wie in langen Jahrzehnten."

Harry Hamm, Kommentator der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der hier „Pekings Spiel mit dem Feuer" beleuchtet, ist empört. Empört über die Selbständigkeit der VR China, die die dauernden Aggressionsakte der Hanoier Machthaber und ihrer sozialimperialistischen Hintermänner mit einem Gegenangriff beantwortet hat, ohne die Imperialisten zu fragen. Empört sind die Bourgeois darüber, daß die VR China sich unter keinerlei imperialistische Kontrolle bringen läßt. Das nennen sie Selbstgerechtigkeit, „von alters her". Als ob sie vergessen hätten, wie sie noch vor ein paar Jahrzehnten mit China umspringen konnten.

Fiebrig wie Imperialisten nun einmal sind, wenn es ums Geschäft geht, hatten sie sich über die „Öffnung des chinesischen Marktes" fast überschlagen. Die Begeisterung wurde schon getrübt, als die VR China den US-Imperialismus zwang, die diplomatischen Beziehungen zu dem Regime in Taiwan abzubrechen und sich keine erniedrigenden und demütigenden Bedingungen aufnötigen ließ.

Damals kommentierte ein anderer Leitartikler der FAZ: „Wir können kaum nachfühlen, wie tief das Erlebnis der Niederlage in Vietnam Land und Führung einer Weltmacht prägt ... Wir können uns nicht vorstellen, wie viele und verschiedenartige Interessen in dieser vielfarbigen Nation ... zusammenkommen und ausgerichtet werden müssen. Vielleicht können wir uns deshalb auch nicht vorstellen, was ‚Normalisierung' auf amerikanisch noch alles heißen kann."

Die westdeutschen Bourgeois konnten sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die VR China bei den Verhandlungen über die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen gegenüber dem US-Imperialismus in die Initiative gekommen ist. Und gegenüber solcher Normalisierung drücken sie lauthals ihre Beunruhigung aus. Die FAZ schreibt: „Präsident Carter hat einen Vorgeschmack davon bekommen, mit Teng zusammen am Tisch die chinesische Karte zu spielen. Da stellt sich durchaus die Frage, wer in solchen Fällen welche Karte mit welchem Ergebnis spielt."

Bereits am Tage des Beginns der chinesischen Militäraktion war die Stimmung gedämpft und taten sich den FAZ-Leitartiklern neue Fragen auf: „... zwei Überlegungen stellen sich nun als politische Fragen: Hätte Carter seine China-Entscheidung gefällt, wenn er gewußt hätte, daß China alsbald so zuschlagen würde? Und hätte China dieses Zuschlagen gewagt, wenn Carter seine Entscheidung noch nicht gefällt hätte?"

Der einzige, der den „Überblick" behalten hatte und es wie immer gleich gewußt hatte, war der Kanzler: „Auf jeden Fall bestätigt sich, daß die Bundesrepublik mit gutem Grund einigen Abstand von der euphemistischen Stimmung gehalten hat, in die so viele gerieten, als Washington die fällige China-Wende endlich vollzog. Der Bundeskanzler hat dann in Guadeloupe die drei anderen Mächte dieser westlichen Viererkonferenz gewarnt, sich einem Übermaß an Chinabegeisterung hinzugeben." Da, wo ihre Kontrolle nicht hinreicht, wie bei der sozialistischen Volksrepublik China, hört die Begeisterung der BRD-Imperialisten auf.

## Schiffbauer des Bremer Vulkan beschließen Aktionsprogramm zum 1.Mai

*r.hek.* „Es wäre doch dem Vulkan auch damit geholfen, wenn er solche älteren Mitarbeiter wie mich früher in Pension schicken würde", ließ die Betriebsführung in der Werkszeitung einen 62-jährigen Schlosser zu Worte kommen. Ja schon, aber: In einem Beschlußantrag an die Branchenversammlung SAV 3 (Schiffbau) rechnete ein Genosse das Minus aus, das bei Inanspruchnahme der vorzeitigen Verrentung den Arbeitern entsteht. Dort und vorher mittels zweier Wandzeitungen in der Schiffbauhalle wurde die Rentenformel erläutert sowie die Bestimmungen des 20. und 21. Rentenanpassungsgesetzes. Die Branchenversammlung beschloß daraufhin anläßlich der Vertrauensleutewahlen und zur Vorbereitung des 1. Mai einstimmig das schon 1977 und 1978 aufgestellte Aktionsprogramm (35-Stunden-Woche, Verbot der Akkord-, Nacht-, Schicht-und Überstundenarbeit, Festgeldforderungen im Lohnkampf, 1500 DM steuerfrei), sowie die volle Weiterzahlung des Lohnes bei Kurzarbeit, die Herabsetzung des Rentenalters bei Männern und Frauen, die vollständige Selbstverwaltung der Kassen durch die Versicherten und die Erhöhung der Renten auf 75% des Facharbeiterecklohns als auch Erhöhung mit ihnen. Gleichzeitig wurde beschlossen, die laufenden Akkordkürzungen an den Brennmaschinen zurückzuschlagen und dazu das Akkordbüro herzuzitieren.

## Lohnsenkung mit betrieblichen Zulagen

*r.frk.* Oftmals ist nur ein Teil des Arbeiterlohns tariflich abgesichert, während die Kapitalisten einen anderen Teil als sog. außertarifliche Zulage zahlen. Beide zusammen bilden den tatsächlichen Lohn, beide sind Lohnbestandteile. Für die Kapitalisten sind die außertariflichen Zulagen ein Mittel zur Lohnsenkung. Ein Beispiel: Bei Blaupunkt (Bosch) in Hildesheim sind bei den Zeitlöhnern bis zu 3 DM/Std. tariflich nicht abgesichert. Das sind bei 176 Monatsstunden 528 DM. Erreicht wird das über ein ausgeklügeltes Beurteilungssystem, das die 10 Lohngruppen in genau 150 verschiedene Löhne aufsplittert, sonstige Zulagen nicht mitgezählt. 1977 ist die Zulage nicht bei der Lohnerhöhung berücksichtigt worden, 1978 konnte die Lohnsenkung zumindest in den unteren Lohngruppen durch den 93 DM-Mindestbetrag aufgefangen werden. Jetzt ist die Zulage erneut nicht mit dem Lohnabschluß erhöht worden. Im Lagerbereich sind die meisten Kollegen z.B. in den Lohngruppen 5 und 6. In Lohngruppe 6 betrug der Stundenlohn 9,84 DM, *einschließlich* 0,94 DM Zulage im besten Fall. Monatlich beträgt bei 176 Stunden diese nicht abgesicherte Zulage 161,92 DM. Da sie nicht erhöht wurde, fehlen den Arbeitern hiervon 4,3 %, das sind 7 DM oder ein Dreiviertel Stundenlohn. Die Kapitalisten gewinnen auf diese Weise allein an den Zeitlöhnern 30 – 40000 DM monatlich.

## Arbeitsamt schiebt der VKS ausländische Jugendliche zu

*r.heu.* Seit Dezember 1978 haben bei den Vereinigten Kammgarnspinnereien in Delmenhorst etwa 70 bis 80 vorwiegend ausländische Arbeiter gekündigt, vor allem wegen der Elendslöhne in der Textilindustrie. Nach fünf Jahren muß die auf einen Betrieb beschränkte Arbeitserlaubnis in eine allgemeine Arbeitserlaubnis umgewandelt werden, und die Arbeiter nutzen die Möglichkeit, daß zum Beispiel Mercedes in Bremen erfahrene Industriearbeiter braucht und dafür mehr zahlen muß. – Da erhält dann das Arbeitsamt Anweisungen, den Textilkapitalisten die Niedrigstlöhne durch Zufuhr von neuer Arbeitskraft zu erhalten und arbeitslose Ausländer an die VKS zu vermitteln. Ihnen wird erzählt, daß Klöckner und Mercedes keine Ausländer einstellen. Über die „Lehrgänge zur Förderung der Berufsreife" wird die jugendliche Arbeitskraft erfaßt und verschoben. Mehrere türkische Jugendliche aus einem solchen Lehrgang verlangten von der Berufsberatung die Vermittlung einer Lehrstelle. Sie wurden an die allgemeine Arbeitsvermittlung verwiesen und an die VKS vermittelt zur Fabrikarbeit. Einige von den unter 18 jährigen mußten die Arbeit annehmen. Mindestens einer von ihnen mußte schon bevor er 18 wurde in Früh- und Spätschicht bis 23 Uhr arbeiten. Die VKS-Kapitalisten vernutzen ihn mit schwerer Transportarbeit für 800 DM netto pro Monat.

# Das „Radikalenerlaß"-Manöver entfaltet seine volle Pracht

*r.hes.* In Bremen führt Koschnik jetzt, nachdem er erst mal von Bonn in die Hansestadt zurückgeschickt wurde, in der Praxis vor, wie die Sache mit der Liberalisierung des Radikalenerlasses zu handhaben ist: Mehrere Lehrer wurden seit Herbst letzten Jahres zu Anhörungen geladen. In der letzten Woche wurden ein Entlassungsverfahren gegen Barbara Schramm und ein Disziplinar- und Suspendierungsverfahren gegen Uli Gerstenberg eingeleitet, Ralf Selbach wurde als Bewerber für den Schuldienst abgelehnt.

In mehreren Fällen wurde – ganz im Sinne der Forderung des Herrn Koschnick nach 10-jähriger Probezeit – die Probezeit verlängert (teilweise schon über 5 Jahre). Während dieser Zeit werden den Kandidaten auf die Beamtenstellen dann Angebote gemacht, ganz auf der Linie des 9-Punkte-Programms: Als Gründe für die Verlängerung der Probezeit tauchen z.B. Vorwürfe auf wie Besuch einer KBW-Veranstaltung oder Strafverfahren, die eingestellt wurden oder mit Freispruch endeten. Die Opportunisten sollen anbeißen, in dem Sinne: „einmal zur Information" dürfe man doch solche Veranstaltungen besuchen, oder es sei ja „nachweislich nichts gewesen". Gelingt es, die Bewegung in dieses Fahrwasser zu ziehen, ist die Spaltung schon geglückt.

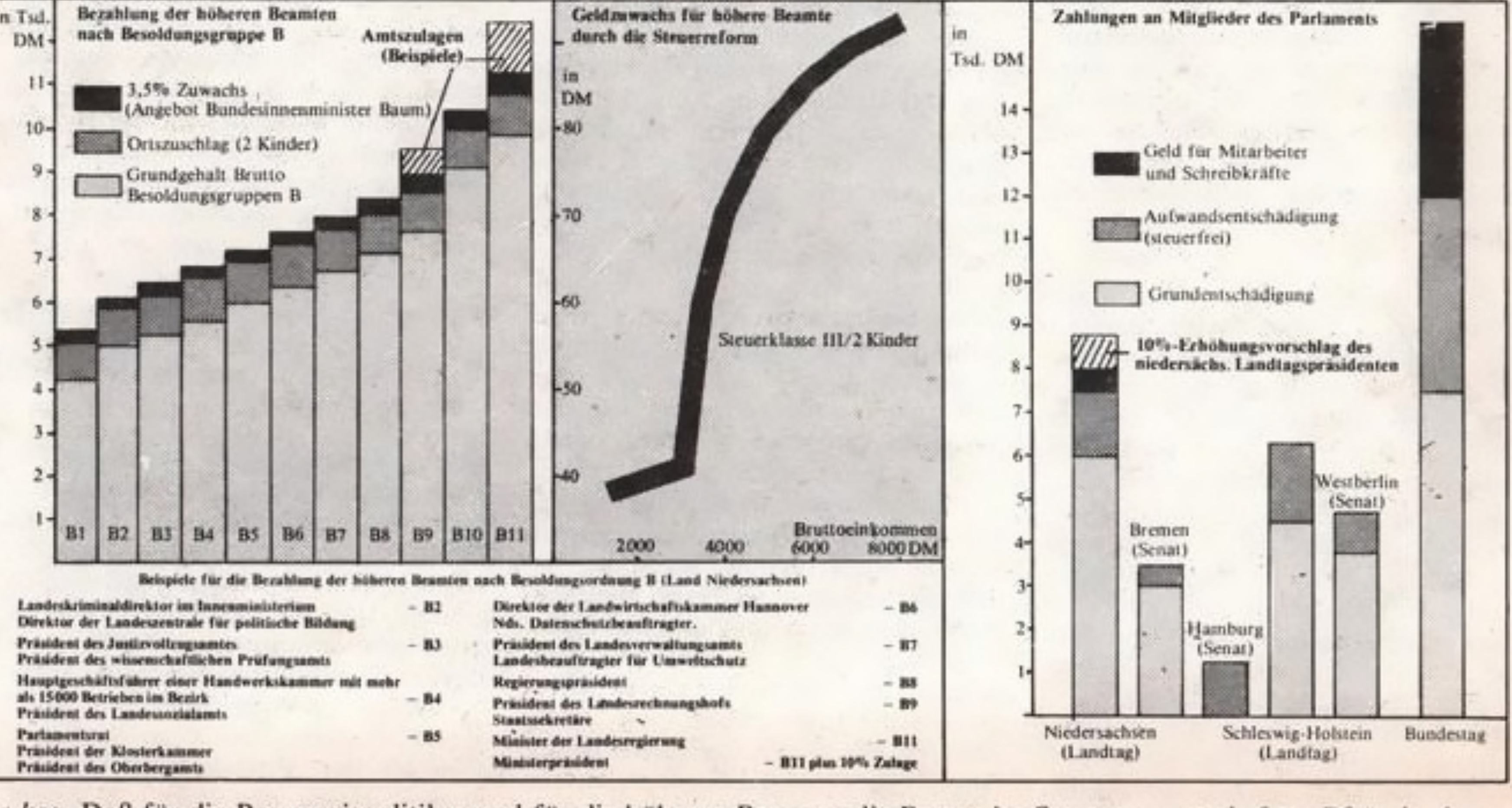
In gleicher Weise werden die Fallstricke des Grundsatzes Nr. 7 von Koschnick ausgelegt: „Erkenntnisse über Tatsachen... die mehr als zwei Jahre zurückliegen, sind nicht zu berücksichtigen." Im Fall der Lehrerin Schelhowe, Beamtin auf Probe, sind ausschließlich Gründe genannt, die inzwischen mehr als 2 Jahre zurückliegen.

Im Sinne seines Grundsatzes 3: „Bei der Entscheidung über die Einstellung oder Entlassung ist nur von den Tatsachen auszugehen, die der Einstellungs- oder Beschäftigungsbehörde ohne besondere Ermittlungen bekannt sind", hat Koschnick schon vor 3 Jahren die Vorbereitungen treffen lassen: Mit dem sogenannten „Eisenhauer-Brief" wurden insbesondere die Schulleiter dienstlich angewiesen, über alle ihnen bekanntgewordenen auffälligen schulischen und außerschulischen Aktivitäten der Lehrer Meldung zu erstatten. Seit dem sogenannten Eisenhauer-Brief ist auch zu beobachten, daß die Oberschulräte bei Demonstrationen und Aktionen des KBW in der Innenstadt herumschleichen und spitzeln müssen.

In dem Schreiben an Ralf Selbach, in dem seine Einstellung in den Bremischen Schuldienst abgelehnt wird, spricht Innensenator Fröhlich unter Berufung auf das Bundesarbeitsgericht einfach von „Lehrer im Schuldienst", womit er auch die Angestellten meint. Die „gesteigerten Anforderungen in politischer Hinsicht" unterscheiden sich in nichts von denen, die der bürgerliche Staat an seine Beamten stellt: Vorgeworfen wird auch dem Lehrer Selbach Verkauf der KVZ, Unterstützung der Ziele des KBW. Hinzu kommt als Grund für die Nichteinstellung: Er habe in einem offenen Brief dazu aufgerufen, den „kompromißlosen Kampf gegen den staatlichen Dienstherrn zu organisieren". Dieser Vorwurf zielt direkt gegen das Streikrecht für die Angestellten im öffentlichen Dienst. Die Zunahme der Angestelltenverträge für neueingestellte Lehrer zwecks rascherer Verfügbarkeit und Senkung der Lohnkosten ist nur unter der Maßgabe „alle unters Beamtenrecht" zu sehen.

Bei den Lehrern macht Koschnick den Anfang, in der Hoffnung, daß die Bewegungen hier zersplittert sind und eine Schule viel mehr als zwei Tage Streik schon nicht zustandebringt. Sein Ziel, Isolierung der Arbeiterklasse von allen anderen Schichten, insbesondere der werktätigen Intelligenz, kann er aber nur durchsetzen über den Zugriff auf die Bremer Reformuniversität als Ausbildungsstätte der Intelligenz. Gegenwärtig ist es so, daß das Bremer Modell nicht das ausspuckt, was die Bourgeoisie braucht: Unterdrücker, die mit der Arbeiterjugend fertigwerden, indem sie spalten und draufhauen, gute Wissenschaftler für die Bourgeoisie. Sind gute Wissenschaftler darunter, sind es Kommunisten. Hier muß aufgeräumt werden. Begonnen wurde mit Strafverfahren gegen die Hochschullehrer Biesecker und Nake; der direkte Angriff scheint Koschnick gegenwärtig nicht klug, weil er weiß, daß er sich kräftig was einhandeln würde. So versucht er's erstmal mit Zersetzung, die die Liquidierung der Lehrerbewegung bewirken soll.

Ob dem Koschnick das Aufräumen gelingt und er dann siegreiches Come-Back in Bonn feiern kann, ist fraglich: Die Aktionseinheit gegen die politische Entrechtung festigt sich und ist im Verlauf dieser Woche schon gut vorangekommen. Gegen die Entlassungsverfahren, teilweise in Briefen an den Personalrat Schulen mit der Aufforderung, die Zustimmung zum Antrag des Senators auf Entlassung zu verweigern, haben sich zahlreiche Kollegien und Organe der GEW ausgesprochen. Gut gestützt wird diese Bewegung durch einige Beschlüsse aus den Lehrerkollegien zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst, wo ein Abschluß nicht unter Metall gefordert wird. Es kommt jetzt darauf an, daß der gesamte öffentliche Dienst diese Bewegung unter den Lehrern stützt, um ihre Abspaltung zu verhindern.




Beispiele für die Bezahlung der höheren Beamten nach Besoldungsordnung B (Land Niedersachsen)

| | |
|---|---|
| Landeskriminaldirektor im Innenministerium; Direktor der Landeszentrale für politische Bildung | – B2 |
| Präsident des Justizvollzugsamtes; Präsident des wissenschaftlichen Prüfungsamts | – B3 |
| Hauptgeschäftsführer einer Handwerkskammer mit mehr als 15000 Betrieben im Bezirk; Präsident des Landessozialamts | – B4 |
| Parlamentsrat; Präsident der Klosterkammer; Präsident des Oberbergamts | – B5 |
| Direktor der Landwirtschaftskammer Hannover; Nds. Datenschutzbeauftragter. | – B6 |
| Präsident des Landesverwaltungsamts; Landesbeauftragter für Umweltschutz | – B7 |
| Regierungspräsident | – B8 |
| Präsident des Landesrechnungshofs; Staatssekretäre | – B9 |
| Minister der Landesregierung | – B11 |
| Ministerpräsident | – B11 plus 10% Zulage |

*r.kea.* Daß für die Bourgeoispolitiker und für die höheren Beamten die Posten im Staatsapparat als fette Pfründe eingerichtet sind, ist im Volk bekannt. Dennoch lohnt es sich, hin und wieder, den aktuellen Stand und das Ausmaß dieses Schmarotzertums offenzulegen. Völlig gesetzlich und bevor sie auch nur einen Pfennig illegaler Bestechungsgelder kassiert haben, erhalten z.B. niedersächsische Landesbeamte der Besoldungsgruppe B zwischen 5000 und 12000 DM an monatlichen Bruttobezügen. Bei diesen Summen besonders hohe Steuern zu erwarten, ist ein Irrtum. Abgesehen davon, daß die Bourgeoisie so ziemlich jede Geldausgabe von der Steuer absetzt, zahlen die höheren Beamten seit der Steuerreform auch relativ weniger Steuern als früher. Bei den Parlamentsmitgliedern wird sogar ein Teil ihres Einkommens, die sogenannte Aufwandsentschädigung, gar nicht versteuert. Darüber hinaus wird von den Bourgeoispolitikern erwartet, daß sie möglichst Mitglied in mehreren Aufsichtsräten großer Unternehmen sind. Für die Teilnahme an einer Aufsichtsratssitzung müssen sie dann mit bis zu 6000 DM rechnen.

# „Mörder- und Zerteileranlagen"

### Verbot der Teilzeitarbeit / Schicht bei der Hamburger Post

*r.rah.* „Mörder- und Zerteilanlagen"; das haben Kollegen in der Dienststellenleitung III,2 des Paketpostamtes in Hamburg-Altona angebracht. Es hieß ursprünglich „Förder- und Verteilanlagen"; Überschrift über eine schematischen Darstellung des Gangs der Ausbeutung der Teilzeitarbeiter an dem Gefüge von 40 km festinstalliertem Förderband.

Das Paketpostamt in Altona ist der Umschlagplatz für alle Pakete aus dem norddeutschen Raum. Entladen, Neuaufteilung der Pakete auf die Postleiträume, Beladen der Lastwagen und Güterwagen für den Geschäftsbetrieb der Kapitalisten. Über 100000 Pakete am Tag, zu Spitzenzeiten ca. 300000. Der Betrieb steht über einen eigenen Bahnhof direkt mit dem Güterbahnhof in Othmarschen in Verbindung.

Nach dem Durchqueren einer 20 m tiefen Ladehalle, am Niedergang zu den Spinden, befindet sich der Arbeitsplan: hier erfährt man jeweils vor Schichtbeginn, wo man „eingesetzt" wird. Die meisten in der direkt dahinter liegenden Packkammer Mitte, im 3. Verteilungsgang. Die vorsortierten Pakete kommen über 18 Schütten, große 10 m hohe Wendelrutschen herunter und müssen nach Postleitzahlen sortiert werden.

Bei der Einteilung der Schütten durch die „Aufsicht" sieht man unter den 40 – 60 Arbeitern alle irgendwie bekannte Gesichter. Mit dem einen hat man vor 2 Wochen schon mal zusammengearbeitet, mit dem anderen vor ein paar Tagen oder einem Monat. Der staatliche Dienstherr hat dafür gesorgt, daß sich ein fester Kern der Belegschaft nur schwer herausbilden kann. Ein verwirrendes Durcheinander von Schichten und Verträgen. Es gibt Tagesaushilfen, die bei Bedarf angerufen werden. Tagelöhner, ohne wie solche bezahlt zu werden. Das Geld kriegt man am 25. des darauffolgenden Monats. Sodann Arbeiter mit befristeten Verträgen, meist 2 Monate. Und die Festen. Die Festen und Befristeten haben 7 Stunden, 15, 20 oder 24 Stunden-Verträge. Die Schichten sind noch vielfältiger. Praktisch über den ganzen Tag verstreut, über 12 Stück, keine länger als 5 Stunden. Es gibt Kollegen mit 20 Stunden/Woche-Verträgen, die eine Woche 5 mal 3,5 Stunden haben und die nächste Woche 6 mal 3,5 Stunden.

Die Arbeit an den Schütten ist monoton, nervenaufreibend und äußerst intensiv. Man wird jeweils auf eine Gruppe von 3 Schütten eingeteilt. Hat man die seine leer, erscheint postwendend die Aufsicht und schickt einen zur nächsten vollen. Er hat von seinem Podest in der Mitte alles gut im Blick. 3,5 oder 5 oder 4 oder 4,5 Stunden nur auf Trab ohne Pause. In der Packkammer arbeiten hauptsächlich Studenten. Auch Hausfrauen, aber weniger.

Die Pakete werden von dem ständig vollen Förderband nach Postleitzahlen in Rutschen und auf andere Bänder abgestoßen. Die Bänder wurden in den letzten Jahren immer schneller gestellt. Guckt man nach einer halben Stunde von dem sich bewegenden Förderband weg, wird einem sofort schlecht. 5 Stunden, ohne jede Unterbrechung, pro Minute 30 – 40 Pakete. Manche Frauen machen das schon viele Jahre. Der Stundenlohn beträgt 8,72 und nach 20 Dienstjahren 10,05 DM die Stunde. Eine der Arbeiterinnen, seit 7 Jahren bei der Post, benutzt das Geld, damit die 3 Kinder eine Ausbildung kriegen können. Alle Frauen haben noch einen Haushalt zu versorgen, könnten kaum länger als 15 oder 20 Stunden die Woche arbeiten, müssen aber Teilzeit arbeiten, da sonst das Familieneinkommen nicht langt. Bei den Studenten ist es nicht anders. Und dabei ist die Arbeit aufgrund der rechtlosen Lage der Teilzeitarbeiter vollständig unsicher. Sechs Monate oder länger Probezeit, unbezahlte Pausen, keine Bezahlung von Überstunden bei Tagesaushilfen, die knapp die Hälfte der Arbeiter ausmachen.

Unter der Überschrift: „Ist Teilzeitarbeit eine moderne Form der Ausbeutung der Frauen?" veröffentlicht die Hamburger Morgenpost am 20.2.79 eine Stellungnahme von Hildegard Pschunder, Stellvertretende Vorsitzende des DGB Bundesausschusses Frauen. „Teilzeitbeschäftigte Frauen leisten meist die Arbeit einer Ganztagskraft, sie werden als Arbeitskraft ausgenutzt, der Arbeitgeber kommt in den Genuß der Leistungsspitzen der Mitarbeiterin." Ausreichender Tariflohn auf den Normalarbeitstag ist grundlegend für ein Verbot der Teilzeitarbeit.

## Ärzte des Cecilienstifts für Abschaffung der „Bereitschaftsdienste"

*r.raa.* Kein Assistenzarzt der Kinderklinik Cecilienstift Hannover ist länger bereit, sich durch die Nachtdienste Gesundheit und Arbeitskraft für monatlich ca. 500 Mark mehr Lohn ruinieren zu lassen. Nächtlicher „Bereitschaftsdienst" bedeutet nichts anderes als 15,5 Überstunden, die – miserabel bezahlt – zwischen zwei normale Arbeitstage geschaltet werden, so daß nicht 8 Stunden, sondern bis zu 32,5 Stunden hintereinander gearbeitet wird. Wer das Glück hat, sich zwischendurch für 2 Stunden aufs Ohr legen zu können, der merkt nur umso deutlicher, wie sehr ihm der Schlaf fehlt. – Mit ihrem Antrag, die „Bereitschaftsdienste" durch Schichtdienst zu ersetzen, stützen sich die Ärzte auf den Bundesangestelltentarif, wonach „Bereitschaftsdienste" nur erlaubt sind, „wenn zu erwarten ist, daß zwar Arbeit anfällt, erfahrungsgemäß aber die Zeit ohne Arbeitsleistung überwiegt" (BAT SR 2a Nr.6 B Abs.1) Der Antrag zielt auf Durchsetzung des 8-Stunden-Tages und der 40-Stunden-Woche. Auch der Nachtdienst der Schwestern führt bei 11 Stunden an sieben oder 14 Tagen hintereinander zu 37 Überstunden wöchentlich. „Freizeitausgleich" für diese Überstunden ersetzt nicht den ausreichend langen Jahresurlaub. Ohne Kampf um drastische Anhebung der Ärzte- und Schwesternstellen ist der Kampf gegen Verschleiß der Arbeitskraft und gegen Vernachlässigung der Patienten nicht zu gewinnen. Keinesfalls darf die Klinikleitung tagsüber die Kräfte einsparen, die nachts zusätzlich gebraucht werden. Während nach ÖTV-Richtlinien von 1975 im Cecilienstift 26 Ärzte nötig wären, hat die Stadt Hannover nur 12,5 Planstellen für Ärzte vorgesehen. Wie bei den Schwestern verzögert sie die Wiederbesetzung offener Stellen.

### Senatsversuch: „Freimachen unterbelegter Mietwohnungen"

*b.ulh.* 22 Mio. Wohnungen hat das Statistische Bundesamt 1972 gezählt. Davon hatten über 11 Mio. keine Sammelheizung und in etwa 3 Mio. fehlte das eigene Bad. Etwa 8 Mio. zählte die Bourgeoisie zur „besten Ausstattungsklasse", was bedeutet, daß diese Wohnungen eine Sammelheizung sowie Bad und WC *in* der Wohnung haben.

Für Hamburg hat der Senat eine Belegungsnorm festgelegt: „nach der ein Zimmer pro Person gerechnet und bei fünf und mehr Personen pro Haushalt sogar ein Zimmer weniger als entsprechend belegt angesehen wird." (Bü.Plen.prot. 31.1.79) – 1968 waren 24% der Mietwohnungen überbelegt und 1974 16%, nach Umfragen der senatseigenen „Prognos". „Von den amtlich registrierten Wohnungssuchenden sind 12% Familien mit vier und mehr Kindern und bei den Wohnungsnotfällen sind dies sogar 18%.

Insgesamt handelt es sich um 6300 Familien oder Haushalte mit vier und mehr Personen, die große Sozialwohnungen benötigen." (Bü.Plen. 31.1.79) – Auf dem bestehenden Wohnungselend entfaltet der Hamburger Senat seine Politik der Spaltung und Unterdrückung. 1978 führte der Senat einen Modellversuch zur Freimachung unterbelegter Mietwohnungen im sozialen Wohnungsbau ein. „Bis zum 31. Dezember 1978 konnten 61 große unterbelegte Wohnungen, die bisher von 91 Personen bewohnt wurden, auf dem Weg über Umzugsprämien wieder familiengerecht mit 265 Personen belegt werden. Für das Freimachen der großen Wohnungen wurden Prämien von insgesamt 397400 DM vom Staat gezahlt, im Durchschnitt 6514 DM pro Wohnung." (WD. 12.1.79) – Auf diese Weise wurden „vorwiegend ältere Ehepaare oder Alleinstehende" aus „Wohnungen mit mindestens vier Wohnräumen" vertrieben. Die „Prämie" für die Zwangsumsiedlung will der Senat durch verschärfte Plünderung der kinderreichen Familien wieder reinholen: die bisher geltenden Mietobergrenze für die „großen" Wohnungen soll von 4,75 DM/qm auf 5 DM/qm heraufgesetzt werden. – Der Senat ist insgesamt mit den Ergebnissen seiner Politik zur Bereitstellung von „ausreichendem Wohnraum" zufrieden. Schließlich ist die „freiwillige Umschichtung" ebenso wie die weitere Sensatsmaßnahme der „Wohnungszusammenlegung" wesentlich billiger als der Neubau von Wohnungen. Der Mietwohnungsneubau der senatseigenen Neuen Heimat machte 1978 nur noch 3,7% der Bautätigkeit aus. Neubauten im Sozialen Wohnungsbau, die zu über 25% den Kapitalisten aus Steuergeldern bezuschußt wurden, wird es in Zukunft nicht mehr geben. Der bürgerliche Staat kommt mit den abgepreßten Steuergeldern den Anforderungen der Kapitalisten nicht mehr nach. Ein Mittel zur verschärften Schröpfung der Massen ist die Privatisierung des sozialen Wohnungsbaus. Über höhere Mieten und verschärfte Gebührenplünderung wollen die Kapitalisten dabei ihren Schnitt machen. – Zu dem „Freimachungsversuch" gibt jetzt die CDU in Hamburg noch Zunder. Sie droht:

das Freikaufen der größeren Wohnungen per Prämie dürfe keine Dauereinrichtung werden. Schließlich hätten die Leute jahrelang in zu großen Wohnungen gewohnt. Und jetzt schenkt man ihnen noch ein paar tausend Mark dazu...

# Vollständiges Verbot der Nachtarbeit für Krankenpflegeschüler!

Am 5.3. hat Innenminister Baum für die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst 3,5% mehr Lohn und 75 DM Urlaubsgeld angeboten. Am Mittwoch, den 14.3. soll nächster Verhandlungstermin sein; Dienstherr und Beschäftigte sind beide an einem schnellen Abschluß der Verhandlungen interessiert, allerdings aus ganz unterschiedlichen Interessen. Dem Staatsapparat gehts darum, zügig einen niedrigen Abschluß über die Bühne zu bringen, deshalb zu der angedrohten Lohnsenkung ein relativ hohes Angebot (3,5% kosten ihm bereits über 42 Mill. DM). Er will uns glauben machen, ein hoher Abschluß sei zu erwarten.

Die Interessen der Lohnabhängigen im Öffentlichen Dienst dagegen sind so, daß sie nicht lange gewillt sind, ohne Kenntnis über den Preis ihrer Arbeitskraft arbeiten zu müssen. Sie drängen auf einen schnellen Abschluß, der nicht unter den 4,3% der Metallarbeiter liegen darf. Die Krankenpflegeschüler sind Teil der Bewegung im Öffentlichen Dienst, überhaupt nicht bereit, weitere Lohnsenkung hinzunehmen.

Der Dienstherr versucht schon lange, den Wert der Arbeitskraft der Krankenpflegeschüler zu senken. 1977 konnte er eine Lohnsenkung des Krankenpflegeschülertarifs durchsetzen.

Auf Druck der Belegschaften der Krankenhäuser sah sich der ÖTV-Hauptvorstand gezwungen, die Rücknahme der Rückstufung in seinen Forderungsvorschlag für die Lohnbewegung des Jahres 1979 aufzunehmen. Der Versuch, der Anrechnung der Schüler auf den Stellenplan und die Ausweitung ihrer Nachtarbeit sind weitere Bestandteile, die Rationalisierung voranzutreiben und die Lohnkosten im Öffentlichen Dienst zu senken.

Schon lange führen die Schüler der Hamburger Krankenhäuser den Kampf gegen die Ausweitung der Nachtarbeit. Auf einer Podiumsdiskussion der ÖTV-Jugend mit der Senatorin Elstner wurde der Widerstand ausgedrückt mit der Aufstellung der Forderung: Höchstens 10 Nachtwachen auf 3 verschiedenen Disziplinen nur zusammen mit einer examinierten Kraft! Durchgesetzt wurde diese Regelung im AK Wandsbek und Eilbek.

Aufgrund dieser Auseinandersetzung sah sich die Gesundheitsbehörde gezwungen, eine Dienstanweisung an die Krankenhäuser zu schicken mit der Festlegung: Schüler aus der allgemeinen Krankenpflege müssen mindestens 20, höchstens 30 und in der Kinderkrankenpflege mindestens 30, höchstens 50 Nachtwachen machen. Im 3. Ausbildungsjahr sollen die Nachtwachen von den Schülern alleine gemacht werden, ohne examiniertes Personal.

Diesen Angriff konnte der Dienstherr nur wagen, weil die Schüler sich auf 10 Nachtwachen höchstens mit einer examinierten Kraft geeinigt haben und nicht auf das vollständige Verbot der Nachtarbeit für Krankenpflegeschüler. Diese Forderung birgt die Illusionen in sich, daß man sich mit dem Staatsapparat auf einen Kompromiß einlassen kann und dann auch in Ruhe gelassen wird und daß Nachtwachen für die Ausbildung notwendig und nützlich seien. Ist man erst einmal dieser Meinung, kommt man schnell dazu, sich mit Senatorin Elstner über die Anzahl zu einigen. Tatsächlich ist es aber so, daß der Dienstherr mit diesem Erlaß immer mehr Ausbildungszeit in Arbeitszeit umwandeln will. Um zu beweisen, daß die Nachtwachen für die Auszubildenden keine Ausbildungszeit, sondern Ausnutzung ihrer Arbeitskraft bedeuten, ist es nützlich die Arbeit während der Nacht daraufhin zu untersuchen. Ein Ablauf sieht z.B. folgendermaßen aus:

Am Anfang der Wache werden Medikamente und Tee ausgeteilt, Schüsseln zum Waschen für den Morgen aufgestellt, alle Bettlägerigen bekommen noch ein Becken. Den Frischoperierten wird Puls und Blutdruck gemessen, das Bett gemacht. Meist haben viele noch Fragen oder Wünsche, bevor sie schlafen. In der Zeit bis zum morgentlichen Waschen gegen 4 Uhr muß man die Wäsche richten, Tabletten stellen, Kurven schreiben, Instrumente reinigen und sterilisieren, Geschirr und Wäsche für morgens vorbereiten, Blutröhrchen kleben, Dienstzimmer saubermachen, Waschbecken und Spülraum reinigen, Infusionen und Spritzen richten, Material zum Urinabnehmen richten, zwischendurch nach Patienten schauen. Sind Frischoperierte unter den Patienten, kommt man gerade bis 4 mit dem Programm durch. Um 4 Uhr fängt man meist an, die Patienten zu waschen, schmutzige Betten frisch zu beziehen, dann Becken austeilen, Urin abnehmen mit Katetheter, Thermometer austeilen, einsammeln und eintragen, Waschschüsseln waschen, z.T. Spritzen geben und Blut abnehmen, manchmal auch Urin untersuchen.

An diesem Ablauf läßt sich erkennen, daß nur ein ganz geringer Teil der Arbeit, höchstens 5%, wirklich Arbeit ist, die nur in der Nacht erledigt werden kann. Frischoperierten den Blutdruck und den Puls messen, und alle Patienten über die Nacht kontrollieren, manchmal Patienten aufs Becken setzen und auf die Wünsche der Patienten eingehen. Alles andere sind Arbeiten, die tagsüber gemacht werden sollten, aber aufgrund des Personalmangels von der Nachtwache erledigt werden müssen. Pulsen, Blutdruck messen, Patienten auf den Topf setzen, und auf ihre Wünsche eingehen, sind Tätigkeiten, die im Tagdienst erlernt werden können, dazu ist keine Nachtarbeit notwendig.

Nun meinen einige Kollegen, daß Schüler gerade in der Nachtwache am meisten lernen, da sie auf sich allein gestellt sind und mit auftretenden Komplikationen fertig werden müssen. Den Patienten dient es erstens nicht, von einem unerfahrenen Schüler alleine betreut zu werden, da es für ihn tödliche Folgen haben kann. Zweitens treten auch im Tagdienst Komplikationen auf, wo die Schüler zusammen mit dem examinierten Personal die Notsituation bewältigen lernen können.

Um die Forderung: Verbot der Nachtarbeit für Krankenpflegeschüler auf dem 1. Mai erheben zu können, ist es notwendig, sie in den Betrieben zu verankern, um eine Einheit dafür herzustellen.

### Veranstaltungsreihe des KBW zum 1.Mai

**Was die Bourgeoisie unterdrückt und Reformisten und Revisionisten fürchten, wofür die Arbeiterklasse kämpft**

Die Einheit der Arbeiter und Angestellten im Lohnkampf. Festgeldforderungen!

**Hamburg,** 8.4.1979, 10 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben. **Harburg,** 8.4.1979, 10 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben. **Bergedorf,** 8.4.1979, 10 Uhr, Lichtwarkhaus. **Stade,** 8.4.1979, 10 Uhr, Grafenklause, Udonenstraße. **Lüneburg,** 8.4.1979, 10 Uhr, Gaststätte Kaltenmoor, Kaltenmoor. **Uelzen,** 8.4.1979, 10 Uhr, „An den zehn Eichen", Zur Hauenriede.

Die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf für Arbeiterrechte. Verbot der Akkordarbeit, Verbot der Überstunden, Verbot der Nacht- und Schichtarbeit, Verbot der Teilzeitarbeit, 7-Stundentag an fünf Werktagen!

**Hamburg,** 15.4.1979, 10 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben. **Harburg,** 15.4.1979, 10 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben. **Bergedorf,** 15.4.1979, 10 Uhr, Lichtwarkhaus. **Stade,** 15.4.1979, 10 Uhr, Grafenklause, Udonenstraße. **Lüneburg,** 15.4.1979, 10 Uhr, Gaststätte Kaltenmoor, Kaltenmoor. **Uelzen,** 15.4.1979, 10 Uhr, „An den zehn Eichen", Zur Hauenriede.

Die Einheit der Arbeiterklasse mit der industriellen Reservearmee. Selbstverwaltung der Sozialversicherungen. Bezahlung der Versicherungsbeiträge durch die Kapitalisten!

**Hamburg,** 22.4.1979, 10 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben. **Harburg,** 22.4.1979, 10 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben. **Bergedorf,** 22.4.1979, 10 Uhr, Lichtwarkhaus. **Stade,** 22.4.1979, 10 Uhr, Grafenklause, Udonenstraße. **Lüneburg,** 22.4.1979, 10 Uhr, Gaststätte Kaltenmoor, Kaltenmoor. **Uelzen,** 22.4.1979, 10 Uhr, „An den zehn Eichen", Zur Hauenriede.

Die Einheit der Arbeiterklasse und des Volkes. Einheitsschule unter Volkskontrolle!

**Hamburg,** 29.4.1979, 10 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben. **Harburg,** 29.4.1979, 10 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben. **Bergedorf,** 29.4.1979, 10 Uhr, Lichtwarkhaus. **Stade,** 29.4.1979, 10 Uhr, Grafenklause, Udonenstraße. **Lüneburg,** 29.4.1979, 10 Uhr, Gaststätte Kaltenmoor, Kaltenmoor. **Uelzen,** 29.4.1979, 10 Uhr, „An den zehn Eichen", Zur Hauenriede.

Die Einheit der Arbeiterklasse mit den unterdrückten Nationen. Selbstbestimmungsrecht! Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen die Revolution.

**Hamburg,** 1.Mai 1979, 19 Uhr, Hochschule für Bildende Künste, Lerchenfeld.

# Modernste Fruchtumschlaganlagen – Arbeiter sollen in die Nachtarbeit gezwungen werden

*b.ruo.* „Hamburg als Fruchthafen Europas Nr.1." So überschrieb das Hamburger Abendblatt (21.2.) die Bilanz des Fruchtumschlags der Hamburger Hafen und Lagerhaus AG (HHLA) für 1978 und das für 1979 gesteckte Ziel.

Mit einem Rekordergebnis von 736300 t umgeschlagener Frucht hat die HHLA sich 1978 quasi die Startlöcher gegraben, um mit Inbetriebnahme des neuen Mehrzweck-Fruchtterminals auf dem Gelände des ehemaligen Segelschiffhafens die europäische Konkurrenz zu überflügeln, in Umschlagsmenge und Produktivitätsniveau.

Inszwischen ist die technische Grundlage des Umschlags – die Bananenkartons werden über Portalelevatoren vom Schiff in den Schuppen in LKWs oder Waggons transportiert – seit Jahren fast unverändert. Nur die Laufgeschwindigkeit der Elevatoren wurde auf 29 bis 48 Taschen/Gabeln pro Minute erhöht und die Gangstärke (Zahl der Arbeiter, die die Kartons auf Förderrollen werfen) verringert. Diese Umschlagsform hat jedoch bei aller gnadenloser Antreiberei ihre Grenzen im physischen Leistungsvermögen der Arbeiter erreicht. Merkliche Steigerungen bei etwa einem Zehntel des bisherigen Arbeitskräftebedarfs lassen sich dagegen durch die Umstellung auf Container erzielen. Ähnliches gilt für den übrigen Fruchtumschlag, wo mit der Zusammenfassung größerer Ladungseinheiten auf Paletten rund ¼ der bisher im Schiff benötigten Arbeitskräfte frei werden und weitere mit der Containerisierung.

Die HHLA bezeichnet die Investition von bisher 80 Mio. DM für das neue Mehrzweck-Fruchtterminal denn auch „zum weitaus größten Teil als Rationalisierungsinvestition" (Schmidt-Pathmann). Das Tempo der Rationalisierung wird dabei wesentlich vom Ausbau der Umschlagsanlagen in den Lieferländern sowie der Schaffung moderner Kühlschiffkapazitäten bestimmt. „Schon vor über einem Jahrzehnt reisten HHLA-Experten in die Erzeugerländer in aller Welt, um schon dort die Vorraussetzungen für löschgerechte Blockstauung und den Einsatz von Paletten und Flats sowie andere kostensenkende Maßnahmen einzuführen," heißt es dazu in einer Werbebroschüre der HHLA.

Angesichts der hohen Investitionen für die Rationalisierung von Schiffen und Kaianlagen mußte sich die HHLA jedoch auf eine kontinuierliche Umstellung der Umschlagsformen einstellen. Deswegen ein „Mehrzweck-Terminal" mit vorgesehenen Spuren für Kaikräne ebenso wie für Containerbrücken, einer Ro/Ro Anlage, mit 30000 m² Kaifläche und 20000 m² klimatisierte Schuppenlagerfläche. Damit die HHLA ihre Spitzenstellung im Fruchtumschlag halten kann, geht sie daran, alle Poren in der Transportkette vom Erzeuger zum Verbraucher zu schließen. Wurde die Frucht früher außerhalb des Hafens sortiert und abgepackt, so geschieht dies jetzt auf der größten Abpackanlage für Zitrusfrüchte in Europa in den HHLA-Fruchtschuppen, wo eine Handvoll Arbeiter und Arbeiterinnen zu weitaus geringeren als Hafentarifen in acht Stunden den Inhalt aus 6000 Kisten (rund 1 Mio. Früchte) verkaufsfertig abpacken müssen.

„Frucht hat es immer eilig," heißt es ebenfalls in der HHLA-Werbung. Tatsächlich haben die Milliarden an Infrastrukturinvestitionen für Köhlbrandbrücke, Elbtunnel und Bahnhof Maschen die Schlacht mit den europäischen Konkurrenten entscheidend mitbeeinflußt. Im Tag- und Nachtsprung fahren die MigrosBananenzüge in die Schweiz. Selbst die CSSR und Ungarn zählen zu Großabnehmern. Für die Arbeiter im Hafen und im Transport bedeutet das bloß mehr Nachtarbeit und Intensivierung der Arbeit. Wollen die Hafenkapitalisten die Nachtarbeit um des Konkurenzvorteils willen mit dem neuen Fruchtzentrum weiter ausdehen, so werden sie unweigerlich auf den Widerstand der Arbeiter treffen und auf ihre Forderung nach Verbot der Nachtarbeit.

### *Veranstaltungskalender*

**Montag, 12.März**

Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur

**Hamburg, 16.00 Uhr:** Langenhorn, U-Bahn Langenhorner Markt. Barmbek, Barmbeker Bahnhof. Billstedt, im EKZ. Mitte, Gerhard-Hauptmann-Platz. Eimsbüttel, vor Karstadt. Altona, im EKZ. Osdorf, im Elbe-EKZ. Bergedorf, im Sachsentor. Harburg, Bahnhof.

**Stade, 16.30 Uhr:** Pferdemarkt.
**Stade, 16.30 Uhr:** Bützfleth, vor Vietz.
**Buxtehude, 16.30 Uhr:** vor Stackmann.
**Lüneburg, 16.00 Uhr:** in der Bäckerstraße.
**Buchholz, 16.30 Uhr:** vor Woolworth.

**Dienstag, 13.März**

Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur

**Hamburg, 16.00 Uhr:** wie montags. Langenhorn, Langenhorner Markt. In Harburg, vor Karstadt. In Billstedt, U-Bahn Merkenstraße/ Ecke Steinbekerstraße.
**Stade, 16.30 Uhr:** Pferdemarkt.
**Buxtehude, 16.30 Uhr:** vor Stackmann.
**Lüchow, 16.00 Uhr:** am TG-Markt.
**Dannenberg, 16.00 Uhr:** vor Spar.

**Donnerstag, 15.März**

**Hamburg, 18.00 Uhr:** SRK-Sport-Trupp, Alsterschwimmhalle.

**Freitag, 16.März**

Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur

**Hamburg, 16.00 Uhr:** Gerhard-Hauptmann Platz.

**Samstag, 17.März**

Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur

**Hamburg, 10.00 Uhr:** Gerhard-Hauptmann-Platz.
**Uelzen, 10.00 Uhr:** in der Fußgängerzone.

**KBW Studienprogramm Winterhalbjahr 1978/79**

**Aufbau des Sozialismus schafft Freiraum für den Kampf der Völker**
**Wandsbek:** 12. bis 16.März, 19.30 Uhr. Studentenwohnheim Ölmühlenweg 33

**Reihe Arabien und die Entwicklung der politischen Kämpfe**
**Billstedt:** 12. bis 16.März, 20.00 Uhr, Schule Möllner Landstr. 28.

**Reihe Türkei**
**Harburg:** 12. bis 16.März, 20.00 Uhr, Elbschloßklause, Bunatwiete 2.

**Reihe deutsche Geschichte**
**St.Pauli:** 12. bis 16.März, 19.30 Uhr, Schule Ludwigstr. 6.

**Mao Zedong: Fünf philosophische Monographien**
**Lüneburg:** 12. bis 13.März, 19.30 Uhr,

Gaststätte Südbahnhof. 14. bis 16. März, Volkshochschule an der Münze, Stucksaal.
**Altona: 12. bis 15.März, 19.30 Uhr, Fachschule Max-Brauer-Allee 134. 13., 14. und 16.März, Astra-Bierstuben, Thedestr. 51.**
**Barmbek: 12. bis 16.März, 19.30 Uhr, Schule Fränkelstr.3.**

**Der Aufbau des Sozialismus schafft Freiraum für den Aufbau des Sozialismus**
**Altona:** 19. bis 23.März, 20.00 Uhr.

**Reihe zur Kritik der christlichen Soziallehre**
**Barmbek:** 19. bis 23.März, 19.30 Uhr. Gaststätte Geibelburg, Geibelstr.

**Mao Zedong: Fünf philosophische Monographien**
**Harburg:** 19. bis 23.März, 20.00 Uhr, Elbschloßklause, Bunatwiete 2.

### Senat rekrutiert Landarbeiter

*b.uwh.* Nicht einfach nur Züchtung allgemein billigster Arbeitskraft will die Bourgeoisie. Schon aussortiert nach den Sparten, in welchen die Jugendlichen später arbeiten sollen, will sie es. In seinem Förderungsprogramm sieht der Hamburger Senat für dieses Jahr vor, zusätzlich 52 Schüler in 2 Klassen des Berufsgrundbildungsjahres Agrarwirtschaft zu pressen. Das sind doppelt soviel vorgesehene Schüler, als in den anderen BGHs. Durch die Politik des Bauernlegens und der Konzentrierung der Landwirtschaft in Händen einiger Großagrarier soll das „Angebot" an billigen Landproletariern erhöht werden. Wegen der Elendslöhne, geht ein großer Teil der Jugend weg vom Land. Das Elend der Jugendlichen will der Senat nun nutzen, das Blatt zu wenden.

### Schulstreik an der Schule Hohenwedel gegen Unterrichtsausfall

Am Freitag, den 9.3. streikten die Schüler der Schule Hohenwedel in Stade für 1½ Stunden, um ihrer Forderung nach Einstellung von mehr Lehrern Nachdruck zu verleihen. Vom Unterrichtsausfall besonders betroffen sind die Schüler der 5. und 6. Klassen. Dort finden z.T. nur 7 Unterrichtsstunden wöchentlich statt. Mit Transparenten versammelten sich die Schüler auf dem Schulhof, um eine Demonstration in der Innenstadt zum Stadtrat durchzuführen. Die Polizei hat das verboten. Die Demonstration sie nicht angemeldet. Damit werden sie den Kampf auch nicht von der Straße kriegen. Statt Unterricht wurde nach dem Verbot der Demonstration in den Klassen über den Kampf gegen den Unterrichtsausfall gesprochen und beraten, die Demonstration anzumelden und durchzuführen. Zusätzlich haben die Eltern einen Protestbrief an die Regierung geschickt und die Einstellung von mehr Lehrern gefordert.

die Demonstration anzumelden und durchzuführen. Zusätzlich haben die Eltern einen Protestbrief an die Regierung geschickt und die Einstellung von mehr Lehrern gefordert.

### AStA verzichtet aud das Politische Mandat

*b.ulh.* Nachdem Jusos und MSB sich in den letzten Semestern noch nicht getraut hatte, sich im Kampf um das Politische Mandat offen auf die Seite der Bundesregierung zu stellen, haben sie diesen Schritt jetzt vollzogen. Im Kuhhandel mit Senator Sinn – Einstellung der Prozesse gegen AStA-Mitglieder für Verzicht auf das Politische Mandat – wurde folgendes festgehalten: „Der AStA wird... durch sein Verhalten keinen Zweifel daran lasse, daß er die gesetzlichen Bestimmungen strikt beachten und einhalten wird." Sinn sieht in dieser Vereinbarung „einen Beitrag zur Erfüllung des Bildungsauftrages des HRG, die Studenten auf die Übernahme von Verantwortung in einem freiheitlich demokratischen und sozialen Rechtsstaat vorzubereiten."

### Erfolgreiche Sammlung für die ZANU im Phoenix-Viertel

*b.jok.* Am 9.März führte der KBW im Phoenixviertel in Harburg eine Sammlung zur Unterstützung des Befreiungskrieges des Volkes von Zimbabwe durch. In einem Umzug und zwei Kundgebungen wurde über die gegenwärtige Lage berichtet und die Sammlung von Kleidern und Geld für die Druckausrüstung der ZANU angekündigt. Die anschließende Haussammlung fand breite Unterstützung; zum Teil wurde schon Geld bereitgehalten. Der gesammelte Betrag von 44,95 DM setzt sich aus vielen kleinen Spenden zusammen. 4 KVZ wurden bei der Aktion verkauft. Die nächste Sammlung für die Druckausrüstung der ZANU im Kreis Harburg findet am nächsten Freitag in Wilhelmsburg statt.

### „Ein Bilderbogenwinter – leider hohe Heizkosten"

*b.ins.* Unter dieser sinnigen Überschrift kündigte die Neue Heimat / Stade eine „zunächst befristete" Erhöhung der Heizkostenabschlagszahlungen an. Aus reiner Nächstenliebe – verstößt sie auch gleich gegen den Mietvertrag, nach dem derartige Erhöhungen erst zum 1.7. möglich sind. Über die Höhe des Betrages schweigt sie sich noch aus. Begründung für die Erhöhung: Steigende Energiepreise und größerer Wärmeverbrauch wegen der „extremen Witterungsbedingungen." Die Hetze gegen den wachsenden Zusammenschluß der erdölproduzierenden Länder und der Hinweis auf das Wetter soll von der Profitgier der NH-Kapitalisten ablenken.

# Mietstreik im Gustav-Radbruch-Haus und Kampf für Selbstverwaltung des Heims bei Finanzierung durch den Staat

*b.gek/hos.* Seit der Erhöhung der Wohnheimmieten Ende letzten Jahres von 130 DM auf 150 DM stehen die Studenten des Gustav-Radbruch-Hauses wieder im Mietstreik. Der Träger des Heimes, die „Freunde der Burse e.V.", dessen Kuratorium mit solchen Gestalten, wie Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff, Bürgerschaftsabgeordneten Müller-Link und Universitätspräsident Fischer-Appelt besetzt ist, haben sich 1976 für lumpige 240000 DM mit dem Einkauf des GRH von der Arbeiterwohlfahrt den finanziellen und politischen Zugriff auf 500 Studenten sichern wollen. Das Heim verrotten lassen und hunderttausende von Mark aus den Studenten pressen, um mit diesem Kapital andere Heime aufzukaufen oder bauen zu lassen, so geplant in Wuppertal, ist ihre Absicht.

Am 15.2. will die HEW zum ersten Mal den Strom, das Heißwasser und die Fernwärme abdrehen. Die Burse schreibt in einem unverschämten Brief an die Studenten, sie sähe sich „aufgrund der Verweigerung der Mietzahlung durch zahlreiche Studenten ... nicht in der Lage, die laufenden Stromrechnungen in voller Höhe zu begleichen." Tatsächlich wird aufgedeckt, daß die Burse Schulden in Höhe von 1,2 Millionen DM hat und seit Februar 1978 keine Rechnung mehr an die HEW bezahlt hat. 66000 DM betragen die Schulden, die die Studenten als Stromkosten an die Burse bezahlt haben. Wo das Geld geblieben ist, in welche Tasche es gewandert ist, war bisher nicht aufzuklären. Das Hochschulamt streicht daraufhin alle Zuschüsse an die Burse, weil der Verein seine wirtschaftlichen Verhältnisse nicht aufdecken will.

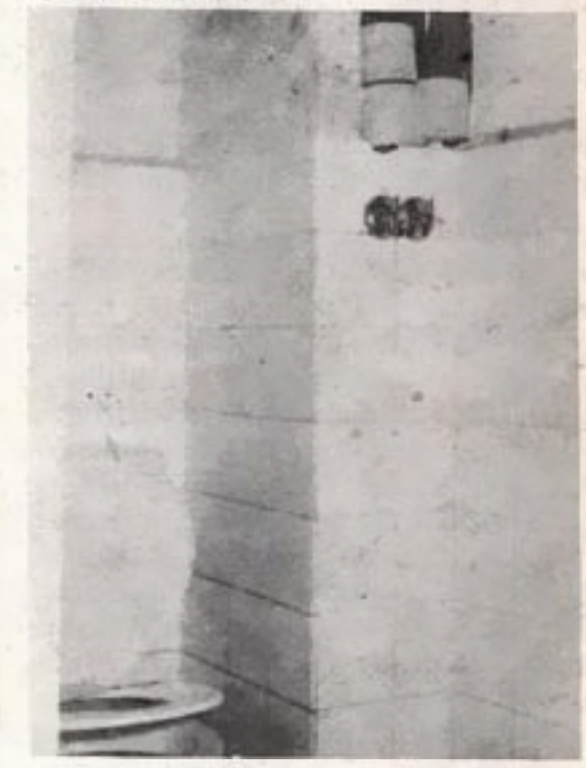
Am 14.2. beschließen die Studenten auf ihrer Heim-Vollversammlung:
1. Keinen Pfennig mehr an die Burse. Einrichtung eines Sperrkontos.
2. Durchführung einer Veranstaltung, auf der die Frage der Selbstverwaltung des Wohnheimes bei Finanzierung durch den Staat besprochen werden soll.

Am 5.3. meldet die Burse ihren Konkurs an. Ein Konkursprüfer wird eingesetzt. Am 6.3. treten die Putzfrauen in den Streik, sie fordern: Sofortige Auszahlung der Löhne und weitere Beschäftigung. Keine Kündigung. Seit dem 15.2. haben die Beschäftigten keinen Pfennig Lohn mehr gesehen. Die Ausbeutung der Beschäftigten ist ständig gesteigert worden. Die Arbeit, die früher von 18 Putzfrauen gemacht wurde, muß heute von 7 erledigt werden. Gegenüber der Verwaltung werden die Forderungen erhoben, doch Geschäftsführer Schiewe ist seit Tagen wie vom Erdboden verschluckt. Daraufhin informieren die Putzfrauen die Zeitungen von ihren Forderungen. Die Heimselbstverwaltung der Studenten unterstützt die Forderungen der Beschäftigten und wendet sich mit einem Brief an den Konkursprüfer und die Verwaltung.

Das Hochschulamt kündigt an, daß Gustav-Radbruch-Haus jetzt durch sein Studentenwerk zu übernehmen. Mit der Entfaltung umfassender Reaktion sollen die streikenden Studenten des GRH, die immer eine führende Rolle in Hamburg im Kampf gegen die Ausplünderung und Kasernierung gespielt haben, der direkten Kontrolle durch den imperialistischen Staatsapparat unterworfen werden. Die bürgerliche Presse verbreitet die konkreteren Absichten: Kündigung aller Studenten, Rausschmiß aller „illegal" wohnenden Studenten und dann sorgfältige Auswahl der Bewohner. Darüber ließe sich dann auch der Mietstreik zerschlagen. Die Interessen der Studentenmassen sind dem völlig entgegengesetzt. Die Zahl der Studenten, die die Miete bestreiken hat sich erhöht, der Heimrat hat auf seiner Sitzung am 8.3. besprochen, ob man die Löhne der Putzfrauen aus dem Sperrkonto zahlen sollte, die Vergabe der Säle und Räume im GRH und den Vertragsabschluß nimmt jetzt der Heimrat selbst vor.

All dies entspricht den Interessen der Studentenbewegung nach Koalitionsrechten und der Selbstverwaltung der studentischen Sozialeinrichtungen bei Finanzierung durch den Staat. Diese Forderung muß man zur Grundlage und zum Maßstab bei den bevorstehenden Verhandlungen mit dem Hochschulamt machen.





# Durchschnittsalter bei HAW 35 Jahre

Die Kapitalisten wollen die Lebenszeit der Arbeiter in Arbeitszeit für die Kapitalisten verwandeln

Durchschnittsalter bei HAW 35 Jahre

Die Kapitalisten wollen die Lebenszeit der Arbeiter in Arbeitszeit für die Kapitalisten verwandeln

Das durchschnittliche Lebensalter der Arbeiter bei der Hamburger Aluminiumwerken ist 35 Jahre. 40 Jahre und jünger sind 75% der Arbeiter. Über 50 Jahre sind nur 5% der Belegschaft.

Zum Vergleich: das durchschnittliche Lebensalter der Arbeiter der Gesamthafenbetriebe ist 34,9 Jahre. Über 50 Jahre sind 17% der Belegschaft. Das Durchschnittsalter der Gesamthafenarbeiter ist in den letzten 10 Jahren von 44,3 Jahren auf 34,9 Jahre gesenkt worden. Der Prozentsatz der über 50jährigen von 45% auf 17% der Belegschaft gesenkt. Diesen mühseligen Prozeß, die alte Arbeitskraft aus der Fabrik zu drängen, brauchen die HAW-Kapitalisten gar nicht erst zu gehen. Sie haben vor allem junge Arbeiter eingestellt und verjüngen die Belegschaft stetig. Das Durchschnittsalter der 1978 neu eingestellten betrug 30 Jahre.

29% der heute 20jährigen erreichen das 65.Lebensjahr nicht mehr. Was kümmert's die Kapitalisten, wenn es ihren Profit vermehrt. Dafür sind kurzlebige Arbeitergenerationen eben nützlicher als längerlebende.




Die Senkung des Durchschnittsalters der beschäftigten Arbeiter ist Ausdruck davon, daß die Arbeitskraft von den Kapitalisten ständig intensiver vernutzt wird. Es braucht schon Arbeiter unter 40 Jahren, welche die Anstrengungen der Contischichtarbeit, die Arbeit in Hitze und Dreck aushalten. Auf der Grundlage des niedrigen Lohns haben die Kapitalisten die Arbeiter in Schicht- und Überstundenarbeit getrieben. 50% der Arbeiter bei HAW arbeiten Contischicht, noch einmal ein erheblicher Teil Wechselschicht und der durchschnittliche Arbeitstag ist 9 Stunden. Dafür braucht das Kapital junge unverbrauchte Arbeitskraft. Was schert es die Kapitalisten, wenn die Arbeitskraft mit 45 weitgehend ausgelaugt ist. Sie haben die Lebenskraft der Arbeiter in kürzerer Zeit verbraucht und in Kapital verwandelt. Sie haben dem Arbeiter aber nur den durchschnittlichen Tageswert der Arbeitskraft gezahlt, der bei einem Lohn von sagen wir 65 Jahren gezahlt werden muß.

Für die Arbeiterklasse wird es buchstäblich eine Frage von Leben oder Tod, ob es ihr gelingt, der Ausbeutung Grenzen zu ziehen oder nicht. Die Stahlarbeiter haben in ihrem Streik den Kapitalisten Marken gesetzt: 6 Wochen Urlaub, zusätzliche Freischichten. Die Metallarbeiter haben erreicht, daß mit jeder Tarifrunde der Lohngruppenschlüssel mitgekündigt wird. Das ist Ergebnis der Anstrengungen der letzten Jahre, bei den Lohnkämpfen mit Festgeldforderungen gegen die Kapitalisten anzutreten. Der Lohnkampf hat für die Arbeiterklasse strategische Bedeutung. Gelingt es, die Kapitalisten zu hindern, die unteren Lohngruppen weiter zu drücken, dann bildet das eine Grundlage, um gegen die Kapitalisten mit politischen Forderungen anzutreten: 7 Stundentag, Verbot der Akkordarbeit, Verbot der Nacht- und Schichtarbeit. Dies ist der Weg, den Kapitalisten Schranken zu setzen.

Die Waffe der Arbeiter in diesem Kampf sind die Gewerkschaften, auch wenn sie durch sozialdemokratische Politik der Klassenversöhnung stumpf geworden ist. Geschärft werden sie durch die Einheit der Arbeiter und Angestellten auf dem Boden ihrer Klasseninteressen in den Gewerkschaften. Dies sollten, nach unserer Ansicht, die Arbeiter und Angestellten bei den kommenden Betriebsratswahlen und der kommenden Tarifrunde bedenken. Es gibt keinen – wie auch immer gearteten Ausgleich der Interessen von Arbeit und Kapital – weil diese Interessen sich schnurstracks entgegenstehen.

# Ehrenbergergebnisse in den Krankenhäusern im Kreis Stade

*b.ins.* Mit einer durchschnittlichen täglichen Auslastungsquote von 91,9% (567 Betten) täglich sei die Entwicklung des Stader Krankenhauses auch 1978 „wieder positiv", so der Krankenhausdezernent Stülten in seinem Jahresbericht. Der Austausch freier Betten unter den Abteilungen sei ein „bewährtes Mittel", um die kostendämpfende ehrenbergsche Auslastung zu erreichen. Besonders betroffen davon sind die Gynäkologie und Neurologie. Stülten hat allen Grund auch für 1979 optimistisch zu sein, ist es doch Ende letzten Jahres endlich gelungen, das Krankenhaus in Freiburg zu schließen und in eine Pflegestation umzuwandeln. Schon jetzt kommen 46% aller Patienten aus dem Landkreis, und so mancher wird das Krankenhaus wegen des langen Transports gleich gar nicht mehr lebend erreichen, was auch kostendämpfend ist. So beabsichtigen es jedenfalls die eifrigen Erfüllungsgehilfen Ehrenbergs. Nicht umsonst sieht der „Katastrophenalarmplan" für das Stader Krankenhaus für die „Patientengruppe B" vor (solche „mit schweren Verletzungen, die keine Überlebenschance haben, deren Behandlung sehr lange Zeit in Anspruch nehmen würden, in der anderen Verletzten mit größerer Aussicht Hilfe gebracht werden kann."), sie gleich zum krepieren ins Untergeschoß „Verkehrsknoten" zu schaffen. Das erleichtert den Abtransport.

Sowohl bei den Patienten wie auch beim Pflegepersonal gibt es heftigen Widerstand gegen dieses Kostendämpfungsprogramm. So beschweren sich immer mehr Patienten über die unzumutbaren Weckzeiten. Zum Teil ab 3.00 Uhr morgens mit dem Waschen der Patienten beginnen, um rechtzeitig fertig zu werden, weil hinten und vorn Krankenpfleger und Schwestern fehlen. Die Reaktion der Krankenhausleitung darauf: Eine Verordnung, vor 5 Uhr dürfe nicht mit dem Waschen angefangen werden. Stattdessen sollten die Patienten z.T. schon abends gewaschen werden und morgens nicht mehr oder aus der jeweiligen Frühschicht solle einer schon um 5 Uhr statt um 6 mit der Arbeit anfangen und die Nachtschwestern unterstützen. Beim ersteren haben sich die Patienten geweigert, beim zweiten die Beschäftigten.

Jetzt versucht die Krankenhausleitung, dies mit Dienstanweisungen gegenüber den Krankenschwestern und -pflegern durchzusetzen. So wurde einem Kollegen aus dem OP mit der Begründung „Arbeitsverweigerung" gekündigt. Tatsache war, der Kollege arbeitete bereits in einem Saal und konnte nicht gleichzeitig eine zweite ihm übertragene Arbeit wahrnehmen. Die Kündigung mußte zurückgenommen werden. Ohne den Zusammenschluß für das Verbot von Überstunden und die 35-Stunden-Woche an 5 Tagen bei vollem Lohnausgleich wird der Dienstherr die Beschäftigten immer wieder spalten und darüber das Ehrenbergprogramm durchsetzen können. Die Beratung dieser Forderungen im Zusammenhang mit der jetzt laufenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst und im Hinblick auf den 1.Mai ist unbedingt erforderlich.

## Auswirkung des Kostendämpfungsgesetzes beim Medikamentenverbrauch im Vergleich 1977/1978

*b.hem.* Im Krankenhaus Buxtehude liegt die Jahresbilanz der Medikamentenkosten vor. Eine Steigerung des Medikamentenverbrauchs war nur in der Chirurgischen Ambulanz, auf der Chirurgie I und der Wochenstation festzustellen. Zieht man in Betracht, daß in der Chirurgischen Ambulanz zu etwa 2/3 Arbeitsunfälle behandelt werden, zeigt das nur eine Steigerung der Unfälle in Folge gesteigerter Arbeitshetze. Vergleicht man noch die Entwicklung von Ausnutzungsgrad und Verweildauer vom Monat März zu November, so kann man feststellen, daß im März noch 199 Patienten im Durchschnitt 13 Tage behandelt wurden, im November wurden schon 216 Patienten in durchschnittlich 12,6 Tagen durchgeschleust.

| | 1977 | 1978 | DM-Differenz |
|---|---|---|---|
| Med.I | 74919,85 | 74478,92 | – 440,93 |
| Med.II | 72524,45 | 66023,88 | |
| Med.III | 44644,70 | 35839,23 | – 8805,47 |
| Chirurgie I | 126556,54 | 144048,16 | + 17491,62 |
| Chirurgie II | 109963,15 | 98479,65 | – 1148,50 |
| Chirurgie III | 77775,62 | 71597,03 | – 6178,59 |
| Gynäkologie | 81959,75 | 80883,72 | – 1076,03 |
| Wochenstation | 10616,10 | 11217,22 | + 601,12 |
| HNO | 18226,60 | 9957,41 | – 8269,19 |
| Gyn.Ambulanz | 808,05 | 780,76 | – 27,29 |
| C.Ambulanz | 1282,65 | 4285,87 | + 3003,22 |
| Op. | 74112,65 | 42077,30 | – 32035,35 |

# Klose in Mexiko, Elstner in USA

## Handlungsreisende in Sachen Expansion der BRD-Imperialisten

*b.ulh.* Nachdem sich Carter in Mexiko die grandiose Abfuhr hat verpassen lassen und ihm Zehntausende entgegengerufen haben: „Carter, wir sind nicht zu verkaufen" und „Carter kommt, um Erdnüsse gegen Öl zu tauschen", hat sich letzte Woche Klose auf den Weg gemacht, um von der Pleite möglichst abzustauben. Wenn die BRD-Imperialisten Mexiko von sich abhängig machen könnten, wäre das schon eine nationale Großtat, die ihm die Finanzbourgeoisie entsprechend honorieren müßte, mag sich der bescheidene Kanzleraspirant denken.

Zu Kloses Besuch bemerkt die Morgenpost großväterlich: „Seitdem jedoch der Sombrero als landsmannschaftliches Symbol vom Ölbohrturm verdrägt wurde, können sich die Mexikaner vor Besuchen aus dem Ausland kaum noch retten... Die Prachtstraßen sind alle noch auf „französisch" dekoriert. Reste der Giscard d'Estaing-Visite. Aber der Hamburger Gruppe kommt es auch gar nicht so auf die Etikette an; das „Geschäft" ist wichtiger. Die Handelsverbindungen zwischen Mexiko und Hamburg sind nämlich noch reichlich ausbaufähig." (6.3.) Und im gleichen Atemzug weiß die „Welt" zu erzählen, daß Klose anbot, mehr Kaffee abzunehmen und entsprechend Großlager im Hafen einzurichten. Man könnte bei der Berichterstattung glatt auf den Gedanken kommen, daß das kleine Mexiko bei dem plötzlichen wirtschaftlichen Glück viele Abnehmer brauche, um überhaupt etwas von seinem Glück zu haben.

In Wahrheit ist es eher umgekehrt. Seit Jahren kämpfen die kaffeeproduzierenden Länder gegen die Kaffeehortung der Imperialisten, die diese zum Zweck der Preisdrückung betreiben. Die größten kaffeeproduzierenden Länder haben sich in der „Bogota-Gruppe" zusammengeschlossen und fangen den sinkenden Weltmarktpreis für Kaffee durch Stützungskäufe auf. Diese Stützungskäufe reichten in Europa bis zum 12.2.79 allein bis 90 Mio. Dollar. Der Preis des Kaffees, den die Imperialisten im Dezember 78 auf durchschnittlich 1,31 Dollar pro Pfund drücken konnten, stieg im Januar durch den Ankauf mit Hilfe des Fonds bereits um 3 Cent an. Da die kaffeeproduzierenden Länder jedoch die Kapffeeproduktion insgesamt noch nicht verstaatlicht haben, können die Imperialisten immer wieder Spaltung säen und die Forderung der kaffeeproduzierenden Länder nach Wiedereinführung von Exportquoten zurückschlagen. Genau diese Politik der Spaltung will Klose forcieren.

Um das ist keineswegs der einzige Punkt, an dem Klose Spaltung und Plünderung im Sinn hat. Schon die Zusammensetzung seiner 20-Mann-Delegation deutet das an: Universitätspräsident Fischer-Appelt, leitende Beamte der Senatskanzlei, Vertreter der Handelskammer, Vertreter von Ibero Amerika Verein und -Institut, und Vertreter Hamburger Firmen, insbesondere auch des Hamburger Hafens. Entsprechend pries Klose in seiner Rede in Mexiko Hamburg als geeignete Adresse für Vorhaben in den Bereichen Investitionsgüter, Meerestechnik, Transport- einschließlich Flugwesen, Hafenplanung und Kommunaltechnik einschließlich Nahverkehr und Müll. Mexiko solle wie 18 andere Länder in Hamburg ein Handelsbüro einrichten.

Mexiko ist bemüht, größere wirtschaftliche Unabhängigkeit vom US-Imperialismus zu erreichen, seine Wirtschaft planvoll zu entwickeln, und strebt für die nächsten Jahre eine jährliche Wirtschaftssteigerungsrate von 10% an. Dazu nutzt es die Entwicklung seiner Ölförderung, die auf Off-Shore Bohrstellen ausgedehnt und 1978 um 66% gegenüber 1976 gesteigert wurde. Zu dem Programm der wirtschaftlichen Entwicklung gehört auch der Ausbau der Fischerei und die Schaffung einer Fischverarbeitungsindustrie. 1978 stiegen die Fischfangerträge um 25%. Mexiko kündigte die Fischereiabkommen mit Kuba und den USA und will ab 1979 keine ausländische Fischerei in seinen Gewässern zulassen.

Kloses Absicht ist es, über „Hilfsangebote" z.B. bei der Entwicklung der Meerestechnik, Mexiko in neue Abhängigkeit zu drücken.

Und was will Elstner in den USA?

Mit einer ähnlichen Truppe wie Klose bereist sie unter dem Titel „Bridge of Friendship – a Trade and Travel Visit" (Brücke der Freundschaft – eine Geschäfts- und Reisetour) die Städte New York, Chikago, Houston/-Texas und Atlanta/Georgia. Mit Freundschaft hat das ganze nichts zu tun. Ziel der Reise ist mehr Firmenkontakte zu schließen und mehr Ladungsaufkommen für den Hamburger Hafen rauszuholen. (WD 5/79). Es geht schlicht darum, den amerikanischen Imperialisten Anteile am Transportmarkt abzujagen. Schließlich beklagen sich die deutschen Seehafenbetriebe, „daß der mengenmäßige Anteil des über deutsche Seehäfen bewältigten Güterverkehrs am gesamten Weltseehandel gesunken ist." Dafür tingelt die Elstner durch die USA, verschenkt Laternen und läßt Rote-Grütze-Essen veranstalten. Dürftige Hüllen, um von ihrer Vertretertätigkeit für die westdeutsche Finanzbourgeoisie abzulenken.

**Kaffeeeinfuhr Hamburger Unternehmer in Mio. DM**

| | 1978 | 1977 | 1976 | 1975 | 1974 |
|---|---|---|---|---|---|
| Kaffee | 1343* | 2795 | 1600 | 746,3 | 812,7 |
| Anteil an Bundeseinfuhr in % | | | 51,6 | 49,0 | 49,9 |

(aus: Jahresbericht der Handelkammer Hamburg * Januar bis September 1978

**Deutscher Außenhandelsverkehr über den Hamburger Hafen mit Mexiko**

| | 1976 | | 1975 | | 1974 | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | in 1000 t | Mio DM | in 1000 t | Mio DM | in 1000 t | Mio DM |
| Einfuhr | 41 | 176 | 76 | 129 | 82 | 91 |
| Ausfuhr | 27 | 372 | 29 | 345 | 53 | 409 |

(aus: Statistische Jahrbücher Hamburg)

**Schiffsverkehr Hamburg / USA in NRT**

| | 1955 | 1960 | 1965 | 1970 | 1975 |
|---|---|---|---|---|---|
| USA-HH | 3200 | 4300 | 4300 | 5000 | 5500 |
| HH-USA | 2500 | 3600 | 4100 | 3500 | 2900 |

(aus Tabelle abgelesen: Hamburg in Zahlen 5/76)

### Blohm + Voss ergattert Aufträge für die Kriegsproduktion

*b.chk.* Vom Kriegsschiffbau erhoffen sich die Blohm + Voss-Kapitalisten die höchsten Profite. 1978 hat Blohm + Voss sich umfangreiche Aufträge über den Bau von Fregatten an Land gezogen. Darunter fallen der Bau einer modernen Mehrzweckfregatte für Nigeria, ein Kriegsschiff mit Waffen und Elektronikanlagen. Auftragswert 300 Mio. Zwei Einheiten des Fregattenprogramms der Bundesmarine. Auftragswert 400 Mio. pro Stück. Zwei Fregatten des Typs „Meko 360" für die argentinische Marine. Auftragswert 300 Mio. pro Stück. Fünf weitere sollen auf der argentinischen Staatswerft gebaut werden. Hier rechnet sich Blohm + Voss Chancen bei der Materiallieferung aus. Im Maschinenbau verbuchten Blohm + Voss für 302 Mio. Neuaufträge. Dabei spielt ein langfristiger Bundeswehrauftrag für Teile eines neuen Panzerprogramms eine entscheidende Rolle. Schon 1977 wurden 22% der gesamten Fertigungsstunden im Bereich Maschinenbau placiert. Darunter fiel vor allem der Bau von Panzerteilen für den Leopard II. Durch verschärfte Ausbeutung der Arbeiter und Staatssubventionen aus den Steuergeldern der Lohnabhängigen konnte Blohm + Voss den Argentinienauftrag in scharfer Konkurrenz zu den engländischen Werftkapitalisten ergattern. So wurde 76,2% der Gesamtbaukosten, 30,8 Mio. DM für die Flutschutzanlage von Blohm + Voss vom Hamburger Senat finanziert. Gegenüber der Belegschaft wollen die Blohm + Voss-Kapitalisten durch umfangreiche Kurzarbeit – 1977 245000 Stunden mit Fortschreibung 1978 sowie in den ersten Monaten 1979 –, Entlassungen – 1977 verringerte Blohm + Voss die Belegschaft um 9% und verschärfte Arbeitshetze ihre Jagd nach Höchstprofiten durchsetzen. – Die Umsatzentwicklung in der Hamburger Schiffbauindustrie zeigt, welche Fortschritte die Kapitalisten gemacht haben: 1975 lag der Gesamtumsatz bei 1574,4 Mio. DM, 1976 bei 1448 Mio. DM und 1977 bei 1577 Mio. DM. Für 1978 liegen erst die Zahlen von Januar bis August vor. Sie betragen 796 Mio. DM. Die Zahl der Beschäftigten sank von 1976 16129 auf 1977 15252. (Handelskammer Jahresberichte).

# KB-Nord:

# Handlanger des Sozialimperialismus – auch in Eritrea

*b.uwh.* Der jüngste und gefährlichste Feind der Unabhängigkeit und Souveränität der Völker, der sowjetische Sozialimperialismus unternimmt gegenwärtig in rascher Folge Anschläge gegen die Völker der 3.Welt, um sich Ausgangspositionen in seiner Rivalität mit der etablierten Supermacht, dem US-Imperialismus zu schaffen, um den Weltkrieg vorzubereiten. In Äthiopien führt er die Zügel und hat den Krieg gegen das eritreische Volk direkt in die Hand genommen. Sowjetische Kriegsschiffe beschießen die befreiten Gebiete, während Äthiopien selber durch seinen ungerechten Krieg gegen das eritreische Volk völlig in die Abhängigkeit der Sozialimperialisten und ihrer Handlanger gerät.

„Der entscheidende Punkt jedoch ist die relative Stärke der Arabischen Reaktion", ist die bemerkenswerte Analyse dazu von den Arbeiterkampf-Ideologen in der 123. Ausgabe ihres Magazins. Daß die Sozialimperialisten am Horn von Afrika, samt ihren Söldnern Gewehr bei Fuß stehen, findet in besagten Presseerzeugnis folgenden Niederschlag: „Diese maßlos übertriebenen Propagandabehauptungen dienen der ideologischen Absicherung der großangelegten Offensive des Imperialismus am Roten Meer." (Gemeint ist der US-Imperialismus) Dieselbe Leier also wie zu Angola. Nur, die Völker der dritten Welt machen ihre Erfahrungen und lernen, ihre Befreiungsbewegungen nach dem Prinzip „Wir sind unsere eigenen Befreier" aufzubauen.

Das ist auch möglich, weil die Völker der Welt und die internationale Arbeiterklasse *bedingungslos* Unterstützung gewähren.

Wir haben dazu den Arbeiterkampf des letzten Jahres uns genauer angesehen und wollen dem Leser das zweifelhafte Vergnügen einiger Kostproben nicht vorenthalten. Aus Nr. 120: „...hielt sich Barre (somalischer Präsident, Red.) 3 Tage im Iran auf, wobei er vor allem die kriecherischsten Bitten an die Adresse des US-Imperialismus losließ" „Für viele überraschend kam die Einigung zwischen Äthiopien und Sudan. Das ganze wurde von einer OAU Vermittlungskommission inszeniert ... Frenetisch gefeiert wurde das Abkommen auch in Kenia, einem weiteren reaktionären Kontrahenten." In Nr.126 unter der Überschrift „Niederlage der Somalis im Ogaden": „Eine interessante Rolle spielte dabei die jugoslawische Regierung. Nach dem Rückzug Somalias fand ein Treffen Carters mit Tito statt, bei dem die Konflikte am Horn von Afrika ein wichtiges Thema bildeten. Anschließend unternahm der jugoslawische Außenminister (im Auftrag Carters?) eine Rundtour nach Addis Abeba und Mogadischu." In ähnlicher Weise werden noch eine Reihe von anderen Ländern gerühmt, Saudi Arabien, (die der KB-Nord sowieso nicht abkann, weil sie Idi Amin Geld geliehen haben), Sudan, welches offenbar das Zentrum der arabischen Reaktion darstellt, Sambia, Kamerun und 7 weitere afrikanische Staaten, wegen der Mitgliedschaft im Vermittlungsausschuß in der OAU, der die Einigung Sudans und Äthiopiens zu einer friedlichen Koexistenz, Unverletzlichkeit der Grenzen, und gegenseitigen Nichteinmischung ermöglichte und somit gegen die Spaltungsabsichten der Sozialimperialisten gerichtet war. Alle haben sie sich verschworen gegen die eritreische Revolution und gegen die EFLP.

Gehetzt wird auch gegen die ELF, die andere Befreiungsbewegung, mit der sich die EPLF in der eritreischen Befreiungsfront zusammengeschlossen hat: „Wenn sich die ELF auch der revolutionären Phrase bedient, (...) so vertritt sie doch andererseits, daß vor allem anderen erst die nationale Befreiung Eritreas erreicht werden müsse und der Klassenkampf und die Befreiung der Frau (...) erst nach der nationalen Befreiung in Angriff genommen werden sollte."

Der Versuch, die VR China in die Pfanne zu hauen, bleibt in AK 127 allerdings im Keim stecken. Anläßlich des Besuchs vom Präsidenten Barre von Somalia in Beijing heißt es: „Wie nicht anders zu erwarten war, nutzte die chinesische Seite diese Gelegenheit vor allem zur Polemik gegen den ‚sowjetischen Sozialimperialismus' und würdigte die Kündigung des somalisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages durch Somalia als mutige Entscheidung (...) Die Chinesen hatten in dem Krieg um das Horn bisher weder für Somalia noch Äthiopien ausdrücklich Partei ergriffen..." Der Angriff geht nach hinten los. „Tatsächlich ist dieser Krieg nicht länger ein Krieg zwischen dem eritreischen Volk auf der einen Seite und der äthiopischen faschistischen Junta auf der anderen, sondern er ist ein Krieg zwischen dem eritreischen Volk auf der einen Seite und der Sowjetunion gewonnen." (Bulletin der EPLF vom 30.11.78 Rom).

Auch vor offenen Lügen scheut der KB-Nord mit seiner Dreckschleuder nicht zurück. Er bezichtigt die ELF „eines offenen Bruchs der Vereinbarungen mit der EPLF", wie die „ELF am 29.7. in Damaskus ihre Bereitschaft zu Gesprächen mit dem DERG ohne jede Vorbedingung bekannt gegeben ließ". Dementgegen gab der Generalsekretär der EPLF Nur auf einer Pressekonferenz in Rom (Oktober 1978) bekannt, seine Organisation hätte *erneut* dem äthiopischen Militärregime Verhandlungen *ohne* jede Vorbedingung angeboten. Einen entsprechenden Vorschlag hatte auch die gemeinsame politische Führung von EPLF und ELF *im Juni* gemacht.

Die Völker am Horn von Afrika unterstützen sich gegenseitig. Die VDR Jemen hat ihre Truppen aus Eritrea abgezogen und das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Eritrea anerkannt, nachdem die Sozialimperialisten die VDR Jemen zur Intervention gezwungen hatten. Auch die Kämpfer der Revolutionären Volkspartei Äthiopiens, der Tigre-, Oromo-, Afar- und Westsomalischen Befreiungsfront stehen im Kampf gegen die sozialimperialistische Aggression und arbeiten mit den eritreischen Organisationen Hand in Hand.

Die Völker haben einen gemeinsamen Feind, den Imperialismus, das ist die Grundlage für ihren Zusammenschluß. Jeder Schlag, den sie führen, schafft der internationalen Arbeiterklasse Luft in ihren Kämpfen und besiegelt das Schicksal der Imperialisten.

Der KB-Nord hat von der Bourgeoisie die unrühmliche Aufgabe erhalten, gegen die Befreiungsbewegungen in der dritten Welt, durch Lügen, Intrigen und Spaltung zu hetzen. Vor allem die notwendige und bedingslose Unterstützung der Befreiungskämpfe zu sabotieren. Stets sind sie dabei bemüht, dem Sozialimperialismus die Stange zu halten und die Schußlinie zu decken. Neuerdings tritt er offen ein für sowjetische Militärstützpunkte in Vietnam und rechtfertigt die sowjetisch-vietnamesische Aggression gegen die Völker Kampucheas und Chinas. Seine eigens dafür initierte Demonstration ist eine Schlappe geworden. Nicht mal die eigenen Gefolgsleute konnte sie für so was mobilisieren. Die Rechnung der Bourgeoisie wird nicht aufgehen mit diesen Revisionisten neuen Typs die Kämpfe der Arbeiter und die Solidaritätsbewegung in der BRD mit dem Kampf der Völker der dritten Welt zu unterdrücken.

### Hafenbahnvertrag: Die DB dient den Kapitalisten

*b.syb.* In ihrem ständigen Streben nach Höchstprofiten haben die Kapitalisten die Erfindung der Eisenbahn für ihre Zwecke eingesetzt. Was sich auch immer wieder beweisen läßt. Deshalb auch das große Jubeln des Hamburger Senats über das fünfzigjährige Bestehen des Hafenbahnbetriebsvertrags. – Am 21. Februar 1929 wurde der Vertrag zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Deutschen Reichsbahn geschlossen. 1929 betrug die Gleislänge 370 km, heute beträgt die Gleislänge 650 km und verbindet mehr als 1000 Ladestellen mit dem Schienennetz im Binnenland. Der Hafenbahnbetriebsvertrag ist ganz im Sinne der Kapitalisten. Im § 2 heißt es: „Die Reichsbahn ist verpflichtet, die unmittelbare Verbindung der Hafenbahn mit dem Reichsbahnnetz und den Übergang der Wagen von und nach der Hafenbahn dauernd zuzulassen..." Weiterhin heißt es im § 3: „Den Fahr- und Rangierbetrieb auf den Kai- und Hafengleisen obliegt Hamburg. Die Reichsbahn verpflichtet sich, diesen Fahr und Rangierbetrieb für Rechnung und Gefahr Hamburgs nach Anforderung der Kaiverwaltung auszuführen und die hierfür erforderlichen Bediensteten, Lokomotiven und Betriebsstoffe zur Verfügung zu halten..." – Die Beförderungsgebühr ist im Vertrag festgelegt mit 7,9 Reichspfennig. Der Vertrag gilt heute noch wie 1929. – Das gesamte Transportwesen ist aufgebaut für die Kapitalisten. Der Personenverkehr mit der Eisenbahn wird einerseits dafür genutzt, um für die Kapitalisten die Arbeiter ranzukarren, andererseits, um die Massen kräftig zu plündern. – 1969 betrug der Preis für Stückgutfrachten mit 50 kg bei einer Entfernung von 240 km 8,60 DM, 1977 war der Preis 15,07 DM. Der Personenverkehr dagegen kostet 2. Klasse bei einer Hin- und Rückfahrt auf 200 km 1969 34 DM und 1977 48 DM. Bei den Stückgutfrachten erhöhte sich der Preis um 57% beim Personenverkehr um 70,8%. Ein guter Beweis dafür, daß die Deutsche Bundesbahn nur als Dienstleistungsbetrieb für die Kapitalisten dient.

## Heines „Belsazar" zur Vernebelung der Klassenkämpfe in der Geschichte

*z.anl.* Heines Gedicht „Belsazar", das die Schüler am häufigsten lernen müssen, ist die Nacherzählung einer Geschichte aus dem Buch Daniel im Alten Testament. „König Belsazar machte ein herrliches Mahl seinen tausend Gewaltigen und soff sich voll mit ihnen. Und da er trunken war, hieß er die goldenen und silbernen Gefäße herbringen, die sein Vater Nebukadnezar aus dem Tempel zu Jerusalem weggenommen hatte, daß der König mit seinen Gewaltigen, mit seinen Weibern und mit seinen Kebsweibern daraus tränken." Während nach Darstellung der Bibel die ganze herrschende Klasse im chaldäischen Reich, in dem viele unterworfene Völker leben, samt Anhang sich besäuft und ihren Triumph über die unterdrückten und ausgeplünderten Juden auskostet, biegt Heine den Sachverhalt um: „Nur oben in des Königs Schloß, da flackerts, da lärmt des Königs Troß. Dort oben in dem Königssaal, Belsazar hielt sein Königsmahl. Die Knechte saßen in schimmernden Reihn und leerten die Becher mit funkelndem Wein."

Nicht die Gewaltigen lärmen, sondern der Troß. Derselbe Troß bringt am Schluß seinen König ohne Sinn und Verstand um. Die Erklärung für dessen gewaltsamen Tod ist ausgelassen, während sie in der Bibel das Zentrum der Geschichte ausmacht, nämlich:

„Eben zur selben Stunde gingen hervor Finger wie eine Menschenhand; die schrieben, gegenüber dem Leuchter, auf die getünchte Wand in dem königlichen Saal; und der König ward gewahr der Hand, die da schrieb. Da entfärbte sich der König, und seine Gedanken erschreckten ihn, daß ihm die Lenden schütterten und die Beine zitterten." Der König fragt seine chaldäischen Berater, aber sie können ihn den Text nicht erklären. „Darüber erschrak der König noch härter und verlor ganz seine Farbe; und seinen Gewaltigen ward bange." Die herrschende Klasse kann die Auffassungen, die in ihrem Reich verbreitet werden, nicht unter Kontrolle halten und befürchtet, daß sie nicht mehr Herr der Lage ist. Die Königin verfällt darauf, Daniel, einen verschleppten Juden, holen zu lassen, der schon Belsazars Vater öfter die Wahrheit sagte. Dieser hält dem König folgende Ansprache nach Zurückweisung eines Bestechungsversuchs: „Herr König. Gott der Höchste hat deinem Vater, Nebukadnezar, Königreich, Macht, Ehre und Herrlichkeit gegeben. Und vor solcher Macht, die ihm gegeben war, fürchteten und scheuten sich vor ihm alle Völker, Leute und Zungen. Er tötete, wen er wollte; er ließ leben, wen er wollte; er erhöhte, wen er wollte; er demütigte, wen er wollte. Da sich aber sein Herz erhob und er stolz und hochmütig ward, ward er vom königlichen Stuhl gestoßen und verlor seine Ehre ... Und du, Belsazar, sein Sohn, hast dein Herz nicht gedemütigt, ob du wohl solches weißt." Er erklärte die geschriebenen Worte, daß Schluß ist mit seinem Reich, die Teilung durch Meder und Perser bevorsteht, der König sei „gewogen und zu leicht gefunden" worden. Also ist über seine Beseitigung beraten und entschieden worden, offensichtlich nicht von den tausend Gewaltigen. Der Schluß meldet die Durchführung der gerechten Sache: „Aber in derselben Nacht ward der Chaldäer König Belsazar getötet." Die Sache hat ihre historische und klassenmäßige Ordnung. Anders bei Heine: „Die Knechtenschar saß kalt und durchgraut und saß gar still, gab keinen Laut. Die Magier kamen, doch keiner verstand zu deuten die Flammenschrift an der Wand. Belsazar aber ward in selbiger Nacht von seinen Knechten umgebracht." Moral: Die Knechtsseelen sind übergeschnappt und blind gewalttätig. Die überheblichen Herrschaften sollten bedenken, daß Hochmut vor dem Fall kommt, und etwas christlicher sein.

Nach 1848 änderte Heine den Inhalt seiner Überheblichkeitstheorie und richtet sie gegen die Hauptkraft der niedergeschlagenen Revolution, die besitzlosen Klassen. 1852 schrieb er im zweiten Vorwort seines Buches „Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland", seit der Abfassung vom Alten zum Neuen Testament fortgeschritten und zum Protestantismus konvertiert: „In der Tat, ich war damals noch gesund und feist, ich stand im Zenith meines Fettes und war so übermütig wie der König Nebukadnezar vor seinem Sturze ... In dem prachtvoll grandiosen Buch Daniel steht diese Legende, die ich nicht bloß dem guten Runge, sondern auch meinem noch viel verstocktern Freunde Marx ... und wie sie sonst heißen mögen, diese gottlosen Selbstgötter, zur erbaulichen Beherzigung empfehle."

Was er in dem Buch proklamiert hatte, hatte die Bourgeoisie 1848 noch nicht geschafft: „Schon hier auf Erden möchte ich durch die Segnungen freier politischer und industrieller Institutionen jene Seligkeit etablieren, die nach der Meinung der Frommen erst am jüngsten Tage, im Himmel stattfinden soll." Hätte Heine die freiheitlich-demokratische Grundordnung und das freie Unternehmertum erleben dürfen, so hätte er von der Seligkeit der Bourgeoisie sicher was Handfestes abgekriegt. Aber es wird ihn im Himmel immerhin freuen, daß jetzt im „Vorwärts" steht, auf Initiative des Bundes demokratischer Wissenschaftler sei in Bonn ein Heinrich-Heine-Fonds gegründet worden, um „ausschließlich Betroffene der Berufsverbote aus allen Berufsgruppen und allen demokratischen Gruppen" zu unterstützen.

(Zum Kuratorium des Heinrich-Heine-Fonds gehören: Wolfgang Abendroth, Martin Niemöller, Bernt Engelmann, SPD-MdB Klaus Thüsing, Walter Jens, Arno Könne, Helmut Gollwitzer, Uta Ranke-Heinemann, Sekretariat des Fonds ist das Rechtsanwaltsbüro des Staatssekretärs a.D. Heinz Reichwaldt in Hannover.)



Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

# Kommunistische Volkszeitung

Illustrierte Blätter

Revolutionen sind der Motor der Geschichte



Käthe Kollwitz, „Ein Weberaufstand", 1897



Triumphzug der polnischen Revolutionäre durch die Straßen Berlins, 20.3.1848

**„Ein einheitliches Vaterland"**

„Dieser sich mächtig hebenden Industrie und dem sich an sie knüpfenden Handel aber mußte die deutsche Kleinstaaterei mit ihren vielfachen verschiedenen Handels- und Gewerbegesetzgebungen bald eine unerträgliche Fessel werden. Alle paar Meilen weit ein anderes Wechselrecht, andere Bedingungen bei Ausübung eines Gewerbes, überall andere Schikanen, bürokratische und fiskalische Fußangeln. Und dazu die vielen verschiedenen Heimatgesetzgebungen und Aufenthaltsbeschränkungen, die es den Kapitalisten unmöglich machten, disponible Arbeitskräfte in genügender Zahl auf die Punkte zu werfen, wo Erz, Kohle, Wasserkraft und andere Naturbegünstigung die Anlage von industriellen Unternehmungen gebot. Die Fähigkeit, die massenhafte Arbeitskraft des Vaterlandes ungehindert auszubeuten, war die erste Bedingung der industriellen Entwicklung; überall aber, wo der patriotische Fabrikant Arbeiter von allen Enden zusammenzog, stemmte sich Polizei und Armenverwaltung gegen die Niederlassung der Zuzügler. Ein deutsches Reichsbürgerrecht und volle Freizügigkeit für alle Reichsbürger, eine einheitliche Handels- und Gewerbegesetzgebung, das waren nicht mehr patriotische Phantasien überspannter Studenten, das waren jetzt notwendige Lebensbedingungen der Industrie.

Dazu in jedem Staat und Stätchen anderes Geld, anderes Maß und Gewicht, oft genug zweierlei und dreierlei im selben Staat. Was Wunder also, daß Kaufleute und Fabrikanten, die auf dem Weltmarkt verkehrten oder mit importierten Artikeln zu konkurrieren hatten, zu all den vielen Münzen, Maßen und Gewichten auch noch ausländische anwenden mußten ... Und wie sollten große Kreditinstitute zustandekommen auf diesen beschränkten Währungsgebieten mit Banknoten und Gulden hier, in preußischen Talern dort ...

Man sieht hieraus, wie das Verlangen nach einem einheitlichen ‚Vaterland' einen sehr materiellen Hintergrund besaß."

*Friedrich Engels: Aus „Neue Zeit", Jahrgang 1895/96, Bd.I.*

## Die bürgerliche Revolution von 1848/49 Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland

*Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!*

1. Ganz Deutschland wird zu einer einigen, unteilbaren Republik erklärt.
2. Jeder Deutsche, der 21 Jahre alt, ist Wähler und wählbar, vorausgesetzt, daß er keine Kriminalstrafe erlitten hat.
3. Die Volksvertreter werden besoldet, damit auch der Arbeiter im Parlament des deutschen Volkes sitzen könne.
4. Allgemeine Volksbewaffnung.
5. Die Gerechtigkeitspflege ist unentgeltlich.
6. Alle Feudallasten, alle Abgaben, Fronden, Zehnten etc., die bisher auf dem Landvolke lasteten, werden ohne irgendeine Entschädigung abgeschafft.
7. Die fürstlichen und anderen feudalen Landgüter, alle Bergwerke, Gruben usw. werden in Staatseigentum umgewandelt.
8. Die Hypotheken auf den Bauerngütern werden für Staatseigentum erklärt.
9. In den Gegenden, wo das Pachtwesen entwickelt ist, wird die Grundrente oder der Pachtschilling als Steuer an den Staat gezahlt.
10. An die Stelle aller Privatbanken tritt eine Staatsbank, deren Papier gesetzlichen Kurs hat.
11. Alle Transportmittel: Eisenbahnen, Kanäle, Dampfschiffe, Wege, Posten etc. nimmt der Staat in seine Hand. Sie werden in Staatseigentum umgewandelt und der unbemittelten Klasse zur unentgeltlichen Verfügung gestellt.
12. In der Besoldung sämtlicher Staatsbeamten findet kein anderer Unterschied statt als der, daß diejenigen mit Familie, also mit mehr Bedürfnissen, auch ein höheres Gehalt beziehen als die übrigen.
13. Völlige Trennung der Kirche vom Staate.
14. Beschränkung des Erbrechts.
15. Einführung von starken Progressivsteuern und Abschaffung der Konsumtionssteuer.
16. Errichtung von Nationalwerkstätten. Der Staat garantiert allen Arbeitern ihre Existenz und versorgt die zur Arbeit Unfähigen.
17. Allgemeine, unentgeltliche Volkserziehung.

Es liegt im Interesse des deutschen Proletariats, des kleinen Bürger- und Baustandes, mit aller Energie an der Durchsetzung obiger Maßregeln zu arbeiten. Denn nur durch Verwirklichung derselben können die Millionen, die bisher in Deutschland von einer kleinen Zahl ausgebeutet wurden und die man weiter in der Unterdrückung zu erhalten suchen wird, zu ihrem Recht und zu derjenigen Macht gelangen, die ihnen, als den Hervorbringern alles Reichtums, gebührt.










Kommunistischer Bund Westdeutschland